

TAGESSCHAU

POLITIK

Brandt: Bei seinem anstehenden Besuch in Mitteldeutschland trifft der SPD-Vorsitzende am Donnerstag in Ost-Berlin mit SED-Chef Erich Honecker zusammen. Am Freitag reist Brandt nach Weimar weiter.

Alliierte: Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Senats sind 67 Prozent der Westberliner Einwohner von der Verlässlichkeit des Schutzes durch die Alliierten überzeugt. (S. 8)

Besuch: Argentinien's Präsident Alfonsín kommt heute zu einem dreitägigen Staatsbesuch der Bundesrepublik Deutschland nach Bonn. Hauptthemen der Gespräche werden Wirtschafts- und Finanzfragen sein. (S. 6)

Abteilung: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Barschel (CDU) erwartet, daß die Initiative von Rheinland-Pfalz, einen Schwarz-Schwarz-Abbruch nach der sozialen Indikation zu erwirken, im Bundesrat nicht durchkommt. Neben den SPD-regierten Ländern würden Schleswig-Holstein und wahrscheinlich Niedersachsen dagegen stimmen. (S. 8)

Asat-Test: Die UdSSR hat, nach dem erfolgreichen Test einer amerikanischen Antisatellitenwaffe (Asat) scharfe Kritik an Washington geübt. Nicht wiederholt wurde von Moskau allerdings die Drohung, bei weiteren Tests den freiwilligen Verzicht auf Stationierung solcher Systeme rückgängig zu machen. (S. 5)

Frankreich: Zum Abschluß seines Besuchs auf dem Mururoa-Atoll hat Mitterrand die Souveränität Frankreichs und die Notwendigkeit der Atomtests unterstrichen. Wer im Südpazifik nicht für Frankreich sei, müsse als Gegenüber betrachtet werden. Nach Ansicht des französischen Staatspräsidenten hat das Verhältnis zwischen beiden Ländern als Freundschaft definiert. Mitterrand hatte zuvor den Ausbau der Militäreinrichtungen in Neukaledonien angekündigt.

China: Der 1981 abgelöste frühere Parteichef Hua Guofeng ist beim Besuch des ehemaligen japanischen Außenministers Ito in Peking erstmals seit 1981 wieder in Erscheinung getreten.

Für ein SDI-Rahmenabkommen bestehen die Voraussetzungen

Washington sagt Bonn zu: Technologietransfer wird keine Einbahnstraße sein

ms. Bonn
Die Bundesregierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach Verhandlungen mit den USA über den Abschluß eines „Rahmenabkommens“ für eine Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) aufnehmen. Nach Informationen der WELT haben die Sondierungen einer deutschen Kommission unter Leitung des Kanzlerberaters Ministerialdirektor Horst Teltschik (Kanzleramt) in den USA ergeben, daß die Voraussetzungen für eine solche Vereinbarung mit den USA gegeben seien.

Washington habe zugesagt, daß der Technologietransfer während der auf fünf bis sieben Jahre angelegten Forschungsphase „keine Einbahnstraße“ sein wird, sondern beide Seiten davon Nutzen ziehen werden. Unter dem Dach eines solchen Rahmenabkommens sollen dann die Unternehmen spezielle Verträge abschließen. Die USA haben gleichzeitig den Wunsch geäußert, daß neben deutschen Firmen auch Unternehmen aus Großbritannien und aus Italien eingeladen würden, sich zu beteiligen. Die deutsche Delegation war überrascht von der „Kooperationsbereitschaft“ der USA und von der „Offenheit“, mit der Auskünfte erteilt wurden, seien, hieß es gestern im Kanzleramt. Teltschik werde in den nächsten Tagen Bundeskanzler Kohl mündlich und schriftlich über das Ergebnis seiner Sondierungen unterrichten.

H.-A. SIEBERT, Washington
Die deutsche Kommission hat in Washington eine überaus positive Reisebilanz gezogen. Am Samstag zurückgekehrt, wird sie heute noch einmal in Bonn zusammenkommen, um in vertraulicher Sitzung ihren Bericht für die Bundesregierung vorzubereiten. Bundeskanzler Helmut Kohl muß nun entscheiden, ob die mitgebrachten Informationen für ein Rahmenabkommen ausreichen.

Die 28 Mitglieder zählende Kommission, unter ihnen 16 aus Industrie und Forschung, hatte 218 Fragen in die USA mitgebracht. Dabei ging es um zwei Aspekte:

1. Unter welchen Bedingungen wäre ein privatwirtschaftlich organisierte Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und deutschen Unternehmen vorstellbar?
2. Wie ist der Forschungsstand hinsichtlich des SDI-Programms einzuschätzen, und welche Überlegungen liegen der Gesamtarchitektur der weltraumgestützten Verteidigungsinitiative zugrunde?

Wie aus Kreisen der Delegation

verlautete, haben die amerikanischen Gesprächspartner keine Frage unbeantwortet gelassen. Aber noch nicht abgeschlossen ist die Meinungsbildung auf US-Seite, was die Struktur und die Entwicklung des strategischen Abwehrsystems angeht. Vermutlich dauert dieser Prozeß bis zum Ende dieser Dekade. Aus diesen Gründen konnten sich die Amerikaner auch nicht auf bestimmte Projekte und technische Optionen festlegen.

Dennoch darf die Bedeutung der beiden Teltschik-Missionen nicht unterschätzt werden, da anders die für die Bonner Entscheidung notwendigen Informationen nicht zu erhalten wären. Zur Verfügung gestellt wurden sie in direktem Kontakt von den zuständigen Behörden in Washington und den Unternehmen und Forschungsinstituten.

Zehn Tage lang hielt sich die Delegation in Amerika auf. Nach zweitägigen Gesprächen im Pentagon und im State Department teilte sich die Kommission in vier Gruppen mit den Geheimdienst-Sensoren, Lasertechnik, Informationstechnik und Kinetik auf.

Jedes Team besuchte im Durchschnitt acht Labors oder Firmen. Fortsetzung Seite 5

DER KOMMENTAR

Ausgestreckte Hand

RÜDIGER MONIAC

Die Bonner Regierungskommission von Politikern, Wissenschaftlern und Industrievertretern, die nach zehntägiger USA-Reise zurückkehrte, war in Washington gewissermaßen mit offenen Armen aufgenommen worden. Nicht nur wurden alle Fragen aus Bonn von Regierung und nichtamtlichen Stellen umfassend beantwortet. Die Deutschen sind überdies mit dem Gefühl nach Hause gekommen, daß man in Washington die Mitarbeit der wichtigsten Verbündeten in Europa und vor allem die der Bundesrepublik Deutschland nicht nur mit Worten wünscht, sondern aktiv anstrebt.

Die USA geben damit ein wichtiges Signal. Sie zeigen Europa, daß sie als westliche Führungsmacht den alten Kontinent nicht in sekundärer Position, sondern partnerschaftlich behandeln wollen. Auch wollen sie damit ausdrücken, daß die westliche Sicherheit, soweit sie vom Ausgreifen in den Weltraum bestimmt ist und künftig sein wird, nicht ohne europäische Mitsprache und Engagement definiert und gestaltet werden soll. Das schließt auch die

Möglichkeit der europäischen Einflußnahme auf die Genfer Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle ein.

Nun also ist es an der Bundesregierung, die partnerschaftlich ausgestreckte Hand der Amerikaner zu ergreifen und nicht mehr zu zögern, die Bedingungen für ein Rahmenabkommen zur antilernen Sicherung der SDI-Kooperation über den Atlantik hinweg zwischen nichtamtlichen Institutionen auf beiden Ufern schnell auszuhandeln. Wie sich jetzt abzeichnet, wollen die USA sogar die Nutzung der von den Europäern beigesteuerten Erkenntnisse in der SDI-Forschung, die immerhin mit amerikanischen Geld bezahlt werden, durch die hiesigen Unternehmen zu lassen. Das wäre ein im Wortsinne unbezahlbares Entgegenkommen.

Es macht abermals deutlich, daß man in Washington einerseits die technischen Fähigkeiten der europäischen Industrie zu schätzen gelernt hat, andererseits aber um die Festigung des Bündniszusammenhangs willen die europäische Konkurrenzfähigkeit in der Hochtechnologie in Kauf zu nehmen bereit ist.

Verriet Tiedge BND-Geheimoperation?

Überläufer könnte an Erschießung eines Admirals in der „DDR“ mitschuldig sein

MANFRED SCHELL, Bonn
Die Bonner Sicherheitsbehörden überprüfen zur Zeit, ob der in die „DDR“ übergeschaltete Regierungsdirektor beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Tiedge, eine geheime Operation des Bundesnachrichtendienstes (BND) verraten hat und damit Mitschuld an der Erschießung eines Konteradmirals des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin trägt.

Nach Informationen der WELT hatte der Bundesnachrichtendienst Ende 1979 die Flucht des in der Hierarchie schon von seinem Dienstherrn hoch angesehenen Konteradmirals sorgfältig vorbereitet. Am Tag der geplanten „Schleusung“ in den Westen wurde der MfS-Offizier verhaftet und danach standrechtlich erschossen. Seine Freundin, die gleichzeitig über Ungarn in den Westen gebracht werden sollte, wurde auf einem Bahnhof in Budapest verhaftet.

Die seitdem in einem Gefängnis der „DDR“

Bereits damals, unmittelbar nach der fehlgeschlagenen Operation, war der Verdacht entstanden, in den Reihen des BND könnte ein Verräter sitzen. Inzwischen wird es aufgrund weiterer Recherchen, durchs für möglich gehalten, daß Tiedge mit seinen vielfältigen Verbindungen zur „Gegenspieler“ beim Bundesnachrichtendienst Kenntnis von der Operation des BND gehabt haben könnte, obwohl der damalige BND-Präsident Klaus Kinkel Wert auf strenge Abschnottung gelegt hatte.

Bisher waren die Verantwortlichen davon ausgegangen, daß handwerkliche Fehler ausschlaggebend für das Scheitern der Operation gewesen sein könnten. So hatte der BND zum Beispiel zur Vorbereitung für die Flucht des als künftiger Konteradmiral beim MfS wiederum den Spezialisten eingesetzt, der be-

reits die überaus heikle, aber erfolgreiche Flucht des MfS-Offiziers Stiller organisiert hatte. Andererseits ist auch davon die Rede, die Freundin des Konteradmirals, die sich häufig in anderen Ostblockländern aufgehalten habe, sei bei Telefongesprächen mit ihrem Freund in Ost-Berlin möglicherweise unvorsichtig gewesen. Das waren die bisherigen Annahmen.

Jetzt hat sich ein neuer Anhaltspunkt in der Person von Tiedge ergeben. Beweise liegen allerdings noch nicht vor. Aber auch in der Führung des BND wird inzwischen eingeräumt, daß Tiedge aus der „Ferne“ etwas über die Operation gewußt haben könnte. Insgesamt wird von drei Fällen gesprochen, von denen Tiedge Kenntnis gehabt haben könnte. Hierüber sind die Ermittlungen (Durchforstung der Akten, Befragung von Beamten) noch nicht abgeschlossen.

Blüm strebt den Fraktionsvorsitz an

ms. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm möchte nach der Bundestagswahl 1987 eine politische Aufgabe außerhalb des Kabinetts übernehmen. Nach Informationen der WELT strebt Blüm an, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werden. Diese Position hat zur Zeit Alfred Dreger inne. Von Dreger ist allerdings nicht bekannt, ob er sich dann wieder für dieses Amt zur Wahl stellen wird.

Kein Vertrauen zu den Arbeitsämtern

Nea. Mainz

Mehr als 90 Prozent der Unternehmen, die im Zuge der steigenden Konjunktur jetzt dringend Arbeitskräfte suchen, rechnen dabei nicht mehr auf Hilfe und Vermittlung durch die Arbeitsämter. Das gilt nicht nur für Facharbeiter (hier lagen die negativen Antworten sogar bei 98 Prozent), sondern zunehmend auch für Anlernkräfte. Dies ergab eine Umfrage der Unternehmensverbände im Bundesland Rheinland-Pfalz.

Für diesen fast sensationellen Vertrauensschwund machen Fachleute allerdings auch den raschen Wandel der Anforderungen verantwortlich, dem die Arbeitsvermittlung nur noch teilweise folgen kann. Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Gell (CDU) zieht aus den Ergebnissen die Konsequenz, daß man unter Umständen über eine Lockerung des staatlichen Arbeitsvermittlungsmonopols auch bei Facharbeitern nachdenken müsse.

Wilms: Bildung als Wert an sich

DW. Bonn

Die Bundesregierung will nach den Worten von Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) alles daran setzen, zu verhindern, daß sich ein kritisches Potential aus arbeitslosen Akademikern bildet. Frau Wilms sagte in einem WELT-Interview, man müsse der Jugend Generation heute mit aller Deutlichkeit sagen, „daß man mit einem akademischen Abschluß keine Ansprüche mehr verbinden darf“. Es gehe vielmehr wieder darum, das Bewußtsein für die Bildung als Wert an sich zu wecken.

Zu Untersuchungen, nach denen wieder vor allem Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien auf ein Studium verzichten, meinte die CDU-Politikerin, sie glaube nicht, daß dabei die Einkommenssituation der Eltern eine Rolle spiele. Auch habe die Regierung Kohl bei der Umstellung des BAföG auf Vollzeitarbeiter die „materielle Ausstattung“ der Studierenden nicht reduziert.

Seite 4: Nicht studierfähig

Moskaus Schärfe überrascht in London

REINER GATERMANN, London

Die Sowjetunion reagierte schnell und unerwartet stark auf den Beschluß der britischen Regierung vom Donnerstag, 25 sowjetische Staatsbürger wegen Spionage auszuweisen. Am Samstag kam die Moskauer Antwort: 25 Briten müssen innerhalb von drei Wochen, eine gleiche Frist wurde von London gewährt, die Sowjetunion verlassen. Bei ihnen handelt es sich um 18 Botschaftsangehörige, fünf Journalisten und zwei Geschäftsleute.

Der britische Botschafter in Moskau, Sir Bryan Cardew, war Samstag um 16.00 Uhr ins Außenministerium bestellt worden, wo ihm der Chef der zweiten Europaabteilung, Vladimir Suslow, erklärte, der britische Ausweisungsbefehl sei ein „boshafter und feindseliger“ Akt gewesen, dem gegenüber die anglo-sowjetischen Beziehungen zu „vergiften“. Gleichzeitig überreichte er ihm eine Liste mit den Namen von 25 Personen, die in Aktivitäten engagiert seien, die „mit ihrem offiziellen Status nicht vereinbar sind“.

In London brach Außenminister Sir Geoffrey Howe sein freies Wochenende ab und beriet mit engen Mitarbeitern einen möglichen nächsten Schritt. Er bezeichnete das sowjetische Vorgehen als „absolut nicht gerechtfertigt“. Es werde den angelegten Prozeß besser politischer Beziehungen und eines verstärkten Handels zwischen beiden Ländern zunichte machen. Zuvor hatte er die Sowjets vor einer Parallelaktion gewarnt. Schottland-Minister Geoffrey Younger und sämtliche Mitglieder seines Ministeriums sind am Sonntag nicht, wie geplant, an der Spitze einer schottischen Industrie-Delegation nach Moskau gereist.

Mit der rücksichtslosen Vergeltungsmaßnahme, so Sir Bryan, wird die Arbeit der britischen Botschaft in Moskau stark beeinträchtigt, zumal sich unter den 18 ausgewiesenen (von 107 Botschaftsangehörigen mit Visum) auch Asquith und Janet Gunn zwei hochrangige Sowjet-Experten befinden. Das britische Korrespondentenkorps in Moskau (14) wird fast um ein

Drittel reduziert. Unter den Betroffenen befindet sich der erste nach Moskau entsandte BBC-Fernsehkorrespondent Tim Sebastian. Robin Givys (Daily Telegraph) und Alan Phillips (Reuters) hatten ihre Posten erst vor drei Wochen beziehungsweise vier Monaten angetreten. Außerdem müssen Mark Frankland (The Observer) und Dennis Blewett (Daily Mail) Moskau verlassen.

Der zu den Briten übergelaufene frühere Chef des Londoner KGB-Büros, Oleg Gordiewsky, dessen Enthüllungen das derzeitige Ausweisungskorps in Bewegung setzten, verhielt sich 1983, daß ein Angehöriger des britischen Geheimdienstes MI5, Michael Bettany, zum Doppelagent wurde. Als er seine Dienste dem KGB anbot, informierte Gordiewsky seinen britischen Kontaktperson, Bettany konnte schnell entlarvt werden und wurde Anfang 1984 zu 23 Jahren Haft verurteilt. Als Folge des Prozesses wurde der damalige KGB-Chef in London, Arkadi Gouk, des Landes verwiesen, seinen Platz nahm Oleg Gordiewsky ein.

Strauß: Genscher stellt sich gegen die CDU/CSU

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende Strauß besteht darauf, daß innerhalb der Bonner Koalition über die Südafrika-Politik von Bundesaußenminister Genscher (FDP) gesprochen wird, „damit der Außenminister hier nicht seine Kompetenzen überschreitet und den Kanzler nicht unnötig strapaziert“. Strauß, der sich in einem Brief an Kanzler Kohl über Genscher beschwerte, („Ich bitte Dich, die Linie durchzusetzen, die wir gestern besprochen haben“), erklärte der „Bild“-Zeitung: „Genscher's Verhalten bei den EG-Beratungen über Boykottmaßnahmen gegen Südafrika in Luxemburg steht im klaren Widerspruch zu dem, was wir im Kreise von CDU/CSU wenige Stunden vorher unter Vorsitz von Helmut Kohl festgelegt haben.“ Die Bundesregierung hätte sich genauso wie die Briten diesen „unerfreulichen Prügeleien nicht anschließen dürfen“.

Auch er sei ein Gegner der Apartheid, versicherte Strauß. Aber jeder Weg in Richtung Boykott ermutige nur die revolutionären Gruppen, führe zu Blutvergießen, vor allem auch zwischen den Farbigen und den Schwarzen, bringe Chaos und in letzter Konsequenz den Bürgerkrieg. In Bonner Regierungskreisen wurde an die Aussage von Kanzleramtsminister Schäuble erinnert, der in der WELT betont hatte, daß es Bonn darum gehe, in Südafrika Einfluß auf eine weitere positive Entwicklung zu nehmen. Zum Beispiel biete die Veränderung des Kulturabkommens eine Gelegenheit zum Abbau der Rassistendiskriminierung.

Seite 6: Bewußtseinslücke

Saudis kaufen 48 Tornados von den Briten

gum. London

Saudi-Arabien wird 48 Kampfflugzeuge vom Typ „Tornado“, eine britisch-deutsch-italienische Gemeinschaftsproduktion, sowie 30 britische Schulungsflugzeuge vom Typ „Hawk“, Ersatzteile und Radaranlagen im Gesamtwert von umgerechnet knapp 12 Milliarden Mark kaufen. Der Vertrag soll Ende September beim Besuch des saudiarabischen Verteidigungsministers Prinz Sultan Ibn Abdulaziz in London unterzeichnet werden.

Diese Order ist ein beachtlicher britischer Verhandlungserfolg sowohl gegenüber Frankreich als auch den USA. Die Saudis wollten zunächst ihre Luftwaffe mit amerikanischen F-15-Flugzeugen verstärken. Unter dem Druck des Kongresses hatte Verteidigungsminister Casper Weinberger jedoch ständig zusätzliche Auflagen gemacht. Die Saudis sahen sich schließlich nach anderen Lieferanten um. Der stärkste Mitbewerber des „Tornado“ war die französische „Mirage 2000“. Präsident Mitterrand hatte erst kürzlich seinen Bruder nach Riad geschickt, um für die Mirage zu werben.

Daß sich die Saudis nun für die britische Offerte entschieden, erfreut die „Tornado“-Partner und den britischen Flugindustriekonzern British Aerospace, wird jedoch in Israel auf weniger Begeisterung stoßen. Die „Tornados“ sollen in Tabuk stationiert werden, was Washington für seine F-15 verweigert hatte, weil dieser Stützpunkt nur etwas mehr als 150 Kilometer von dem wichtigen israelischen Hafen Eilat am Roten Meer entfernt liegt.

Rau kommt das Papier von Bülow's ungelegen

Heute tagen die Führungsgremien der Sozialdemokraten

DW. Bonn

Eine weitere Etappe auf dem Weg zum sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau auf dem heutigen Zusammenkommen der SPD-Führungsgremien zurücklegen. Es wird erwartet, daß Rau nach der Sitzung des SPD-Vorstands am Nachmittag seine Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Offiziell soll er erst Ende des Jahres als Kanzlerkandidat präsentiert werden. Zur förmlichen Wahl stünde Rau auf dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD im August nächsten Jahres an.

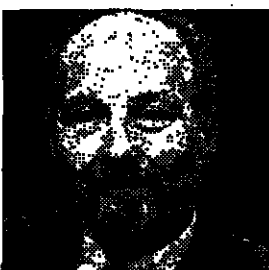
Bei der Diskussion um seine Kandidatur kommt Rau das Strategiepapier von Bülow's ungelegen. Der Ministerpräsident hatte mit einem offenen Wort über seine Bereitschaft, die SPD in den Bundestagswahlkampf zu führen, geäußert, um den sicherheitspolitischen Kurs der Sozialdemokraten zu beeinflussen. Das Bülow-Papier führte ihm jetzt die Stärke des linken, neutralistischen SPD-Flügels vor Augen.

Rau hatte versucht, die Thesen des SPD-Links im nachhinein als Alibi darzustellen. Die Überlegungen Bülow's seien nicht einmal „eine Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Absichten der SPD“, sondern lediglich „Diskussionsbeitrag“, hatte der Ministerpräsident erklärt. Bülow hat die volle Unterstützung der Jungsozialisten, die seine Position als „pure Selbstverständlichkeit“ charakterisierten.

Rau fürchtet offensichtlich vor allem die innenpolitischen Folgen der Unsicherheit über den sicherheitspolitischen Kurs der SPD. Die Union hat bereits zu verstehen gegeben, die Sicherheitspolitik der SPD unter einem Kandidaten Rau genau zu verfolgen.

Verständnis brachte der FDP-Bundestagsabgeordnete Olaf Feldmann den Thesen Bülow's entgegen. Er sei gegen eine pauschale Verurteilung des Papiers, erklärte Feldmann in einem Interview des „Express“. Es sei gut, wenn sich jemand Gedanken um die Zukunft mache.

ZITAT DES TAGES



„Es ist und bleibt richtig: Im Zweifel für die Freiheit. Es ist gleichzeitig richtig, daß die Interessen der inneren Sicherheit gewahrt werden müssen. Und es ist zum dritten richtig, daß wir einen vernünftigen Datenschutz benötigen.“
Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) FOTO: WELT

WIRTSCHAFT

Lateinamerika: Die interamerikanische Entwicklungsbank sieht erstmals wieder einen schmalen Silberstreifen am lateinamerikanischen Wirtschaftshorizont. Nach den Einbrüchen 1982 und 1983 ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr real um 3,1 Prozent gewachsen. Das hat der Region eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 0,6 Prozent beschert. (S. 9)

Stahl: Experten der EG und der USA kommen heute in Washington zu Vorgesprächen über die weitere Beschränkung der europäischen Stahlimporte von 1986 an zusammen. Bis zum 31. Oktober soll über diese Frage Einigung erzielt werden. (S. 9)

Versicherung: Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern können künftig bei der Weltbank gegen nichtkommerzielle Risiken wie Kriege und Verstaatlichung versichert werden. Ausgestattet wird die neugegründete Versicherungsgesellschaft mit einem geschätzten Kapital in Höhe von 1 Mrd. Dollar. (S. 10)

Holzmarkt: Die schlechte Baukonjunktur und die Verunsicherung der Verbraucher durch das Waldsterben haben zu Absatzproblemen geführt und damit eine neue Gefahr für den Wald heraufbeschworen. Durch den Lagerstau in den Wäldern droht eine Massenvernichtung von Holzschädlingen. (S. 9)

KULTUR

Jubiläum: Bach- und Händeljahr werden ausgiebig gefeiert, aber kaum jemand hat bisher realisiert, daß wir 1985 auch ein „John-Gay-Jahr“ haben. Dabei waren Händel und Gay um 1720 in London die führenden künstlerischen Großunterhalter. Sie waren rasend eifersüchtig aufeinander, setzten sich mit Intrigen zu. Historisch gesehen zog Gay schließlich den kürzeren. (S. 15)

Eröffnung: Mit Lessings „Nathan dem Weisen“ wird die neue Spielzeit im Berliner Schillertheater eröffnet. Viereinhalb Stunden dauert die Aufführung dieses großen Sinnspiels unter der Regie des Franzosen Bernard Sobel. Sie ist von einer schier erschöpfenden Ausführlichkeit. Als der Spieler sich am Ende zeigte, ließen einige Zuschauer ihn ihr Befremden deutlich hören. (S. 15)

SPORT

Motorsport: Der Brasilianer Ayrton Senna (Lotus) gewann in Spa den Grand Prix von Belgien, den 13. Lauf zur Formel-1-WM. In der Gesamtwertung führt der Franzose Prost. (S. 13)

Schach: Bei der Weltmeisterschaft in Moskau ging Titelverteidiger Karpow (UdSSR) mit 3:2 in Führung. Herausforderer Kasparow (UdSSR) gab die fünfte Partie nach 41 Zügen auf. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Waffenarren: Diese Woche kommen sie in Las Vegas wieder zusammen: Die Abenteurer und Freunde von „Soldier of Fortune“, eines der seltsamsten Erzeugnisse auf dem amerikanischen Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt. Die Leser - Waffen- und sonstige Narren - bedeuten ein erträgliches Geschäft. Der Jahresumsatz für die Anzeigen bringt fast 20 Millionen Mark. (S. 16)

Versinkt Venedig? Anfang September sollte die Rettungsaktion beginnen: Die Beton-Injektionen in den Untergrund von Venedig sollte man unter anderem den Marktplatz anheben, zwischen 20 und 100 Zentimeter. Doch die Aktion droht zu scheitern, weil sich Privatfirmen am Geschäft nicht beteiligen dürfen. (S. 16)

Wetter: Wolkig, 14 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Elefant und Mücke - Leitartikel von Enno v. Loewenstern zu SPD, SED und DKP S. 2

Frankreich: Die KPF poliert ihren Patriotismus - Von August Graf Kageneck S. 3

Strauß-Feiern: „Nun weiß man, wie schön Monarchie sein kann“ - Von Peter Schmalz S. 4

Technologie: Meinungen von Regierung und Gewerkschaften prallen aufeinander S. 5

Norwegen: Bedeutung der Nordflanke betont - Rote Flotte bedroht NATO-Nachschub S. 6

Fernsehen: Jahrelang bewußt übersehen: Die ungenutzten lokalen TV-Frequenzen S. 7

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Tempolimit: Grüne Fortschrittsbremsen - Wirtschaftsleitartikel von Harald Posny S. 9

Fußball: Pal Csernai - nur Ratslosigkeit, und von einem Konzept ist nichts zu sehen S. 12

Pankraz: Vitzliputzli und die Ehe à quatre - Schopenhauers hand-schriftlicher Nachlaß S. 15

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neutralitätsgesetz

Von Peter Gillies

Erkennbar mit langen Zähnen geht das Regierungslager an die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes heran. Dennoch zeichnet sich jetzt ein Regierungsentwurf ab, von dem Alfred Dregger noch vor kurzem mit dem Hinweis abgeraten hatte, man möge den Dialog mit den Gewerkschaften nicht mit unnötigen Reizthemen belasten. Daß sich die Koalition unter Führung des CDU-Mittelstandes und der FDP nunmehr zu einer gesetzlichen Klarstellung der Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt ernannt, zeigt Weitsicht.

Der Arbeitskampf des Vorjahres hatte augenfällig gezeigt, wie stark die Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften bereits aus dem Lot geraten ist. Ein Indiz dafür war unter anderen die Tatsache, daß die Bundesanstalt für Arbeit durch (umstrittene) Gerichtsurteile gezwungen worden war, Unterstützungsleistungen an indirekt vom Streik Betroffene zu zahlen, obgleich doch das Arbeitsförderungsgesetz die Anstalt zu strikter Neutralität im Arbeitskampf verpflichtet. Die Bundesanstalt, gespeist aus Pflichtbeiträgen von Arbeitnehmern, Unternehmen und auch vom Steuerzahler, geriet zu einer Art Streikkasse der Gewerkschaften.

Nun gab es Stimmen – auch im Regierungslager –, die aus Furcht vor gewerkschaftlichen Reaktionen eine gesetzliche Klarstellung dieser Neutralitätspflicht vermeiden wollten. Sie führten ein nur auf den ersten Blick liberales Argument ins Feld: Schon bisher habe sich der Gesetzgeber aus dem Arbeitskampf heraus, weswegen auch in diesem Fall die Einigung der Tarifpartner vorzuziehen sei.

Das ist rechtlich jedoch nicht haltbar. Denn man darf weder eine öffentliche Kasse noch grundlegende Prinzipien des Arbeitskampfes der Beliebigkeit einer Gruppeneinigung überantworten.

Tarifaufonomie und Waffengleichheit im Arbeitskampf sind stolze und bewahrenswerte Prinzipien der Demokratie. Der Staat nimmt dort nicht Partei, aber er muß als Schlichter für faire Spielregeln sorgen. Die Klarstellung der Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt ist ein Teil dieser Pflicht.

Umwelt und Sozialismus

Von Joachim Görlich

Auf die Verschmutzung in Polen weisen amtliche, katholische und Untergrund-Medien hin. Die Ostseeküste ist so verdreckt, daß neunzehn Bäder wegen Seuchengefahr geschlossen wurden, vor allem in der Danziger Bucht, dem Stettiner Haff sowie in der Oder- und der Weichselmündung. Fünfunddreißig Kurorte, vornehmlich in Schlesien, wurden geschlossen. Hauptgrund: Waldsterben und Verschmutzung der Gebirgsflüsse, die so stark ist, daß Trinkwasser rationiert und mit Tankwagen geliefert wird.

Die Zeitung „Katolik“ berichtet, daß nur zehn Prozent der Flüsse sauberes Wasser führen. Dreizehn Prozent der größten Seen seien „irreparabel verdreckt“, sei seien Kloaken. Lediglich fünfzehn Prozent der Kläranlagen seien noch brauchbar. Laut „Katolik“ fehlen siebentausend Kläranlagen. Nicht besser sieht es laut „Slow Powszechna“ mit den Filteranlagen der Industrie aus. Die meisten stammen aus der Vorkriegszeit, von ihnen sind knapp zwei Drittel nicht intakt.

Das KP-Organ „Trybuna Ludu“ schreibt, daß wegen der Umweltschutzziele und der forcierten Kohleförderung in Ost-Schlesien ganze Wohnviertel abbruchreif seien. Doch könnten die Bewohner nicht umgesiedelt werden, weil es zu wenig Wohnungen gebe. Und das Katowitzer KP-Blatt „Trybuna Robotnicza“ fügt hinzu: „Oberschlesien steht vor einer ökologischen Katastrophe“.

In Polen gibt es seit kurzer Zeit einen Umweltschutzminister und eine Umweltschutzliga, die aber gegen die Industrie machtlos sind. Auch gibt es staatliche Kontrollen, aber „Slow Powszechna“ berichtet: „Die Behörden stellen höchst ungern Strafanträge, weil höchstens fünf Prozent der Prozesse mit einem Schuldpruch ausgehen.“ Und die Bußgeldbescheide stünden in keinem Verhältnis zu den Schäden.

Man weiß, daß im ober-schlesischen Industriegebiet die Krebssterblichkeit hoch ist, ebenso die Kindersterblichkeit, die Zahl der Geburten geistig kranker Kinder und die der Fehlgeburten. Doch eine Besserung der Lage ist nicht absehbar, dazu fehlt es an Geld. Außerdem: ein System, dessen Hauptinteresse der eigenen Erhaltung dient, kann kaum Kraft erbringen, auch das Land zu erhalten.

Der Funk sprüht

Von Joachim Neander

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil festgestellt, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Freistaat Bayern seit sechzehn Jahren eine Gebühr einziehen, für die es gar keine Rechtsgrundlage gibt. Es fehlt ein entsprechendes Gesetz.

Die Erklärungs- und Protesthektik, die dieser Spruch bei den Anstalten ausgelöst hat (und dies, obwohl er nur für Bayern gilt und außerdem noch vor das Bundesverwaltungsgericht gebracht werden wird), ist zwar nicht logisch, aber doch verständlich. An Logik fehlt es deswegen, weil ein solches Urteil nicht gar so überraschend kommt. Nur Träumer konnten glauben, daß die Problematik der Fernsehstruktur auf ewig unbefragt bleiben werde. Es ist bedeutsam, daß hier ein Obergericht die Gesetzesgrundlage einer Gebühr betont, wo doch in einigen Anstalten bereits mehr oder weniger laut eine „vollkommene Finanzautonomie der Anstalten“, also fast eine Art eigener Steuerhoheit, gefordert wird.

Aber verständlich ist die Aufregung allemal. Der Richterspruch ist geeignet, eine ganze Lawine anderer Fragen loszutreten. Wieso eigentlich kassieren nur die öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Gebühr? Wieso kriegt das ZDF davon nur ein Drittel? Wieso die freien Veranstalter gar nichts, obwohl sie doch über dieselben Empfangsgeräte, Leitungen und Antennen wie die öffentlichen Hörer und Zuschauer senden? Warum wird die Fernsehgebühr nicht an die inzwischen sehr fein entwickelte Teleskopie gebunden oder gar an den einzelnen Beitrag, der einzeln per „Rückmeldung“ dem jeweiligen Veranstalter zu bezahlen ist? So daß jeder nur für das und nur so viel zahlt, soweit er tatsächlich sein Gerät eingeschaltet hatte.

Der scheidende Intendant des Hessischen Rundfunks, Wolfgang Lehr, hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einmal recht schiltzöhrig mit einem Zuckerbäcker verglichen. Dessen Erzeugnisse seien wirtschaftlich bewertbar, die Produkte von ARD und ZDF dagegen nicht. Deshalb müsse man sie der „Willkür“ einer „Fehlbeurteilung“ entziehen. Aber das heiße, die Zuschauer als allesamt sahnenschleckende Dummköpfe hinzustellen.



ZEICHNUNG: GORRELL/THE RICHMOND NEWS LEADER

Elefant und Mücke

Von Enno v. Loewenstern

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Grotz hat wieder beteuert – nach einem Lob für jene „zweite Phase der Entspannungspolitik“, die die Außenpolitik der Zukunft sei –, daß die SPD zugleich die ideologische Auseinandersetzung mit SED und DKP führen werde. Die Botschaft hört man gern. Seit anderthalb Jahrzehnten hört man sie besonders oft. Nur von der Ausführung hört man nichts.

Am 4. November 1970 verkündete der SPD-Parteirat seinen Unvereinbarkeitsbeschluss und drohte Parteiverfahren gegen „gemeinsame Veranstaltungen“ usw. mit Kommunisten an „Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit“ gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen“, hieß es; die „geistige Auseinandersetzung“ wurde proklamiert.

Da war man noch unsicher wegen der nächsten Wahl. Aber seit der findet sehr vieles „gemeinsam“ statt, bis zu riesigen Aufmärschen, nur die geistige Auseinandersetzung nicht. Schon im Oktober 1973 hatte Peter v. Oertzen den Ausweg entdeckt: Für den einzelnen Sozialdemokraten gebe es „manchmal Situationen, in denen er die gemeinsame Frontstellung mit Kommunisten nicht vermeiden kann“ – in Betrieb, Gewerkschaft, Hochschule, Bürgerinitiativen. Im übrigen gibt es auch allgemeine politische Situationen, in denen eine sozialdemokratische Partei keine große Wahl bei der Bestimmung ihrer politischen Verbündeten hat.

Vorher freilich hatte Brandt im Wahlkampf 1972, als die Tendenz zum Erfolg verließ, sich offenbart mit seiner Polemik gegen den „primären Antikommunismus“, seiner Klage, daß hierzulande selten ein gutes Wort über die „DDR“ verloren werde. Mehr und mehr riß bei SPD-Rednern ein Ton ein: eher mit Kommunisten als mit der Union und den „Kapitalisten“.

Seither betont die SPD zwar den Unterschied im Abstrakten, im Stil des Godesberger Programms: „Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit“, die Kommunisten dagegen suchen „die Diktatur ihrer Partei zu errichten“. Konkret aber, da also, wo die Auseinandersetzung am Beispiel beginnen müßte, warnt die SPD vor dem „Aufweichen von Feindbildern“ (Grotz). Keine „Tiraden“ wegen Solidarnosc, weil sie nur „unehrliches Wortge-

klänge“ wären). Dafür schwoll das USA-Feindbild von Vietnam bis Nicaragua. Es folgte die Äquidistanz mit unablässiger Kritik an den Amerikanern und unablässiger Verharmlosung der anderen Seite, bis der Krenn als friedliebend und „die Interessenlage der Amerikaner“ als der unseren entgegenstehend erschien.

Peter Grotz spottete in der „Neuen Gesellschaft“ über die parteiinternen Warner wie Gesine Schwan, Karl Kaiser und Hartmut Jäckel und über „Berührungssängste“. Brandt wischte die Untrennbarkeit von Frieden und Freiheit weg: „Ohne Frieden ist alles nichts.“ Lafontaine übersetzte es in den Klartext: „Ehe ich einen Atomkrieg führe, möchte ich wie ein Pole leben.“ Dementsprechend wird die NATO „in Frage gestellt“, bis Brandt sich in Moskau zu dem Ausrufer genötigt sah – und zwar mit ostentativem Blick nicht auf die Pressevertreter, sondern auf vermutete Mikrophone oben – „erlasse sich, das Russenschild nicht umhängen“. Als Antwort betonte das dankbare Politbüro die „Gemeinsamkeit der Positionen“.

Natürlich will die SPD – möglichst – keine Unfreiheit. Aber sie kann und will sich vom Marxismus nicht lösen, nicht nur aus Rücksicht auf die geistig armen Wählerschichten, sondern auch, weil führende SPD-Kräfte tatsächlich nicht begreifen, daß eine sozialistische Wirtschaft niemals in einem frei-

heitlichen Staat möglich ist. Sie rekurrieren nicht gern auf Jochen Steffens: „Laßt uns die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben“, aber ihr Handeln läuft darauf hinaus, Plänen für Investitionslenkung, Vergesellschaftung, immer neuen Belastungen für die Unternehmen, bis deren Zusammenbruch die „Unfähigkeit des Kapitalismus zur Bewältigung der Probleme“ „beweist“.

Dahinter steht die vage Vorstellung, ein solcherart eingeschränkter Sozialismus werde human und demokratisch legitimiert sein und das gute Leben bringen; am westdeutschen Wesen werde genesen, was von Kötzenschbroda über Wladostok bis Havana nicht geigen konnte. Damit zusammen geht die Hoffnung, per „Wandel durch Annäherung“, „Kommunikation“, „Konvergenz“ den „bürokratischen Sozialismus“ humanisieren zu können, verbunden mit jener konkreten Erwartung, die Rau vom CDU-Politiker Rühse angelastet wurde: Er brauche wohl „den Segen von Generalsekretär Gorbatschow für seine Bewerbung“.

Freilich gab es Sozialisten (Schumacher) und gibt es sie (Mitterand, Sinowatz, Soares), die zuverlässige Antikommunisten waren und sind. Aber die SPD ist seit 1945 nur einmal an die Macht gekommen, durch ihre Ostpolitik, und die „zweite Phase“ ist nichts als der Versuch, das Erfolgsrezept zu wiederholen. Kann man sich ideologisch auseinandersetzen, wenn man politisch auf das Zusammenstehen gesetzt hat? Ein Mitterand kann es; Deutsche haben anscheinend nicht das Selbstbewußtsein für solchen Drahtseilakt.

So entsteht ein Sog, den man unter dem Schutz des amerikanischen Atomschirms gewiß trefflich verarmlosen kann; jeder sieht es Lafontaine an, daß er nicht wie ein Pole lebt und nicht wie ein Pole leben möchte (und schon gar nicht wie ein Pole sterben möchte); Grotz tut das Verhältnis SPD zu DKP als „Elefant und Mücke“ ab. Aber es geht nicht um das Verhältnis SPD-DKP, sondern um das Verhältnis SPD-Sowjetblock. Wer da die Mücke ist, ist evident. Und das Spiel mit dem Feuer, um das diese Mücke schwirrt, betrifft uns alle.



Friede in Freiheit oder wie ein Pole leben? Lafontaine FOTO: FERDI HARTUNG

Worauf Briten stolz sind und Deutsche weniger

Das schwierige Vaterland / Von Peter R. Hofstätter

Was ist es, das ein Volk zusammenhält? Die Frage scheint müßig, aber im deutschen Fall ist sie ungemein schwer zu beantworten. Die Kriterien, an die man sich zu halten pflegt, versagen: Die Sprachgemeinschaft erstreckte sich schon 1937 weit über die Grenzen des Reiches bis nach Österreich, nach Südtirol und in die Schweiz. Es kann auch weder von einer gemeinsamen Rechtsordnung die Rede sein, in der die Deutschen leben, noch von einem gemeinsamen Territorium, in dem sie sich frei bewegen können.

Zum Verständnis verweisen viele Lehrer ihre Schüler auf die Geschichte der letzten siebzig Jahre, in denen die Großmachtpläne des Reiches zweimal blutig gescheitert sind. Da klingen Schuld und Sühne an, während sich die Schüler mit Thesen wie der folgenden innerlich abfinden: „Vaterland wird ein toter Name, dessen man nur noch ehrenhalber Erwähnung tut, wie in den Leichenpredigten der Ahnen, deren Güter und Titel man ererbt hat“.

Der Vergleich muß jeden braven Progressiven beglücken, der von (anderer Leute) Gütern und Titeln ebenso wenig wissen will wie von der Bindung an ein Vaterland, das übrigens, wenn schon, nach heutiger Regel „Mutter-Land“ heißen müßte. Aber das konnte der Autor dieses Merksatzes im Jahre 1965 – kurz nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges – noch nicht wissen.

Friedrich Karl Freiherr von Moser (1723-98) entstammte einer württembergischen Beamtenfamilie, die dem Pietismus nahestand. Er war in den siebziger Jahren Minister in Hessen-Darmstadt und vorher, in den sechziger Jahren, als Protestant Reichshofrat in Wien.

Sein Büchlein handelt „von dem deutschen Nationalgeist“, den Terminus hatte Moser in Anlehnung an Montesquieu „L'Esprit des Nations“ ins Deutsche eingeführt. Nachdem er viel herumgekommen war, ließ ihn das Gefühl nicht los, daß bei den Deutschen eine „allgemeine Vaterlandsliebe“ vielleicht nie stark genug gewesen, oder doch schon allzulange erloschen (sei), als

daß man bei ihnen eine solche National-Denkungsart suchen sollte, wie man sie bei einem Briten, Eidgenossen, Niederländer oder Schweden findet“.

Wie eine Bestätigung dieses Befundes klingt es, wenn nach einem Bericht der Allensbacher Demoskopie von 1981/82 in den USA, in England, Spanien und Italien zwischen 80 und 86 Prozent der Befragten angaben, auf ihre Nationalität „stolz“ oder sogar „sehr stolz“ zu sein, in der Bundesrepublik dagegen bloß 59 Prozent.

Im Frühjahr 1981 fanden 81 Prozent der 16- bis 29-jährigen Befragten, daß „das Wort Vaterland nicht mehr in die heutige Zeit paßt“, von den über 45-jährigen waren nur 22 Prozent dieser Ansicht. Im gleichen Jahr gaben nicht weniger als 56 Prozent der Befragten im Alter unter 30 Jahren zu, sie würden gar nicht, wie die ersten Worte heißen, mit denen unsere Nationalhymne anfängt. Daß man eine Nationalhymne brauche, meinte nur jeder zweite in dieser Altersgruppe. Es scheint, daß sich die deutschen

IM GESPRÄCH Son Sen

Der Erbe des Schlächters

Von Christel Pilz

Wie kann es sein, daß dieser Khmer mit dem Buddha-Gesicht und dem lächelnden Schimmer auf den Augen weder Mönch noch Gelehrter, sondern Revolutionär und – seit kurzem – Kommandeur der sechzigtausend Mann starken Guerrilla der Roten Khmer ist? Son Sen, vierundfünfzig Jahre alt, hat den berühmtesten Pol Pot abgelöst.

Seine Aufgabe ist gewaltig. „Stellen Sie sich vor“, sagte er der WELT in einem Dschungelcamp, „die Deutschen in der Bundesrepublik müßten 1,8 Millionen sowjetische Soldaten bekämpfen und hätten fünf Millionen sowjetische Siedler im Land!“ In Kambodscha stehen sechs Millionen Khmer 180 000 Soldaten und 500 000 Siedlern aus dem benachbarten Vietnam gegenüber.

Son Sen studierte Anfang der fünfziger Jahre an der Pariser Sorbonne Philosophie, wobei er Landsleute traf wie Pol Pot, Khieu Samphan, Ieng Sary. Sie diskutierten über ihre Nation, die bis 1954 der Herrschaft Frankreichs unterstand. 1955 kehrte Son Sen nach Phnom Penh zurück, er wurde Direktor der pädagogischen Hochschule, doch das autoritäre und feudalistische Regime des Prinzen Sihanouk trieb ihn in die Opposition. 1963 folgte Son Sen seinen Freunden in den Dschungel. 1968 begann der Kampf.

Son Sen las nun Napoleon und den chinesischen Militärdenkerr Sun Tse. Eine formale militärische Ausbildung erhielt er nie; er lernte durch Erfahrung. 1975 zog er in Phnom Penh ein. Die Roten Khmer hatten das promerikanische Lon-Nol-Regime besiegt.

Son Sen wurde stellvertretender Verteidigungsminister eines der grausamsten Regime dieses Jahrhunderts. Zwei Jahre später stand er wieder an der Front, diesmal gegen die Vietnamesen, die Kampfgefährten von gestern. Son Sen kämpfte zur Sicherung der Ostgrenze, „bis wir der Übermacht der Aggressoren unterlegen waren“, wie er am 7. Januar 1979 sagte, als die Vietnamesen Phnom



Guerrillaführer in Kambodscha: Son Sen FOTO: AP

Penh besetzten. Doch Son Sen und seine Kämpfer gaben nicht auf. Monatlang lebten sie von Blättern und Wurzeln, zogen zu Fuß durch das Land, reorganisierten ihre Kräfte.

Die Vietnamesen sind immer noch im Land, doch die Roten-Khmer-Führer – sie beteuern, dem Sozialismus abgeschworen zu haben – haben verhindert, daß sie Kambodscha in den Griff bekommen.

„Unser Ziel muß sein, Vietnam so weit zu schlagen, daß Hanoi sich einer politischen Lösung beugt“, sagt Son Sen. Von den Vietnamesen hat er gelernt, daß es ein Fehler ist, seine wahre Stärke zu zeigen. Seine Hauptaufgabe fortan wird sein, auf Kooperation und Integration der Roten Khmer mit den Widerstandsgruppen unter Son Sann und Prinz Sihanouk hinzuwirken. Son Sen muß Mißtrauen abbauen, das tief saß, solange Pol Pot die Truppen kommandierte – auch jetzt gibt es viele, die den Führungswechsel nur als eine Taktik betrachten, um die politische Entwicklung nicht mit dem Hauptverantwortlichen der früheren Grausamkeiten, Pol Pot, zu belasten.

Son Sen ist ein geduldiger Mann. Sein Name gilt als unbeschmutzt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu einem Fernsehbericht schreibt sie:

Aufgrund einer unter zweifelhaften Umständen zustande gekommenen Telefonumfrage wurde der Eindruck vermittelt, als ob in der Stadt das Vertrauen gegenüber den Sicherheitsgarantien der Alliierten sinke und auch die NATO nicht mehr so hoch im Kurs stehe wie früher. Der Senat war gut beraten, daß er die schiefe Darstellung im Fernsehen postwendend geraderücken ließ, noch ehe sie im Atmosphärischen politischen Schaden anrichtete.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert den mitteleuropäischen Arianen-Straß:

Die Statistiken des Mißgeschicks können das traurige Symbol eines gallischen Hahns nicht auslöschen, der seine Federn glänzend zur Schau stellt, aber den Schnabel in den Mist steckt. Armer Präsident, armes Frankreich! Man will zeigen, daß man so schön wie die Götter ist, und trägt doch nur die Lumpen des Zufalls.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung schreibt zu den Motiven Oleg Gordiewskis Stellung:

Gordiewskij hat ein Anrecht auf die Bestätigung, daß die Jahre furchtbarer Spannung in seiner Dreierrolle als Diplomat, KGB-Kontrollleur und Agent westlicher Geheimdienste zur Erreichung der erhofften Ziele geführt haben. Hätte er sich nur der Fleischtöpfe des Westens erfreuen wollen, dann hätte er bereits vor zehn Jahren mehr als genug Informationen gehabt, um eine freundliche Aufnah-

me zu bekommen. Es bedurfte moralischer Kraft und völliger Überzeugung, daß die angestrebten Ziele gerecht waren, um angesichts dieses Drucks in seiner Position zu bleiben.

Wendehalsche Nachrichten

Das Mitterrand-Bild besaß zum Erschreckungspunkt:

Mit dem neuen Gesetz wird nämlich endlich auch die Arbeit jener anerkannt, die die Kindererziehung einer beruflichen Tätigkeit vorziehen, dafür aber außer wörtlicher Anerkennung ihrer Arbeit von den Politikern nie einen entsprechenden Obolus bekamen. Wenn auch unbestritten ist, daß Kindererziehung letztlich nicht mit Geld zu bezahlen ist, so ist der künftige Staatszuschuß von 600 DM im Monat doch zumindest eine Absicherung, die den Entschluß für das Kind und gegen den Beruf erleichtert.

Schwarzwälder Bote

Das Oberstadter Blatt bewertet die DGB-Aktionswoche:

Nunmehr steht die erklärte Willensbekundung im Vordergrund, die gesamte deutsche Öffentlichkeit, in erster Linie aber die verantwortlichen Politiker jeglicher Couleur, auf die Notwendigkeit einer Politik der sozialen Symmetrie aufmerksam zu machen. Sodann geht es der DGB-Spitze darum, um Verständnis für Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeitnehmer zu werben und deutlich zu machen, daß die DGB-Gewerkschaften zwar kritische, aber letztlich verlässliche Partner von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik bleiben wollen.

„Die schaffen das auch ohne mich“

Der Name Pieroth ist durch den Weinskandal ins Gerede gekommen. Der Name Pieroth hat andererseits besonders in der Berliner Politik einen guten Klang. Gibt es für den Wirtschaftssenator Elmar Pieroth so etwas wie eine Sippenhaftung für seinen Bruder Kuno, den Weinhändler?

Von PETER GILLIES

Ich werde über unternehmerische Sozialpolitik nicht mehr so unbefangenen wie bisher reden können - da grinsen vielleicht einige im Saal. Elmar Pieroth, Wirtschaftssenator in Berlin, spürt Probleme mit dem „Rebzwieg“ seiner Familie, jenem Weinhandelsunternehmen, das sein Bruder Kuno Pieroth leitet und das mit vergärrten Weinen in die Schlagzeilen geriet. Dennoch hat sich der CDU-Mann nach vielen Gesprächen und inneren Kämpfen entschieden, in der Politik zu bleiben.

Trägt ein Politiker, der vorher Unternehmer war, lebenslang ein Stigma? Gibt es eine mediale Sippenhaft zwischen Wirtschaft und Politik? „Nein“, antwortet der Senator prompt, fügt aber nachdenklich an, da gebe es vielleicht „Unterströmungen bei Menschen, mit denen ich spreche“. Bisher jedenfalls sei er in Berlin und von den Politikern überaus fair behandelt worden. Nur aus zwei Quellen sei ihm bisher Gedankengut nach Art einer „Sippenhaft“ entgegengeschlagen: von der Alternativen Liste und aus der „Wahrheit“, dem Organ der kommunistischen SED in West-Berlin.

„Ich habe 1953 als Gastwirt angefangen und den Betrieb zu einem Unternehmen aufgebaut, das heute 2000 Sorten in 5000 Abfüllungen anbietet und rund 330 Millionen Mark im Jahr umsetzt.“ Nie sei die Firma in die Tausende von Weinprozessen der letzten Jahrzehnte verwickelt gewesen, habe jedoch offensichtlich die

Gefahr der Vorlieferanten unterschätzt. Die mit Frostschutzmitteln versetzten Weine aus Österreich stürzten das Unternehmen jetzt in die Krise.

Die ersten Nachrichten über diesen Weinskandal hatten ihn während des Urlaubs auf dem Balkan erreicht, als er mit Familie im Wohnmobil nach Istanbul zockte. In Prag erfuhr er, daß sich auch ein Pieroth-Wein als Glykolepischente herausstellte. Weitere folgten, und die Notrufe des Unternehmens und von Bruder Kuno wurden täglich dringlicher. „Am Mittwoch, dem 21. August, war ich zu 80 Prozent entschlossen, daß meine Firma mich braucht.“

Wieder zurück in Berlin, sprach ihn der Regierende Bürgermeister an und bat Pieroth, im Senat zu bleiben. „Die Kernfrage, die sich mir stellte, lautete: Wo war die Lücke größer - in der Politik oder in meiner Firma, aus der ich vor 14 Jahren ausschied?“ Nachdem die Firma eigene Maßnahmen zur Vertrauensbildung bei ihrer Kundschaft und zur Stärkung der Geschäftsführung einleitete, habe der Druck auf den „Notbefeher aus Berlin“, der noch immer mit mehr als einem Drittel an einer Weinhandelsfirma beteiligt ist, nachgelassen. „Am Sonntag darauf wußte ich: Die schaffen das auch ohne mich.“

Als er 1971 in die Politik ging, habe er die Verbindungen zum Weinhandel umständlich gekappt, betont Elmar Pieroth. Damals herrschte die Ansicht vor, „ein Politiker in der Familie schmückt immer“, heute dächten manche anders darüber. In Berlin, wo

ich gute Freunde und eine sehr gute Presse habe“, seien anfangs Schwierigkeiten mit den etablierten Gruppen zu überwinden gewesen. Manche hätten den Wirtschaftspolitiker, der über die Abschaffung von Subventionen laut nachdachte und die Vermögensbeteiligung breiter Schichten im Schilde führte, zuerst milde belächelt.

Mittlerweile hätte sich seine Wirtschaftspolitik jedoch zu einem Markenzeichen entwickelt, mit dem man - erkannte - auch Wahlen gewinnen könne. Freilich werde seinem Motto „Geld verdienen muß auch Spaß machen“, heute eine andere Bedeutung unterlegt. „Aber es darf doch nicht sein, daß die Politiker-Laufbahn heute über die Stationen Studium, Mitgliedschaft in der Jugendorganisation, Assistent bei einem Landesminister schließlich in den Bundestag führt.“ Politiker dürften sich nicht nur aus Lehrern, Soziologen und Politologen rekrutieren, die Unternehmerrfahrung könne man nicht aussperren - „heute weniger denn je“.

Spürt er verdeckte Anspielungen, heimliche Frotzeleien oder wissendes Mienenspiel seiner politischen oder wirtschaftlichen Gesprächspartner? „Nein“, meint der Senator, „aber manchmal stelle ich mir schon die Frage, ob die anderen nur betont freundlich sind.“ Empfindet er die einschlägigen Schwierigkeiten des Bundespostministers als Parallele? „Ich habe mich vor 14 Jahren vom Geschäft getrennt, Schwarz-Schilling erst vor drei Jahren. Ich glaube, er hätte sich mehr zurückhalten müssen.“ Daß Pieroth schon ein Selbstbewußtsein nach Berliner Art angenommen hat, zeigt seine Bemerkung: „Ich war auch besser als Schwarz-Schilling.“

„Der Pieroth ist schon jut“, kommentiert ein Taxifahrer das Thema. Die Gesprächspartner des Senators in Berlins Wirtschaft und Gewerkschaften teilen diese Einschätzung. Aber für den Vorzeig-Unternehmer ist auch klar: „Die Welt ist augenblicklich nicht mehr so wie vorher.“



Probleme mit dem „Rebzwieg“ der Familie: Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth. FOTO: HORST OSSINGER/DPA

Die KPF poliert ihr Patrioten-Image

Zweifel trüben in Frankreich gelegentlich das strahlende Bild des Widerstands gegen den Faschismus. Zweifel auch an der KPF. Doch die sieht sich als einzige konsequente Kraft gegen die Nazis, wie sie mit der Ausstellung „Kommunisten im Widerstand“ in Paris unterstreicht.

Von A. GRAF KAGENECK

Diese Ausstellung soll den Männern und Frauen von heute, die diese Zeit nicht erlebt haben, zeigen, welches damals die wirkliche Haltung der Kommunistischen Partei war“, ruft Georges Marchais in die Mikrophone. „Dies entspricht einer unerlässlichen Notwendigkeit.“ Der Generalsekretär, braungebräunt und von strotzender Gesundheit, nachdem er gerade von einem fünf-wöchigen Aufenthalt auf der Krim zurückgekehrt ist, spricht von den Opfern, er gedenkt der Gefallenen. Die KPF habe immer im französischen Volk und in der französischen Erde gewurzelt, sie sei die Partei der Patrioten schlechthin. „Die KPF ist der beste Schutzschild für unser Volk“, ruft Marchais aus. „Sie ist eine Macht, die sich vor nichts und niemandem beugen wird.“

Großer Beifall. Unter den ausgewählten Gästen sind der sowjetische und der chinesische Botschafter. Eine Delegation ist aus Ost-Berlin gekommen. Man drängt sich durch das enge Ausstellungszelt. Der Historiker wird sich angeregt fühlen. Manches

ward noch nie gesehen. Die letzten Worte eines zum Tode Verurteilten vor der Hinrichtung, auf einen Zettel gekritzelt, Waffen, Radiogeräte, Flugblatt-Presse aus dem Untergrund, Fotos von deutschen Soldaten in den Straßenschluchten von Paris, heimlich aus Erkern aufgenommen. Bilder von deutschen SS-Generälen vor der Silhouette der Pariser „Frankhotels“. Ein Judenstern. Erschießungspeloton vor an Pfählen gebundenen Todes-kandidaten.

Marchais betrachtet sich das alles nachdenklich. Was geht in seinem Kopf vor? Wo er damals war? Es ist bis heute ungeklärt, ob er nicht, statt im Untergrund sein Leben für die Freiheit Frankreichs zu riskieren, bei Messerschmitt in Augsburg deutsche Jagdflugzeuge baute und gutes Geld dabei verdiente.

Das Fest der „Humanité“ zieht Millionen an

Gerade in diesem Jahr, vier Jahrzehnte nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, wird in Frankreich häufig die Frage gestellt, wie es denn mit dem Widerstand insgesamt und dem der Kommunisten speziell ausgesehen habe. So wird gefragt, ob denn dieser Widerstand schon regte, als sich Hitler und Stalin verbündeten und die deutschen Truppen, den Rücken frei, zuerst Polen und dann Frankreich niederwerfen konnten.

Da gibt es die Vorwürfe, Kommu-

nisten hätten Juden und Ausländer aus Messer geliefert. Dem haben die Kommunisten immer ein stoisches Dementi entgegengesetzt, und da man ihnen in zahlreichen Prozessen nicht das Gegenteil beweisen konnte, hat man sie schließlich damit in Ruhe gelassen. Selbstbewußt trägt die KPF also ihr Image einer großen patriotischen Massenpartei, die den Anspruch hat, die Unabhängigkeit und Größe Frankreichs aus ihrer Geschichte heraus zu verkörpern. Diese Mischung aus Proletariat und Patriotismus hat ihr in guten wie in schlechten Zeiten einen guten Anteil Wähler zugetragen, und bei ihrem jährlichen „Humanité“-Fest zögern die Franzosen nicht, in Millionen zu erscheinen, ganz gleich ob Kommunist oder nicht.

Nach dem Rundgang durch die Ausstellung drängt man sich in zwei Zeilen, in denen Buffets auf die Gäste warten. Die Laune ist heiter. Man plaudert mit dem sowjetischen Botschafter Woronow, dem die graubaren Widerstandskämpfer von einst alle die Hand drücken wollen. „Ja, die Rote Armee hat uns damals in Buchenwald befreit“, sagt einer. Ein junger Sowjet-Diplomat übersetzt. Der Gorbatschow-Besuch in Paris? Er werde ein großer Erfolg werden, prophezeit der Missionsschef. Die Beziehungen zwischen Ost und West würden davon profitieren.

Henri Krasucki, der mächtige Bos der kommunistischen Gewerkschaft, geht von Gruppe zu Gruppe und küßt alte Damen, die alle die Widerstands-rossette an der Bluse tragen. Charles

Fiterman, bis zum Bruch mit den Sozialisten Transportminister im Kabinett Mauroy, steht ein wenig traurig und verlassen da. Seines Amtes entkleidet, ist er wieder ganz der unbekante, ins Glied zurückgetretene Parteisoldat. Bei den Wahlen im nächsten Frühjahr wird er gegen Raymond Barre in Lyon einen schweren Stand haben. Roland Leroy, der Direktor des Parteiblatts, weist mit einer Handbewegung jeden Verdacht eines Verrats in der Partei von sich, nachdem ein gewisser Jean Fabien in einem Buch Interna aus den Beziehungen der KPF zum Krenel ausgebreitet hat. „Das muß ein Sozialist gewesen sein“, sagt er humorvoll.

Die „guten alten Zeiten“ des politischen Gettos

Mit den Sozialisten sind sie fertig. Endlich ist man sie wieder los, kann man sie wieder mit heruntergelassenem Visier bekämpfen. Betrachtet man sich die Führer dieser Partei, wie sie da in bester Laune, selbstsicher und vergnügt, miteinander sprechen, wird man den Eindruck nicht los, als sei eine enorme Last von ihren Schultern gefallen. Die Last, zusammen mit den Sozialisten eine Politik vertreten zu müssen, die man alleine den Arbeitern nie zugemutet hätte. Nun kann man wieder als Arbeiterpartei auftrumpfen. Die „guten alten Zeiten“ im Getto sind wieder da. Frankreichs Kommunismus ist nicht für heute oder morgen. Man hat Zeit.



Die Wüste dringt von Zwischen Senegal und Somalia. Die Vegetation und mit ihr Mensch und Tier. FOTO: KEYSTONE

In der Sahelzone wurden die Brunnen zur tödlichen Falle

Sie bauten Brunnen, um den Menschen in der Sahelzone zu helfen. Doch es scheint, daß die Entwicklungshelfer gerade so die Dürre zur Danerkatastrophe machten.

Von LUDWIG KÜRTE

Das Hungern und Sterben der Menschen in der Sahelzone, die den afrikanischen Kontinent vom Senegal im Westen bis Somalia im Osten durchzieht, hat Erschrecken und Betroffenheit ausgelöst. Wo noch vor einigen Jahrzehnten der Wechsel von Trockenzeit und reicher Vegetation das Leben bestimmte, hat sich heute die Wüste dauerhaft eingenistet. In ausgedehnten Landstrichen gibt es keinen Baum und keinen Strauch mehr, das Grundwasser ist in unerschöpfbare Tiefen abgesunken, Mensch und Vieh können sich ohne fremde Hilfe nicht mehr ernähren.

Einige Experten sehen den Hauptgrund in den ungünstigen klimatischen Entwicklungen. Seit den 70er Jahren liegt der jährliche Durchschnitt des Niederschlags damit weit unter dem notwendigen Maß. In ganz andere Richtung zielt dagegen die Ansicht, daß die Entwicklung überwiegend auf Einflüsse des Menschen zurückgeführt werden muß. Viele Experten glauben, daß Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Kultur und der Landwirtschaft in den betroffenen Ländern zu der Entwicklung geführt haben. Die Wurzeln liegen damit in einer verfehlten Entwicklungspolitik für die Länder Afrikas.

Das Erkennen der Ursache der Dürrekatastrophe hat enorme Konsequenzen für alle Hilfsstrategien. Die Entwicklungshilfe, die in den letzten Jahrzehnten geleistet worden ist, könnte sich als kurzfristig und verhängnisvoll erweisen. Das Motto „Gebt den Menschen Wasser, dann

werden sie zu essen haben“ scheint in der Sahel-Region mehr geschadet als genutzt zu haben.

In jüngster Zeit mehren sich nämlich die Untersuchungsergebnisse, vor allem von Ökologen, mit solch unangenehmen Einsichten. So zeigte sich, daß dem Desaster ein grundlegender Wandel in den Lebensgewohnheiten der Sahel-Bewohner vorausging. Ihr Leben in der klimatischen Übergangszone zwischen Wüsten, Steppen und tropischen Wäldern wurde geprägt durch den jährlichen Wechsel zwischen der Trocken- und der Regenzeit. Sie lebten als Nomaden und wanderten mit ihren Herden regelmäßig zwischen den trockenen und feuchteren Regionen hin und her.

Sie folgten damit dem gleichen Rhythmus, der auch das Leben der Wildtiere in den Steppen Afrikas bestimmt. Diese wandern von Regionen mit hohem Niederschlag in die trockeneren Zonen, wenn dort nach der Regenzeit die Vegetation aufgeblüht ist. Im Gegensatz zu den Pflanzen in den feuchten Gegenden hat diese kurzlebige Vegetation sehr hohe Qualität. Während ihres Aufenthaltes in den trockenen Zonen bringen diese Tiere daher auch ihre Jungen zur Welt, um sie in den ersten Lebensmonaten mit hochwertiger Nahrung aufziehen zu können. Erst wenn dann wieder die Trockenzeit einsetzt, das Wasser versiekt und die Pflanzen verdorren, kehren sie in die feuchteren Gebiete zurück. Dies gibt den Trockengebieten die Chance zur Regeneration. Denn die Pflanzenfresser verlassen die Gebiete so zeitig, daß der Vegetationszeit bleibt, Reserven anzukommen und sich durch Aussäen wieder zu verbreiten.

Die Menschen folgten traditionell diesen Wanderungsbewegungen. Sie nutzten die Trockenregionen nur in der Vegetationsperiode, den Rest des

Jahres verbrachten sie in den feuchteren Zonen.

Dieser Lebensrhythmus geriet in Unordnung, als im Zuge der Entwicklungshilfe mehr und mehr Brunnen gebohrt wurden und man die Nomaden dazu brachte, sich in deren Umfeld niederzulassen und zum Ackerbau überzugehen. Dies lag aber auch ganz im Interesse der jungen afrikanischen Nationen, deren Grenzen weniger nach den alten Bevölkerungs- und Stammesgewohnheiten als nach den in der Kolonialzeit entstandenen Strukturen gebildet worden waren. Wanderungsbewegungen über die Grenzen hinweg sind seither fast ausgeschlossen.

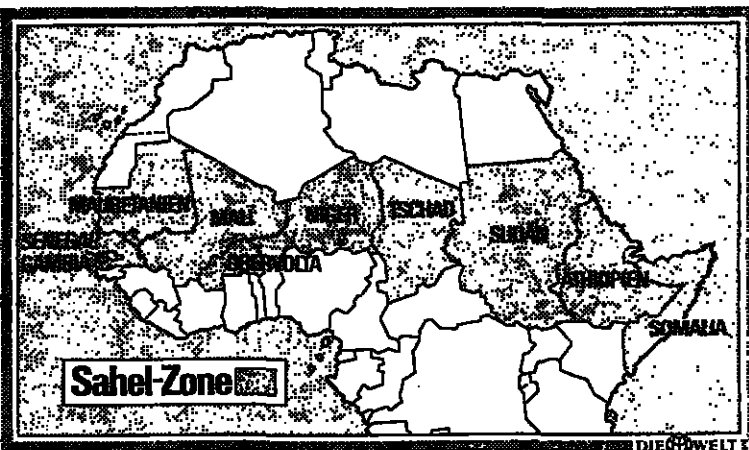
Innerhalb kurzer Zeit vermehrte sich die Zahl der Menschen und der Haustiere, unterstützt durch die medizinische und landwirtschaftliche Hilfe, die ihnen nun zuteil wurde. Das empfindliche ökologische Gleichgewicht wurde völlig über den Haufen geworfen. Binnen kurzer Zeit führte die ganzjährige Beweidung zur Vernichtung der Vegetation.

Dies war wiederum Anstoß für einen Kreislauf von Umweltveränderungen: Die schwindende Vegetation konnte nicht mehr genug Regenwasser im Boden speichern, so daß es schnell versiektete. Gleichzeitig erhöhte sich die Wärmeabstrahlung der Oberfläche, wodurch der Boden kühler wurde und weiter austrocknete. Das Verhältnis nahm seinen Lauf, weil die Temperaturerhöhung in diesen Gebieten auch zum Rückgang der Niederschlagsmengen führte. Der Kreislauf schloß sich damit wieder, denn auf diesen Regen sind wiederum die Pflanzen angewiesen. Die Folge: Innerhalb kurzer Zeit ergriff die Wüste Besitz von den zuvor fruchtbaren Gebieten.

Der geringe Niederschlag in den letzten Jahrzehnten ist somit höchstens eine der Folgen, nicht aber die Ursache der Umweltveränderungen.

Diese ökologische Erkenntnis macht deutlich, daß es nicht ausreicht, durch Nahrungsmittelieferungen die Menschen vorübergehend zu ernähren und ansonsten auf eine Besserung des Klimas zu warten. Noch verhängnisvoller wäre es, mehr Brunnen zu bohren und mehr Dörfer anzulegen.

Das gesamte Hilfskonzept muß darauf abzielen, die ursprünglichen Lebensgewohnheiten wieder einzuführen. Dies erscheint fast aussichtslos, ist aber zwangsläufig. Dabei würde es wohl allein 25 Jahre dauern, bis sich die Vegetation in der Sahelzone überhaupt wieder regenerieren könnte. Und das nur, wenn man in dieser Zeit alle Menschen und Tiere aus dem Gebiet fernhält.



„Gut, daß ich so oft in Finnland zu tun habe. Da kann ich mit FINNAIR fliegen, da finde ich den Komfort, den ich gewohnt bin.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Abfertigung am Executive-Schalter in Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki und Executive-Lounge am Flughafen. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Jyrki Rinne, Geschäftsführer, Lappo Jewelry GmbH, Frankfurt

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP
nach HELSINKI | ab HELSINKI
FRA 09.40 - 13.10 | HAM 07.00 - 08.30
HAM 14.30 - 17.20 | FRA 08.00 - 08.55
FRA 21.10 - 00.40 | FRA 18.05 - 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR
Komfort
den Sie brauchen

Hasselmann spricht von heuchlerischer Kampagne

50 Jahre Fliegerhorst in Wunstorf / SPD: Salut für Göring

MICHAEL JACH, Wunstorf
Nach der Sichtweise des parteiunabhängigen Bonner „Sozialdemokratischen Pressendienstes“ gab es am Wochenende auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf nahe Hannover einen „Salut für Hermann Göring“ – und das mit Beihilfe der niedersächsischen CDU-Landesregierung. Da gedachte nämlich das Lufttransportgeschwader (LTG) 62 mit Festakt, „Tag der offenen Tür“ und Großen Zapfenstreich der 50-jährigen Geschichte des Luftwaffenstandortes. Bei diesem Anlaß ehrte die Landesregierung die Einheit für deren zivile, humanitäre und militärische Verdienste mit der Verleihung des niedersächsischen Fahnenbandes zur Wunstorfer Truppenfahne.

Die Kritiker des Ereignisses, darunter nicht nur Gegner der Bundeswehr, stießen sich insbesondere an der Tatsache, daß in Wunstorf im nationalsozialistischen Jahr 1935 der Ausbildungs- und Flugbetrieb begann: „Da werden Jahre mitgefeiert, an denen es nichts zu feiern gibt“, wandte der örtliche CDU-Bürgermeister Georg Beier ein. In schärferen Tönen erinnerte der hannoversche SPD-Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt und Weltkriege-Herresoffizier Werner Hiltorf, daran, daß Hitler und Göring unter anderem mit dem damaligen Aufbau der „nationalsozialistischen Luftwaffe“ den Versailler Frieden von 1919 „zerfetzt“ hätten.

Stimmen der Kritik

Drittens fand besondere Erwähnung, daß Wunstorfer Flieger am Einsatz der Freiwilligen „Legion Condor“ im Spanischen Bürgerkrieg beteiligt waren, somit auch an der weltweit mit Empörung aufgenommenen, allgemein deutschen Einheiten zugeschriebenen Zerstörung der baskischen Stadt Guernica. Die Grünen im Landtag schließlich finden es „geschmacklos und widerlich“, daß der stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann („notorischer Vorzeigemilitarist der Regierung Albrecht“) am Sonntagabend das Fahnenband übergab. „Schon einmal“ seien in Wunstorf „Fahnen geweiht“ worden.

Wunstorfs Bürgermeister Beier zeigte Wirkung. Der Fliegerhorst hätte besser das 30-jährige Bestehen der

Bundeswehr in diesem Herbst „normal mitfeiern“ sollen. Ursprünglich stand sein Name neben dem von Stadtdirektor Kramer und Geschwaderkommandeur Oberst Walter Holinka als „verantwortlich für den Inhalt“ im Impressum der 50-Jahr-Broschüre. Es sollte ein Zeichen der engen Symbiose von Stadt und Standort sein (der Fliegerhorst ist mit tausend Zivilbediensteten einschließlich allein 160 Lehrlingen der größte Arbeitgeber am Ort). Unter Drohung mit einstweiliger Verfügung ließen Beier und Kramer ihre Namen mit Filzstift schwärzen.

„Teil der Geschichte“

„Das Geschwader hätte sich einfacher machen können mit 30 Jahre Bundeswehr.“ Dies ist in niedersächsischen CDU-Kreisen eine verbreitete Auffassung. Eben das aber wollte Kommandeur Holinka nicht. „Wir feiern 50 Jahre Fliegerhorst ohne Abzug und ohne Beschönigung. Wir müssen für diese Jahre nicht nur haften, sondern sie als Teil unserer Geschichte annehmen“, unterstrich der Fliegeroffizier am Samstag morgen beim Festakt im Wunstorfer Stadttheater. Wie denn auch in der Festschrift nicht verschwiegen, nicht geschönt wird. Luftwaffengeneral a. D. Johannes Steinhoff wäre als geladener Festredner „nicht gekommen, wenn hier etwa der Geist der Legion Condor“ gefeiert würde.

Minister Hasselmann, dessen Fahnenband-Übergabe ersichtlich als landespolitisches Ereignis im Fadenkreuz stand, nannte die Kampagne einen „heuchlerischen Versuch der Geschichtsklitterung“. Gegen die Auseinandersetzung der demokratisch legitimen Bundeswehr mit der Geschichte des NS-Regimes sei bei „durchaus geeigneten“ Anlässen doch wohl nichts einzuwenden. Beim Fahnenband-Zeremoniell vor dem Zapfenstreich am Sonntagabend schließlich fand die Gegenwart gebührende Aufmerksamkeit: Die Waldbrand-Einsätze des LTG 62 in der Lüneburger Heide, die Hilfsflüge seiner „Transall“-Besatzungen nach und in Äthiopien und Sudan – und ausdrücklich ihr militärischer Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Freiheit.

Kritik am Niveau der Abiturienten

Bildungsministerin Wilms: Manch einer nicht studierfähig / Gespräch mit der WELT

PETER PHILIPPS, Bonn
Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat in einem WELT-Gespräch scharfe Kritik am Wissensstand der Abiturienten geübt: „Ich glaube, daß mancher Abiturient heute nicht das Notwendige mitbringt, um wirklich studierfähig im breitesten Sinne zu sein.“ Es gebe zwar in manchen Ländern bereits erste Korrekturen an „sehr überzogenen Vorstellungen der reformierten Oberstufe“, aber es seien auf diesem Feld noch „viele Anstrengungen notwendig“. Denn es könne nicht „die Aufgabe der Hochschulen sein, das Wissen nachzuvermitteln“. Erforderlich sei eine Rückkehr zu „einem gemeinsamen Bildungskanon“.

Zugleich plädierte die Ministerin für eine „Straffung und Reform des Studiums“. „Wir müssen uns wieder sehr viel stärker der Idee eines Studiums generalis, allerdings im fachbezogenen Sinn, nähern.“ Es sei auch bei der Personalauswahl von Großbetrieben zu erkennen, daß „die allgemeine Bildung, fast im Humboldtschen Gedanken, wieder viel mehr ins Bewußtsein kommt, als uns allen dies vor zehn Jahren klar war“.

Si betonte die Gemeinsamkeit etwa mit dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, und ihrem Berliner Amtskollegen Wilhelm Kewenig, in Bezug auf die Straffung des Studiums, sieht aber eine systemimmanente Grenze bei etwa acht Semestern: Es bestehe die Gefahr, „daß man Schnapsur-Leute bekommt, wenn man die wissenschaftliche Ausbildung zu sehr verkürzt“. Als Ausweg für das Lehrstudium sieht Frau Wilms nur die Lösung, „daß man wieder wegkommt von dem professionalisierten Studium“ und dies statt dessen bis zum ersten Staatsexamen so gestaltet, „daß der Absolvent auch in der Lage ist, etwas anderes zu machen“.

Keine „soziale Selektion“

Die Bundesregierung setze alles daran, „zu verhindern, daß sich ein kritisches Potential aus arbeitslosen Akademikern bildet“. Dazu gehöre, daß „wir der jungen Generation in aller Deutlichkeit sagen, daß man mit einem akademischen Abschluß keine Ansprüche mehr verbinden darf“, daß man wieder das Bewußtsein für „die Bildung als Wert an sich“ wecke. Mit Nachdruck hat die Ministerin

im WELT-Gespräch alle Vermutungen zurückgewiesen, daß durch ihre Politik eine „soziale Selektion“ den Zugang zum Studium regle: Die Bundesregierung halte vielmehr an der Politik des „Offenhaltens der Hochschulen“ fest und habe „alle Anstrengungen unternommen, trotz der geburtenstarken Jahrgänge, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der Spätfolgen einer verfehlten Bildungspolitik der siebziger Jahre die Bildungschancen für die jungen Leute zu verbessern“. Sie sehe auch „keine Alternative zu dieser Offenhal-



Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms

FOTO: KUCHARZ

tungs-Politik“ und lehne eine „Berufskennung“ ab. Aber fraglos sei „Bildung auch für jeden Chance und Risiko zugleich“. Deshalb sehe sie in der jetzt durchschlagenden zurückgehenden Studienergebnisse vor allem eine Konsequenz aus der „Berufserwartung“. Denn: „Einkommensfaktoren der Eltern spielen sicherlich keine Rolle, daß bei Akademikern-Kindern die Studienergebnisse weniger nachgelassen hat. Diese Unterscheidung hat ja schließlich nichts mit Einkommensschichten zu tun. Hier spielt die Mentalität eine wesentliche Rolle, daß man trotz faktisch schlechterer Beschäftigungserwartungen in Akademiker-Familien im Gegensatz etwa zu zum Teil finanziell sehr viel besser gestellten Handwerker- oder Unternehmer-Familien den Kindern dennoch zum Studium rat.“

Sowohl die reinen Daten als auch Umfrage-Ergebnisse belegten, daß

„durch die Umstellung des BAföG auf Darlehensbasis die Studienergebnisse nicht nachgelassen hat“. Zum einen habe die Regierung Kohl die „materielle Ausstattung“ nicht reduziert – im Gegensatz zur Regierung Schmidt, unter der es einen „gewollten Rückgang der Gefördertenquote als Folge von Kürzungen“ gegeben habe. Im Gegenteil: Die jetzige Koalition habe im vergangenen Jahr durch eine Anhebung der Eltern-Freibeträge wieder mehr Studenten in die Förderung hineingenommen, und im Etat 1986 seien „die entsprechenden Ansätze für eine erneute Anhebung bereitgestellt“.

„Viele Mädchen ratlos“

Zum anderen aber, zitierte sie ein Urteil des BGH vom Juni 1985, sei vom obersten Gerichtshof festgestellt worden, „daß das Studenten-BAföG mit so günstigen Rückzahlungsbedingungen ausgestattet sei, daß das BAföG den Zuschuß-Unterhaltszahlungen der Eltern gleichzusetzen ist, keine Diskriminierung“ vorliege.

Ein wirkliches Problem sieht Dorothee Wilms für Frauen: Zwar sei im letzten Jahr der Trend gestoppt worden, aber in den Jahren zuvor sei „die Studienergebnisse der Mädchen stärker gesunken als die der Jungen“ – im wesentlichen als Folge des Verzichts auf die zukunftslosen, aber von Abiturientinnen traditionell bevorzugt gewählten Lehramts-Studiengänge. „Wenn sie da keine Chance mehr sehen, sind viele Mädchen ratlos.“ Aber sie wolle sich, kündigte die Ministerin an, „stark engagieren und die Mädchen auffordern, sich in andere Fachbereiche umzuorientieren“. Dies verlange flankierend auch ein Umdenken an den Schulen, wo „immer noch traditionelle Berufsbilder in den Vordergrund gestellt“ würden.

Als unmittelbare bevorstehende Maßnahme zur Verbesserung der Berufschancen für Frauen kündigte Frau Wilms an, daß „ich mit dem Kollegen Blüm einer Meinung bin – und das wird hier auch im Ministerium jetzt vorbereitet: Wenn die Qualifizierungskampagne aus den Überschüssen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit anläßt, müssen wir bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen die Frauen ganz klar im Blick haben, in Richtung auf Zusatzqualifikationen in den technischen Berufen“.

„Nun weiß man, wie schön Monarchie sein kann“

PETER SCHMALZ, München

Wolken und Regen waren angesagt, doch das befürchtete Tief blieb irgendwo über Frankreich verschollen und ein kaiserlich blauer Himmel wölbte sich über dem Kaiserhof der Münchner Residenz, wohin die CSU am Samstag 3500 bayerische Bürger zu einer weiteren Geburtstagsfeier ihres Vorsitzenden geladen hatte. Weil aber CSU-Generalsekretär Gerold Tandler um die Launenhaftigkeit höherer Mächte weiß, ließ er ein Regenprogramm in den Sälen der königlichen Residenz ausarbeiten, der Notplan konnte jedoch in den Aktenstücken bleiben.

Und so begab sich, was sich wohl nur in Bayern begeben kann: Der weißblaue Regierungschef führt mit der standesgemäßesten Staatsmoussine im Apothekenhof vor, ein Polizist notiert in sein Protokoll: „11.12 Uhr: MP Strauß trifft ein“, die historisch gewandte Dinkelsbühler Musikkapelle intonierte den bayerischen Defiliermarsch und geleitete den Jubilar hinein in den 3600 Quadratmeter großen Kaiserhof und hinüber zu dem offenen, durch ein Podest erhöhten Platz. In die Trompetenmusik, die von einem der Türme her ertönt, schallt, prophezeit ein Zuschauer: „Jetzt wird er zum Kaiser ausgerufen.“

Doch CSU-General Tandler hatte keine Krone parat, sein CDU-Kollege Heiner Geissler aber verschwand als einer der fünf Redner dieser im Nachkriegs-Bayern bislang einmaligen Feier nicht, daß ihn Gefühle besonderer Art befallen haben. „Wenn man hier im Kaiserhof steht in München zum Geburtstag eines Franz Josef Strauß, dann weiß man, wie schön eine Monarchie sein kann: Jubel von unten, Zustimmung von innen und Musik von oben.“

Strauß dankt Geissler

Weil aber ein Heiner Geissler die Brüder von der Schwesterpartei nur dann aus vollem Herzen loben kann, wenn er ihnen dabei auch einen kleinen Stich versetzen darf, fügte er im Stehgreif schmunzelnd hinzu: „Aber das bayerische Volk hat es ja so gewollt – mit großen Mehrheiten. Und das soll so bleiben – mit Franz Josef Strauß an der Spitze.“ Könnte dem zu seinem Geburtstag allseits gelobten Bayern-Regenten in charmanterer Weise verdeutlicht werden, daß die

CSU ihn gerne weiß von Bonn im fernen München gebunden wünscht?

Aber Geissler lobt den Jubilar dann auch noch als den „Bahnbrecher der sozialen Marktwirtschaft“ und äußert den Wunsch: „Bleiben Sie uns noch lange erhalten, wir brauchen Sie.“ Und so dankt Strauß für die „bewegenden Worte“ in Geisslers „korriger und knurriger Art, an die ich mich allmählich gewöhnt habe“.

Ein wehmütiger Genosse

Abgesehen von den kleinen Nadelstichen hat Geissler dem CSU-Vorsitzenden tatsächlich eine Geste gezeigt, die diesen mehr beeindruckte als die meisten der zahlreichen Geschenke: am Tag vor der Feier hatte er in seiner Abschiedsrede als Familienminister vor dem Bundestag den Einsatz der verunglückten Marianne Strauß für die Familienpolitik gelobt („ohne sie, dessen bin ich mir bewußt, wäre dieses Gesetz nicht zustandekommen“) und zum Fest brachte er einen Scheck über 10 000 Mark für die Stiftung, die den Namen der Verstorbenen trägt.

In der Menge derer, die nicht zum persönlichen Händeschütteln kamen und sich deshalb in zwei ausgelegte Gratulationsbücher eintrugen, und die sich anschließend an fränkischen Bratwürstchen, Münchner Leberkäse und anderen kulinarischen Köstlichkeiten des Landes labten, fühlte sich auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt bei seiner, wie er meinte, „Feindbeobachtung“ nicht unwohl. Und den Neid auf den politischen Gegner konnte der Genosse nicht ganz verbergen: „Sie können einfach feiern – wenn ich mir dagegen die Unsrigen anschau.“

In der Tat: Während die SPD am kommenden Wochenende für den glücklichen Landesvorsitzenden Helmut Rothmund einen Nachfolger suchen muß, startet die CSU im Vorfeld des Landtagswahlkampfes eine gigantische Sympathiekampagne. Die Feiern zum 70. Geburtstag dauern zwei Wochen, ihnen folgt am 1. Oktober der 80. Geburtstag des noch immer beliebten Strauß-Vorgängers Alfons Goppel. Und im November steht der 40. Gründungstag der CSU auf dem Kalender. Und wenn, so Strauß in seiner Dankesrede, „alle Glückwünsche in Erfüllung gehen, dann werden wir noch viel zu feiern haben“.

Sehr geehrter Herr Nujoma!

Als Präsident der SWAPO besuchen Sie heute die Bundesrepublik Deutschland.

Ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen:

„Von Lusaka aus brachten sie mich ins Lager von Nyango (Sambia), das die Swapo „Health and Education Center“ nennt. Nyango ist offiziell ein Flüchtlingslager, aber es ist vor allem ein Gefängnis. Es war für mich die Hölle auf Erden. Es gab keine Toiletten, nur Erdlöcher in der Zelle. Als Frauen mußten wir Schwerstarbeit leisten. Wir sind wie Tiere gehalten worden, viele sind an Hunger und Erschöpfung gestorben. In Nyango war Prostitution völlig selbstverständlich. Du kannst zu einem Lageroffizier nicht „nein“ sagen. Wer neu im Lager war, hat sich vielleicht noch gestäubt, dann wurde die Frau eben vergewaltigt. Ich bin auch vergewaltigt worden, nicht nur einmal. Es gab 14 oder 16 Jahre alte Mädchen, die hatten Kinder von Swapo-Offizieren. Manche Frauen mußten sich mit vier oder fünf Kindern im Lager durchschlagen. Das war eigentlich verrückt. Die Frauen sollten Kinder auf die Welt bringen, aber im Lager konnte man sie gar nicht richtig ernähren und versorgen. Später kamen dann Funktionen ins Lager und haben bestimmte Kinder herausgepickt. Diese Kinder sind dann mitgenommen worden in andere Lager der Swapo, vielleicht auch nach Angola.“ (Hilda Tjongarero, 25 Jahre)

„Die Swapo schickte mich in das große Lager in der Provinz Cuanza-Sul (Angola). Für die Frauen ist das Lager in Cuanza-Sul ein Gefängnis, in dem sie sooft wie möglich schwanger werden sollen und Kinder zur Welt bringen müssen. Das ist, wie soll man sagen, eine „Zuchtfarm“ für namibische Kinder. Die Frauen werden regelrecht eingesperrt, sie haben keine andere Wahl. Sie werden gezwungen, mit Männern der Swapo zu schlafen. Sie versuchen wegzulaufen, aber die meisten werden geschlagen. Wirklich schlimm sind die hygienischen Verhältnisse. Im Lager treten oft Krankheiten auf. Sehr viele Kinder sind gestorben. Die Frauen im Lager haben kein Recht über ihre Kinder. Die Swapo bestimmt über ihre Erziehung. Das System sieht so aus: Bis zum Alter von drei Jahren dürfen die Kinder bei ihrer Mutter bleiben. Dann werden sie der Mutter weggenommen und kommen in das Kinderlager von Talatado. Nach bevor sie lesen und schreiben können, werden die Kinder im Sinne der Swapo politisch erzogen und lernen den bedingungslosen Gehorsam. Für die Mütter ist die Trennung eine schlimme Sache, weil sie ihre Kinder oft nie wiedersehen. Die Frauen sind der Swapo ausgeliefert, sie können nur weinen. Nach der Schutzzeit, mit ungefähr 15 Jahren, erhalten die Jugendlichen ihre militärische Ausbildung als Guerillas. Viele werden aber auch als Kinder zur politischen Schulung ins Ausland geschickt, vor allem nach Kuba.“ (Sakie Namutenja, 38 Jahre)

So, sehr geehrter Herr Nujoma, schildern zwei Ihrer Landsleute die Verhältnisse in Swapo-Lagern in Sambia und Angola. Umfassende Berichte über diese und andere Mißstände sind in einer Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte aufgelistet. Seit einem Vierteljahr sind sie der Öffentlichkeit somit bekannt. Bis heute hat sich die Swapo zu diesen schlimmen Geschehnissen, die sich unter Ihrer Verantwortung ereignen, nicht geäußert. Warum schweigen Sie?

Sie, sehr geehrter Herr Nujoma, erheben für sich und die von Ihnen geführte Swapo den Anspruch, künftig allein die

Regierung Südwesafrikas/Namibias zu stellen. Wie lassen sich derart grausame Menschenrechtsverletzungen der Swapo mit einem solchen Anspruch vereinbaren?

Wir möchten Sie deswegen noch während Ihres Besuches in der Bundesrepublik Deutschland um Antworten auf diese und die folgenden Fragen bitten:

- Was haben Sie zu den schweren Vorwürfen von John Angula, Jason Kahup, Joseph Melunga, Chief Moraliswani, Sakie Namutenja, Mona-Lisa Ngyonye, Kotokene Shilongo und Hilda Tjongarero zu sagen?
- Sind Sie bereit, alle Swapo-Einrichtungen in Sambia und Angola durch eine unparteiische Menschenrechts-Delegation besuchen zu lassen, der völlige Reise- und Gesprächsfreiheit zu gewähren wäre?
- Welche Garantien können Sie geben, die künftige Swapo-Menschenrechtsverletzungen dieser Art innerhalb oder außerhalb Namibias ausschließen?

Ihrer öffentlichen Stellungnahme sehen wir mit Interesse entgegen.

Dr. Reinhard Gnauck, Prof. Dr. Bernd Hamer, Prof. Dr. Klaus Hornung, Prof. Dr. Klaus Motschmann, Prof. Dr. Dietrich Rauschnig, Prof. Dr. Gotthold Rhode, Pastor Joachim Ruff, Prof. Dr. Alexander Schwan, Prof. Dr. Gesine Schwan

(Rückantwort bitte an: IGFM – Deutsche Sektion, Kaiserstr. 72, 6000 Frankfurt am Main 1)

Ich bestelle.....Exemplar(e) der IGFM-Dokumentation „Menschenrechte im Konflikt um Südwesafrika/Namibia“ zum Preis von DM 7,- pro Stück zzgl. Versandkosten.

Bitte senden Sie mir kostenlos allgemeines Informationsmaterial über die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Name:

Anschrift:

6 1/2% Anleihe von 1985 (1995) der Kreditanstalt für Wiederaufbau Verkaufsangebot

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, begibt zur Gewährung von langfristigen Investitionskrediten eine 6 1/2% Anleihe von 1985 (1995) im Gesamtbetrag von

DM 500.000.000,-

Von diesem Betrag werden DM 450.000.000,- durch das untenstehende Konsortium zum Verkauf gestellt.

Ausgabekurs:	99 3/4% zuzüglich Börsenumsatzsteuer unter Verrechnung von Stückzinsen.
Zinsen:	6 1/2% p.a., zahlbar nachträglich am 15. September eines jeden Jahres, erstmals am 15. September 1986.
Nennbetrag:	DM 100,- oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit:	10 Jahre. Die Anleihe wird am 15. September 1995 zum Nennwert zurückgezahlt. Vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.
Mündelsicherheit und Deckungsfähigkeit:	Die Schuldverschreibungen sind mündelsicher und deckungstockfähig.
Börseneinführung:	Zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen Börsen im Bundesgebiet einschließlich Berlin.
Lombardfähigkeit:	Die Schuldverschreibungen werden mit der Zulassung zum Börsenhandel lombardfähig.
Lieferung:	Der Erwerber erhält eine Girausschreibung bei dem von ihm benannten Kreditinstitut. Der Ausdruck von Einzelurkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Die Anleihe ist in einer bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegten Sammelurkunde verbrieft.
Verkauf:	Ab 16. September 1985 bei den unterzeichneten Kreditinstituten.
Wertpapier-Kenn-Nr.:	276 030.
Das ausführliche Verkaufsangebot, das im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, ist bei den Kreditinstituten erhältlich. Die Zuteilung bleibt den Verkaufsstellen überlassen.	

Frankfurt am Main, im September 1985

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Arab Banking Corporation –
Dau & Co. GmbH
Bankhaus H. Aufhäuser
Badische Kommunalbank
– Girozentrale
Bankenunion Frankfurt am Main
Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie
Aktiengesellschaft
Bayerische Hypothek- und
Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Berthmann
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg
– Girozentrale
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europartner

CSFB-Effektenbank AG
Debitbank & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Girozentrale
Deutsche Genossenschaftsbank
und die genossenschaftlichen Zentralbanken
Deutsche Girozentrale
– Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Deutsche Westfälische Bank
Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Max Fleiss & Co.
Fürst Fugger-Babenhause Bank KG
Fürst Thurn und Taxis Bank
Albert Fint von Thurn und Taxis
Geestemünder Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank
– Girozentrale –
Handels- und Privatbank
Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank
– Girozentrale –
Von der Heydt-Kentzen & Söhne
Bankhaus Hermann Lampe
Kommanditgesellschaft

Landesbank Rheinland-Pfalz
– Girozentrale –
Landesbank Saar – Girozentrale –
Landesbank Schleswig-Holstein
Girozentrale
Merck, Finck & Co.
B. Metzler & Sohn & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Neßmeyer
Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Oldenburgische Landesbank AG
Sal. Oppenheim Jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schroder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwabische Bank Aktiengesellschaft
Simonsbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhart KGaA
Verrens- und Westbank
Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brockmann,
Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Westfälische Bank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank
Girozentrale

Enttarnter Agent aus Prag noch nicht abberufen

W. K. Bonn

Regierungsstellen in Prag zögern offenbar mit der Abberufung eines als Agent enttarnten Mitarbeiters der Botschaft der CSSR in Bonn. Nach Angaben von zuständiger Seite handelt es sich um den Abteilungsleiter im Wirtschaftsbereich, Tódt.

Dem Prager Außenministerium ist bereits seit mehreren Monaten bekannt, daß die für die Abwehr des tschechoslowakischen Geheimdienstes tätige Gruppe des Bundesamtes für Verfassungsschutz den Botschaftsangehörigen bei Spionageaktivitäten enttarnt hatte. Aus Sicherheitsgründen wurden jedoch keine Angaben gemacht, warum der Fall des spionierenden Tschechoslowaken nicht der Justiz zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben wurde.

Es lägen Gründe vor, die es rechtfertigen, daß der Botschaftsangehörige die Bundesrepublik Deutschland verläßt, erklärte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf Anfrage der WELT. „Ein Fall Tódt ist mir nicht bekannt“, sagte dagegen ein Botschaftssprecher. Das Auswärtige Amt in Bonn beschränkte sich am Wochenende auf die knappe Erklärung, „die Dinge seien im Laufen“.

Nach langem Schweigen hatte Prag gegenüber zuständigen Bonner Behörden kurz vor den Sommerferien eine Untersuchung in Aussicht gestellt. Im Vertrauen darauf, daß der Botschaftsangehörige daraufhin die Bundesrepublik verlassen würde, hielt das Auswärtige Amt an der „weichen“ Methode des Loswerdens erkannter Spione an Botschaften fest. Am Wochenende hieß es offiziell, der Abteilungsleiter solle im Oktober in die CSSR zurückgehen.

Die CSSR mußte in den vergangenen Jahren wiederholt erkannte Agenten aus Bonn abberufen. Ein Überläufer gab 1977 preis, daß von damals 27 CSSR-Diplomaten in Bonn 17 als Geheimdienstmitarbeiter tätig waren.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Technologie im Kreuzverhör

Auf DGB-Konferenz prallten Meinungen von Regierung und Gewerkschaften aufeinander

ULRICH REITZ, Bonn

Die Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmen verbinden mit der technologischen Zukunft unterschiedliche Erwartungen. Mit seiner dreitägigen technologiepolitischen Konferenz bewies der DGB, daß er den Zug der Zeit begriffen hat. Dennoch prallten in der politischen Schlachtrunde der Veranstaltung die Gegensätze hart aufeinander.

Die Einstellung des DGB gegenüber dem technologischen Wandel ist von Pessimismus geprägt. Siegfried Bleicher, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, kleidete die gewerkschaftlichen Sorgen in seinem Einführungsvortrag am Ende der Tagung des DGB in ein düsteres Szenario: „Arbeitsplatzverluste und verringerte Qualifikationsanforderungen, die Abbildung alter durch neue Belastungen, Einkommensverluste sowie eine zunehmende Überwachung von Leistung und Verhalten lassen bezweifeln, daß der technische Fortschritt noch länger als Garant ökologischer Verträglichkeit, ökonomischer Stabilität und sozialer Sicherheit gelten kann.“ In den Worten des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit schwang Drohung mit: Die Gewerkschaften „werden sich die neuen Technologien nicht als Wunder- und Allheilmittel verkaufen lassen...“

Dennoch sind die Gewerkschaften offensichtlich zu der Erkenntnis gekommen, daß sich der rasante Einzug der Mikroelektronik ins Arbeitsleben nicht mehr aufhalten läßt. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG-Chemie, wehrte sich auf der Podiumsdiskussion gegen den Eindruck, die Gewerkschaften wollten den technologischen Prozeß bremsen. „Wir leben in der exportorientierten Bundesrepublik Deutschland von der Hochtechnologie.“ In diesem Bereich lägen, so Rappe, die Arbeitsplätze der Zukunft.

Das Bild von der „Informationsgesellschaft“ jedoch, das Hans-Dietrich Genscher zeichnete, scheint den Gewerkschaften Furcht einzufößen. Der Bundesaußenminister sprach von den „neuen Chancen für den einzelnen im Arbeitsprozeß“, von „mehr persönlicher Verantwortung“, von „Entbürokratisierung“ und „kleinere Produktionseinheiten“ im Gefolge der Installierung von Mikroelektronik. Er sei davon überzeugt, daß der technologische Wandel sich



DGB-Chef Ernst Breit warnt: Kein Allheilmittel. FOTO: KUCHARZ



Heinz Riesenhuber: Den Dialog fortsetzen. FOTO: DPA

„einer breiten Akzeptanz in der Arbeitnehmerschaft erfreut.“

Die Gewerkschaften hingegen wittern offenbar in solch regierungsamtlicher Forcierung einer Dezentralisierung der Produktion den Versuch, ihren Einfluß zu schmälern. Deshalb richten sie ihre Kritik in diesem Zusammenhang auf das Vorhaben der Regierungskoalition, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern. Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten zuzulassen und den kleineren Gewerkschaften mehr Mitwirkungsrechte einzuräumen. Rappe, der sich ansonsten pragmatisch gab, sprach an dieser Stelle der Diskussion von einer „Konfrontationsstrategie“ der Regierung. Dem setzte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber die Versicherung entgegen, die Bundesregierung sei bereit, den Dialog mit Unternehmen und Gewerkschaften fortzusetzen. Auch künftig wird indes die Auffassung Genschers, der technologische Wandel erfordere mehr Rechte für den einzelnen und die Minderheiten, für Konfliktstoff sorgen.

Um die „Angst der Arbeitnehmer vor dem technologischen Wandel“ (Rappe) abzubauen und ihren befürchteten Machtverlust vorzubeugen, plädieren die Gewerkschaften für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen. In dieser Forderung werden sie von der SPD unterstützt. Doch während Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, Investitionsentscheidungen den Unternehmen überlassen will, forderte Breit in seiner Schluss-

ansprache die Ausdehnung der Mitbestimmung auch auf diesen Bereich: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß sich stärker auf die Technikgestaltung erstrecken. Diese Mitbestimmung muß vom Arbeitsplatz über das Unternehmen bis hin zur Gesamtwirtschaft reichen.“

Auf traditionelle Argumentationsmuster greifen die Gewerkschaften zurück, um den angeblich zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Rappe und Breit fordern, wie auch Glotz, die Bundesregierung auf, ihre Forschungsprogramme durch kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme zu ergänzen.

Riesenhuber bejahte zwar staatliche Umweltinvestitionen, lehnte Beschäftigungsprogramme jedoch ab. Die technologiepolitische Rolle des Staates müsse sich darauf beschränken, „in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Rahmenbedingungen zu setzen, die Investitionen auslösen, auf diese Weise Arbeitsplätze zu schaffen und für den Umweltschutz zu sorgen.“ Die Großfeuerungsanlagenverordnung der Bundesregierung beispielsweise löse Investitionen von 20 Milliarden Mark aus.

Zudem würden, so der CDU-Politiker, durch Rationalisierungen annähernd so viele Arbeitsplätze geschaffen wie verloren gingen. Mit der „Kompensationsthese“ Riesenhubers konnte sich am Ende der Diskussion auch Glotz anfreunden: „Diese These trifft vielleicht in sechs, acht oder zehn Jahren zu.“

Moskau empört über den Asat-Test Amerikas

Rakete zerstörte Satelliten / Versuch in USA umstritten

W. WILLY/DW, New York/Moskau Die Sowjetunion hat einen Tag nach dem erfolgreichen Test einer Antisatellitenrakete scharfe Angriffe gegen die USA gerichtet, ihre Drohung mit der Aufhebung des eigenen Versuchsmoratoriums jedoch nicht wiederholt.

Die Nachrichtenagentur Tass verbreitete einen Kommentar des sicherheitspolitischen Experten Jewgeni Jegorow, in dem es hieß, es sei bedeutsam, daß „diese Eskalation der Kriegsvorbereitungen“ im Vorfeld des Gipfeltreffens der Supermächte im November stattfinden. Die amerikanische Regierung ergehe sich in „pompöser Rhetorik“, während sie gleichzeitig das Wettrennen anheize und damit die Welt in den „Abgrund eines Atomkrieges“ zu stürzen drohe.

US-Verteidigungsminister Weinberger sieht dagegen nach den Worten seines Sprechers Fred Hoffman in dem erfolgreichen Test einen „großen Schritt vorwärts“ auf dem Weg zu einer wirksamen Antisatellitenwaffe. Gleichzeitig wurde angekündigt, die USA wollten ihr System in den nächsten Monaten weiterentwickeln.

Der Test war auch in den USA höchst umstritten. Noch am Donnerstag wollten 98 Parlamentarier ihn verhindern. Aber auf ihr Schreiben an Präsident Reagan erhielten sie von Sprecher Speakes die Antwort: Wir starten den Versuch trotzdem.

Vier Kongressmitglieder und eine Wissenschaftlerorganisation hatten sogar, wenn auch vergeblich, ein Bundesgericht in Washington bemüht, um den Test durch eine einstweilige Verfügung stoppen zu lassen.

Gegner dieses ersten amerikanischen Tests – 20 Jahre nach ersten entsprechenden russischen Erprobungen – führten an, der Asat-Versuch zum jetzigen Zeitpunkt könnte die Genfer Gespräche und vielleicht sogar den Gipfel im November gefährden.

Die beiden F-15-Düsenjäger, die da von der kalifornischen Edwards Air Force Base abhoben und in Richtung Pazifik entschwanden, hatten eine nur theoretisch durchgespielte, aber bisher nie praktizierte Aufgabe zu erfüllen. Als die beiden Maschinen im geheimen Planquadrat angekommen waren und eine Höhe um die elf Kilometer erreicht hatten, drückte der Pilot der einen F-15 – die andere Maschine war lediglich die Eskorte – auf

einen gelben Knopf. Damit wurde eine unter der rechten Tragfläche angebrachte Antisatellitenrakete gestartet – Minuten später war ein ausgedienter Satellit auf einer Umlaufbahn in 464 Kilometer Höhe, der sich mit einer Stundengeschwindigkeit von 28 000 Kilometern bewegte, zerstört.

„Ins Schwarze getroffen“, meldete der Pilot aufgrund von Daten, die er erhalten hatte, und eine Stunde später erklärte Luftwaffen-Generalleutnant Bernard F. Randolph in seiner Eigenschaft als stellvertretender Stabschef: „Der Versuch ging absolut reibungslos über die Bühne. Wir haben einen vollen Erfolg erzielt. Erstmals konnten wir einen Satelliten auf einer Umlaufbahn vernichten.“

Das „Opfer“ dieses Versuchs war ein ausgedienter, sechs Jahre alter militärischer „Solwind“-Satellit. Er wurde vom Gefechtskopf der Asat in Tausende Stücke zerlegt, obwohl dieser Gefechtskopf überhaupt keine Sprengstoffe enthält. Er traf aber den Satelliten mit einer Aufprallgeschwindigkeit von schätzungsweise 1100 Stundenkilometern.

An diesem Gefechtskopf werden die unterschiedlichen Techniken deutlich, deren sich Amerikaner und Sowjets – die seit 1968 wenigstens 20 solcher Tests ausgeführt haben – bei der Satellitenbekämpfung bedienen. Zum Start ihrer Antisatellitenwaffe verwenden die Russen eine drei Tonnen schwere SS-9-Rakete. Die Amerikaner setzen einen ihrer elegant erscheinenden F-15-Düsenjäger ein. Die von ihm beförderte zweistufige Asat-Rakete ist nur sechs Meter lang und wiegt einen Zentner.

Auch der Antisatelliten-Sprengkopf, den das russische SS-9-Monster auf die Umlaufbahn befördert, ist mit einhalb Tonnen ein Koloss. Das amerikanische Gegenstück wiegt nur 15 Kilogramm und hat die Größe einer Drei-Pfund-Kaffeedose, und dieser US-Sprengkopf arbeitet ohne jegliche Explosivstoffe. Die russische Waffe dagegen ist mit wenigstens einem halben Zentner Dynamit gefüllt: sie schaltet sich und den Satelliten durch Zündung des Dynamits aus.

Von dem Augenblick an, da die Russen das Ausschalten eines Satelliten beschließen, bis zu seinem Abschluß vergehen mehrere Stunden – die Amerikaner brauchen nur 45 Minuten.

Honduras verstärkt Grenztruppen

WERNER THOMAS, Miami

Die gespannten Beziehungen zwischen den mittelamerikanischen Staaten Honduras und Nicaragua haben durch schwere Grenzzwischenfälle am Wochenende das bisher kritischste Stadium erreicht. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega forderte seinen honduranischen Amtskollegen Roberto Suazo Cordova zu einer persönlichen Aussprache auf, „um eine Konfrontation mit unabsehbaren Konsequenzen“ zu verhindern.

Nach honduranischer Darstellung karren am Freitag Grenzgebiete unter Artilleriebeschuss der sandinistischen Volksstreitkräfte. Ein Soldat wurde getötet, andere verletzt. Auch Zivilisten erlitten Verletzungen. Anschließend hätte die Luftwaffe einen Gegenangriff geflogen und einen nicaraguanischen Hubschrauber sowjetischer Herkunft abgeschossen.

Ortega erwähnte während einer in Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache weder die Verluste auf der anderen Seite noch den von Honduras gemeldeten Hubschrauberabschuß. Er führte die Zwischenfälle auf die Versuche von 800 sandinistischen Rebellen zurück, die Grenze zu überqueren. Er sprach von einer „neuen aggressiven Aktion gegen Nicaragua“, von der Reagan-Regierung geplant. Er warnte: „Wer Nicaragua anzündet, zündet Mittelamerika und ganz Lateinamerika an.“

Suazo rief den Kongreß zu einer Sondersitzung zusammen. Die Armee-Führung setzte alle 21 000 Soldaten in Alarmbereitschaft und verdoppelte das Truppenkontingent im Grenzgebiet auf 4000 Mann. Der Präsident versicherte: „Wir werden alles tun, um die Souveränität unseres Landes zu verteidigen.“

Die Sandinisten beschuldigen das nördliche Nachbarland, es lasse sich von den USA für Provokationen mißbrauchen, und nennen die gemeinsamen Manöver mit den amerikanischen Militärs und die Lager der antisandinistischen Rebellen als Beweise. Die Suazo-Regierung beschuldigt wiederum das Comandante-Regime, durch die Unterstützung linker Untergrundbewegungen die Unruhe zu schüren. Sie verweist schließlich darauf, daß Nicaragua die weitaus größte Armee der Region besitzt, von der sich auch der südliche Nachbar Costa Rica bedroht fühle: mehr als 100 000 Soldaten, ausschließlich mit Ostblock-Waffen ausgerüstet. (SAD)



**Sie sind bei Im- und Exportgeschäften voll engagiert.
Genauso engagiert beraten wir Sie in allen Finanzfragen.**

Wir bieten Ihnen neben fundierten Kenntnissen der Auslandsmärkte zahlreiche Auslandsstützpunkte sowie gute Kontakte in einem weltweiten Netz von mehr als 3000 Banken. Nutzen Sie unser Know-how in Außen-

handelsfinanzierungen: Wir beraten Sie in allen Im- und Exportangelegenheiten und helfen Ihnen bei der Abwicklung.

Sprechen Sie mit uns. Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

BfG-Ihre Bank

Sowjetische Strategie im Nordmeer irritiert Oslo

Rote Flotte bedroht NATO-Nachschub / Symposium in Bonn

WOLFGANG STOCK, Bonn
Ölsucher hoffen in der Barentssee auf die letzten großen Energiereserven der Erde, für Militärs und Politiker jedoch ist sie, ebenso wie das Nordmeer der Schlüssel zur Verteidigung Westeuropas. Denn die Sowjetunion, die sich noch immer mit Norwegen um die Hoheitsrechte in der Barentssee streitet, hat auf der Halbinsel Kola eine Basis für die größte Hochseeflotte ihrer Kriegsmarine eingerichtet.

Die meisten der sowjetischen strategischen U-Boote finden sich hier in einem umfassenden Komplex der See-, Land-, Luft- und Amphibienstreitkräfte, der ständig ausgebaut und modernisiert wird, fasste der Staatssekretär des norwegischen Ministerpräsidenten Kaare Willoch, Nils Morten Udgard, auf einem Symposium die Einschätzung der Regierung in Oslo zusammen.

In diesem Sommer übte die Sowjet-Marine mit ihrem bisher größten Manöver die Zerschlagung des NATO-Nachschubs über dem Nordatlantik, der für die Verteidigung Westeuropas kriegsentscheidend wäre. Das „Drehbuch“ der sowjetischen Manöverplaner ging bereits davon aus, daß die Sowjetunion, so Udgard, „das Nordmeer als ihr vorgeschobenes Verteidigungsgebiet benutzen und der NATO die Nutzung verweigern“ will.

Nordflanke nicht gesichert

Diese Strategie macht Norwegen Sorge, „denn dies kann beinhalten, daß auch norwegisches Festland bedroht ist“, wie Udgard diplomatisch formulierte. Die Verteidigung Nordnorwegens und des Nordmeeres ist keine leichte Aufgabe für die NATO. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Äußerung des amerikanischen Admirals Train von 1981 verwiesen. Er war damals NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik (SACLANT): „Unsere nördliche Flanke ist nicht gesichert. Wenn wir sie tatsächlich verlieren sollten, so verlieren wir nicht nur eines der NATO-Mitgliedsländer, nämlich Norwegen, sondern auch die Fähigkeit, Verstärkung und Nachschub nach Europa zu bringen. Und wenn dies geschieht, dann haben wir Deutschland verloren.“

Mittlerweile haben Norwegen und

seine Verbündeten bereits große Anstrengungen unternommen, um sowohl die norwegische „Finnmark“ an der Grenze zur Sowjetunion als auch das Nordmeer besser zu sichern: Material- und Treibstoffdepots für alliierte Verstärkungseinheiten wurden in Mittelnorwegen eingerichtet. Flugplätze, die für die Luftherrschaft über den Atlantikzugang angesichts fehlender Flugzeugträger entscheidend sind, wurden ausgebaut und neue gebaut.

Neben einer hervorragenden Moral der wehrpflichtigen Norweger erleichtern manche geographische Vorteile und das harte arktische Klima die Verteidigung Nordnorwegens. Doch die drei Brigaden stehen hier siebenmal stärkeren sowjetischen Heeresverbänden gegenüber, die auch für die Eroberung Nordnorwegens und seiner strategisch wichtigen Flughäfen ausgerüstet sind, um von dort den Vorstoß der sowjetischen U-Boote gegen den NATO-Nachschub über den Atlantik zu sichern.

Siebenfach überlegen

Udgard betonte, daß die soeben durch die Parlamentswahlen bestätigte bürgerliche Koalition in enger Gemeinschaft mit den Verbündeten fest entschlossen sei, gerade bei der Verteidigung des „hohen Nordens“ Norwegens bei der Sowjetunion keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Verteidigungsbereitschaft aufkommen zu lassen.

Hier sind jedoch vor allem auch die Seestreitkräfte der NATO-Partner gefordert. Udgard beklagte deshalb, daß die „Bedeutung der Marine in den westeuropäischen Staaten auf ein so niedriges Niveau gesunken ist, wie es in der Geschichte Europas noch nie der Fall war“. Lediglich die USA besäßen noch eine Flottenstärke, die ausreiche, um die „wachsende sowjetische Nordflotte auszugleichen“.

Ebenso wie amerikanische Militärs, die ihre Verbündeten seit langem warnend auf die Aufrüstung der sowjetischen Marine hinweisen, hoffen die Norweger unausgesprochen auch auf ein stärkeres Engagement der deutschen Marine im Nordmeer, die dort nicht zuletzt auch vitale deutsche Interessen zu verteidigen hat.

Trotz harter Wirtschaftspolitik blieb Präsident Alfonsín populär

Von GÜNTHER BADING

Argentiniens Präsident Raúl Alfonsín befindet sich derzeit auf dem Höhepunkt seiner Popularität – nicht trotz, sondern erstaunlicherweise wegen der einschneidenden Wirtschaftsmaßnahmen mit beträchtlichen Belastungen der Bevölkerung, die er seinem Land vor zwei Monaten verordnet hat.

Am 17. Juni nahm Alfonsín eine Währungsreform vor, mit der der traditionelle argentinische „Peso“ durch den „Austral“ abgelöst wurde. Gleichzeitig wurden die Löhne eingefroren und die Preise einer rigorosen Kontrolle unterzogen. Als zulässige Höchstpreise galt der Stand der Waren aus dem Jahr 1982. Am 13. Juni dieses Jahres, bei einer Inflation, die noch im Juni 30,5 Prozent im Monat erreichte, bedeutete das Einfrieren von Löhnen und Gehältern einen kräftigen realen Einkommensverlust für die Bevölkerung.

Zwar laufen die in Argentinien traditionell einflussreichen Gewerkschaften und die oppositionellen Peronisten Sturm gegen das vom neuen Wirtschaftsminister Juan Sourrouille erdachte Programm, in Argentinien kurz „Plan Austral“ genannt.

An der Beliebtheit des Präsidenten allerdings hat das nichts geändert. Nach einer von der führenden Tageszeitung aus Buenos Aires „La Nación“ veröffentlichten repräsentativen Umfrage haben sich Ende August 74 Prozent der Argentinier hinter Alfonsín gestellt. Im Mai, zum Ende des Südsommers und der damit verbundenen politischen Pause, hatte diese Zustimmung nur 64 Prozent betragen.

Mit der gesamten Regierung waren damals nur 34 Prozent einverstanden. Heute sind dies 56 Prozent der Befragten. Daß sich die Zustimmung zu Alfonsín und seiner Politik ausdrückte auch auf die Wirtschaftsmaßnahmen erstreckt, zeigt ebenfalls der Befragungsvergleich von Mai bis Ende August. Im Frühjahr waren nur zehn Prozent der Argentinier mit der Wirtschaftspolitik einverstanden. Jetzt sind es immerhin 38 Prozent der Befragten.

Der Wirtschaftsplan der Regierung hat erste Erfolge gezeigt. So wurde die Inflation im Monatsdurchschnitt im Juli auf 6,2 und im August auf 3,1 Prozent gedrosselt. Die horrenden

Staatsausgaben wurden drastisch gekürzt, allein der Verteidigungshaushalt wurde halbiert. Als positives Zeichen werten argentinische Bankkreise auch, daß die erzwungene Parität von 80 Austral pro amerikanischen Dollar nicht nur auf dem kontrollierten Devisenmarkt, sondern auch international kaum von diesem vorgegebenen Kurs abweicht.

Die hohe Zustimmung für Alfonsín wird in Bank- und Wirtschaftskreisen in Buenos Aires als ein Zeichen der Stabilität für die erst seit Dezember 1983 amtierende demokratisch gewählte Regierung gewertet. Auch argentinische Militärkreise begrüßen, daß Alfonsín endlich „etwas tut“.

Untüchtig allerdings war der Präsident nicht. Er hat sehr geschickt zu nächst einmal den politischen Rah-

men Inseln im Beagle-Kanal zwischen dem südamerikanischen Festland und der Insel Feuerland aus. In einer Volksbefragung stimmten die Argentinier dem Abkommen mit Chile zu.

Seither, und darauf hatte Alfonsín gesetzt, konnten weder die peronistische Opposition noch die immer noch einflussreichen Militärkreise dem Präsidenten Verrat an der nationalen Sache vorwerfen. Der Volksentscheid war zu einer Art Vertrauensfrage für die Politik Alfonsíns hochstilisiert worden. Er war gestärkt daraus hervorgegangen und konnte sich nun, nach der Berufung des neuen Wirtschaftsministers ganz dem Problem der Inflationsbekämpfung und der Neuordnung der gigantischen argentinischen Auslandsschuld von derzeit rund 48 Milliarden Dollar widmen.

Die Diskussion um die Wirtschaftspolitik im Lande hat verblüffende Parallelen zu der in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende 1982 geführten Debatte. Auch Alfonsín spricht von einer „herencia recibida“ („ererbte Sache“). Und auch er hat nach Einführung der staatlichen Sparmaßnahmen Mitte des Jahres Unternehmer und Gewerkschaften zu Dreiergesprächen zusammengeufen. Auch in Argentinien sind die Gewerkschaften, zusammengeschlossen im Dachverband CGT, aus Protest gegen angeblichen Sozialabbau unter dem Motto „Frieden, Brot, Arbeit“ auf die Straße gegangen, so wie es hierzulande der DGB für den Oktober plant.

Bei der Bewältigung der Hyperinflation mit 1821,9 Jahresprozent von Juni 1984 bis Juni 1985 lehnt sich Argentinien ebenfalls an eine deutsche Parallele. Man will, wie nach der deutschen Inflation der zwanziger Jahre, die Wirtschaftserholung auf drei Säulen stützen: „Ausgleich des Staatshaushaltes, einen festen Wechselkurs und wirtschaftliche Hilfe des Auslandes“.

Die ersten beiden Schritte hat Argentinien aus eigener Kraft vollzogen. Um den dritten, die Unterstützung durch befreundete Nationen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, will Präsident Alfonsín werden, wenn er heute zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Bonn eintrifft.

ARGENTINIEN

men gesichert, bevor er sich an den in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gescheiterte Experiment einer drastischen Inflationsbekämpfung herangewagt hat. Schon bei seinem Amtsantritt kündigte der gewählte Präsident an, daß die verantwortlichen Offiziere der früheren Militärdiktaturen während des „schmutzigen Krieges“ gegen die Guerilla vor Gericht gestellt würden.

Er hatte allerdings gleichzeitig – und dies nicht nur zur Beschwichtigung des Militärs, sondern aus seinem eigenen Rechtsempfinden – die Verfolgung und Aburteilung der anderen Seite dieses schmutzigen Krieges, der Terroristenführer, angeordnet. Das Wagnis, selbst ehemalige Präsidenten im Generalsrang anzuklagen, scheint gelungen. Noch vor Ablauf des Jahres werden die Urteile erwartet – und niemand redet in Buenos Aires ernsthaft von einem neuerlichen „golpe“, einem Militärputsch.

Ebenfalls angeklagt wurden die Verantwortlichen für den, von Alfonsín trotz des nationalistischen Begeisterungstums im Frühjahr 1982 stets verurteilten Krieg um die „Malvinas“ (Falkland-Inseln). Und der Präsident räumte auch den Jahrzehnte alten Streit mit Chile um drei klei-

Bewußtseinslücke trennt Südafrika vom Westen

Grund für zögernde Reform / WELT-Gespräch mit Hans Klein

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

In der Debatte um Sanktionen und Maßnahmen gegen die Apartheid-Politik in Südafrika ist von dem unterschiedlichen Bewußtseinsstand süd-afrikanischer Moral- und Begriffsverständnisse einerseits und westlichen Menschenrechtsmaximen andererseits kaum die Rede.

Dieser Unterschied aber, so der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, in einem Gespräch mit der WELT, „erschwert das gegenseitige Verständnis für die Vorgänge in einer für uns strategisch außerordentlich wichtigen Region“. Es gebe eine „Bewußtseinslücke“.

Klein: „Die Weißen in Südafrika haben in den letzten dreißig Jahren eine Bewußtseinsentwicklung erlebt, die im Vergleich zu uns eine große Verzögerung aufweist. Darin liegt ein gewichtiger Grund für die Langsamkeit des Reformprozesses und das völlige Unverständnis für Kritik von außen.“

Die Entwicklung sei bei uns, bemerkt der CDU-Politiker, „nicht nur positiv verlaufen. Sie hat auch ein großes Maß an Heuchelei, Wehrlichkeit und Verdrängungsfähigkeit entstehen lassen.“

Die Stampede westlicher Politiker gegen die pluralistisch ausgerichteten Weißen in Südafrika zum Beispiel stehe in merkwürdigem Gegensatz zur Erwartungshaltung mancher Politiker gegenüber dem menschenverachtenden System totalitärer Diktaturen im Osten.

Anderer Inhalt der Begriffe

Andererseits hätten die Weißen in Südafrika „sich daran gewöhnt, daß ihre Moralmaximen im wesentlichen nur für sie selber gelten und nur in sehr patriarchalischer Weise, wenn überhaupt, auch für Schwarze“ Anwendung finden könnten.

Die Begriffs- und Vorstellungswelt der weißen Elite Südafrikas unterscheidet sich sehr von der unseren, trotz der Gleichartigkeit der äußeren Verhältnisse. „Sie haben Hochhäuser wie wir, Fabriken wie wir, kritische bis aggressive freie Zeitungen wie wir. Dennoch haben viele Begriffe bei

ihnen noch einen anderen Inhalt als in der westlichen Welt.“

Als Beispiel zitiert Klein den Begriff der Sittlichkeit. Dieser werde im Westen „als Forderung an den Staat ganz groß geschrieben, als Verhaltensnorm für Individuen dagegen sehr lässig behandelt“. Oder Tapferkeit, ein „Begriff, der bei uns schon fast abwertend benutzt wird, außerstandes als Beispiel dafür, wie man einem Chef gegenübertritt. Er hat in Südafrika noch die Dimension der Kampfkraftschlossenheit“. Oder Geld und Besitz. „Bei uns gilt das teilweise schon als Schande, dort ist es noch ein Ausweis besonderer Tüchtigkeit.“

Radikale nicht aufwerten

Ein Teil vor allem der intelligenten städtischen Schwarzen habe aus den verschiedensten Gründen – „einer davon ist das Heuchelvokabular der UNO“ – zwar stärkeren Anschluß an die westliche Bewußtseinslage gefunden als die Mehrheit der Weißen. Aber der weitaus größere Teil der Schwarzen lebt „wohl noch in einem allerdings langsam brüchig werdenden Bewußtseinskonsens mit den weißen Südafrikanern“.

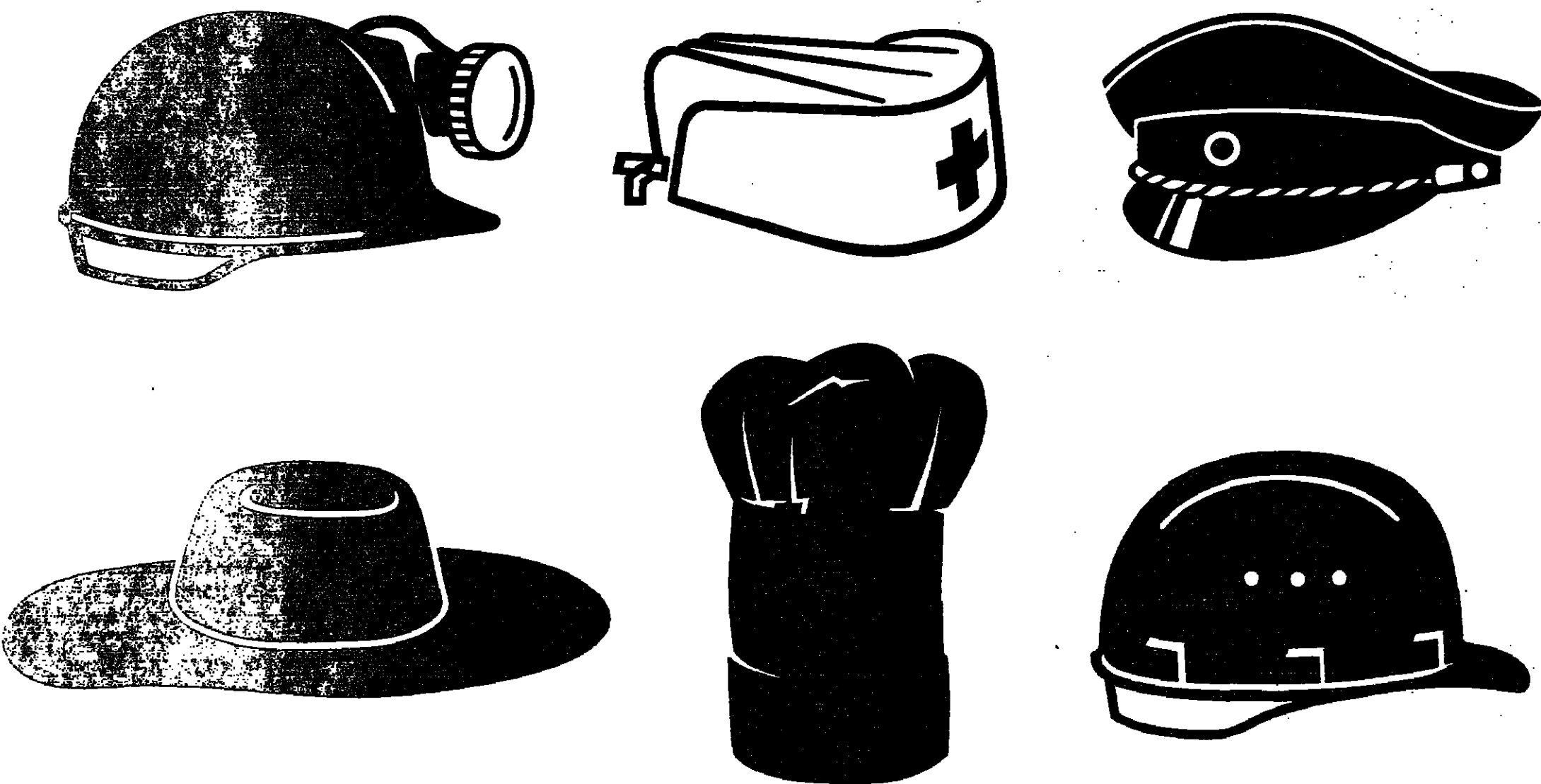
Dieses „Bewußtseinsgemenge“ hat dazu beigetragen, daß die südafrikanische Regierung beispielsweise die moderaten schwarzen Führer nicht ernsthaft genug als Partner akzeptiert hat. Jetzt wird sie dafür von kurzzeitigen amerikanischen und europäischen Ratgebern zu einem Dialog mit den Radikalen gedrängt.

Wenn die Apartheid überwunden und ein politisches System, das „die faire Machtteilung aller Rassen und Volksgruppen ermöglicht, entwickelt werden soll“, so Klein, „dann muß auch der Westen die Vernünftigen und Friedlichen auf allen Seiten unterstützen. Er darf nicht die Radikalen und Gewalttätigen aufwerten.“

Wer den Menschen „dort helfen will, darf nicht zu moralischer Selbststilisierung, etwa Boykottmaßnahmen, auffordern, von denen letztlich die schwarze Mehrheit zur Verzweiflung und Gewalt getrieben würde“. Diejenigen schwarzen Sprecher, die dennoch Wirtschaftssanktionen wünschen, wollen nach Ansicht von Klein „Revolution und nicht Reform“.

Die Steinkohle zum Thema „Arbeitsplätze“:

Wie die Steinkohle 400.000 Menschen in vielen Berufen unter einen Hut bringt.



Der deutsche Steinkohlenbergbau beschäftigt 170.000 Mitarbeiter, die jährlich 5 Milliarden DM an Nettolöhnen und Gehältern erhalten. Das bedeutet eine erhebliche Kaufkraft und damit Schubkraft für unsere Wirtschaft.

Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen sorgt die Steinkohle für Arbeit: Sie vergibt jährlich 10 Milliarden DM an Aufträgen – an die Bauwirtschaft, den Maschinenbau, an viele Gewerbetriebe.

Alles in allem sorgt die Steinkohle so für Beschäftigung und Einkommen von 400.000 Menschen in den verschiedensten Berufen. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, leben über eine Million Menschen von unserer Steinkohle.

Eine besondere Chance gibt die Steinkohle jungen Arbeitnehmern: Mit 17.000 Jugendlichen ist der deutsche Steinkohlenbergbau einer der größten industriellen Ausbilder unseres Landes. Gibt es einen besseren Beweis, wie jung die Steinkohle ist?

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückaufhaus, 4300 Essen.



**Steinkohle.
Ein Vorbild
an Energie.**

Jahrelang bewußt übersehen: Die ungenutzten lokalen TV-Frequenzen

Wenn nicht alle, dann keiner . . .

In wenigen Wochen werden Deutschlands Fernsehzuschauer, die eben dabei sind, langsam die Fesseln des 3-Kanäle-Monopols abzuschleifen, wieder einmal allen Grund haben, sich die Augen zu reiben. „Wenn das stimmt, werden einige harte Fragen gestellt werden müssen“, sagt der CDU-Medienexperte und Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich. Wenn nämlich stimmt, was aus Kreisen der Bundespost durchsickert: Daß es in der Bundesrepublik seit je eine Anzahl lokaler Fernsehprogramme gab, die ungenutzt blieben, weil das geübte Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten es so wollte. „Nicht weil es zu wenig freie Frequenzen gab, hat es also bisher kein privates Fernsehen gegeben, sondern umgekehrt: weil es privates Fernsehen nicht geben durfte, gab es auch keine Frequenzen“, bringt das ein medien-politisch aktiver Zuschauer auf eine Formel.

Die brisante Erkenntnis wird sich Anfang Oktober in dem Ergebnis einer Untersuchung niederschlagen, die das Bundespostministerium reichlich spät – von den Oberpostdirektionen durchgeführt ließ. Demnach soll – wie die WELT erfuhr – in rund 20 deutschen Großstädten mindestens je ein drahtloses – also durch die Luft übertragbares – Fernsehprogramm zusätzlich möglich sein. Denn immer schon hat es im lokalen Bereich eine Fülle freier Luftkanäle gegeben, um die sich jedoch niemand gekümmert hat. Gert Sommerfeld vom Bundespostministerium bezweifelt allerdings die Zahl: „Man wird auch wenn es nur „einige“ sein sollten, erhöhe sich die Frage, weshalb diese nie genutzt wurden.“ Jedenfalls haben diese zusätzli-

chen Frequenzen für die Medienzukunft der Bundesrepublik eine enorme Bedeutung. Denn mit dem drahtlosen Fernsehen im lokalen Bereich erhalten die (gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Anstalten unerträglich benachteiligten) privaten TV-Anbieter einen neuen kräftigen Schub in der geteilten deutschen Rundfunklandschaft des alten Monopols und des neuen Kabels.

Die Nutzung dieser Luftkanäle garantiert den Programmbietern so gleich einen geschlossenen Markt, einen sicheren Zuschauerstamm und damit auch eine kalkulierbare, ergiebige Werbung. Alle Haushalte werden in dem betreffenden Gebiet erfasst – sowohl jene, die ihre TV-Unterhaltung via Antenne auf die Bildschirmen bekommen wie auch jene, die – etwa in empfangstechnisch ungünstigen Gebieten – allein am Kabel angeschlossen sind. Denn selbstverständlich werden diese neuen lokalen Programme auch ins Kabelnetz eingespeist.

Im Bundespostministerium werden allerdings noch rechtliche Probleme gewälzt, oder besser: Aus ganz natürlichen Anfangsstücken werden Probleme gemacht, wie es eben so Mode ist in diesem Land. „Da es die neuen Kanäle nicht überall geben kann“, verläutet aus dem Postministerium, „fürchten wir Schwierigkeiten mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung“.

Demnach aber müßte nicht nur jedwedes Kabelfernsehen unzulässig sein, da es doch – vorläufig – nur verhältnismäßig wenige Bürger nutzen können. Mit einer solcher Philosophie würde jedenfalls überhaupt jeder Fortschritt verhindert. Auch das bisherige Fernsehen war ja anfangs

nicht gleich überall und von jedemmann zu empfangen.

Kenner glauben nun allerdings, daß noch wesentlich mehr lokale Frequenzen nutzbar wären, stünde dem nicht die starre Frequenzphilosophie der Bundespost entgegen. Eine Philosophie, die dem auf anderen Gebieten längst dahingegangenen Perfektionismus der Deutschen noch alle Ehre – oder Unehre – macht. Denn die Mediengewaltigen der Bundesrepublik glauben dem deutschen Zuschauer ein Fernsehbild ohne Makel schuldig zu sein. Zumindest geben sie dies vor. Dabei ertrüge mancher Zuschauer gern kleinere vorübergehende Bild-oder-Tonfehler, bekäme er dafür eine größere Vielfalt an Unterhaltung und Information geboten. Italien hat ja gezeigt, wie es trotz vieler lokaler Kanäle möglich ist, stattdessen ein technisch hinlängliches Programm auszustrahlen, mit dem die Bürger zufrieden sein können. „Warum geht das dort und bei uns nicht?“, fragt deshalb Dieter Weirich das Bundespostministerium bereits 1982, als seine Parteifreunde gerade die Regierung übernommen hatten. Die Antwort blieb man ihm schuldig.

Gewiß ist nicht zu übersehen, daß es mit den deutschen Fernsehfrequenzen etwas Besonderes auf sich hat. „Bei uns ist es halt sehr, sehr eng“, sagt Sommerfeld, „weil wir an so viele Länder grenzen, mit denen wir uns jeweils abstimmen müssen. Und nicht zu vergessen: unsere Freunde, die Verbindeten. Sie haben alle noch ihre eigenen Frequenzen: Briten, Amerikaner, Franzosen.“

Und doch bleibt noch einiges übrig für Deutschlands Zuschauer. Die Frage Dieter Weirichs von 1982 wird 1985 endlich beantwortet. HERMANN A. GRÜSSER

Fünf Millionen französische Haushalte können bis 1990 mindestens 15 Kabelsender empfangen. Dies kündigte Postminister Louis Mexandeau zusammen mit einer Aufstockung der staatlichen Aufwendung für das französische Verkabelungsprogramm an. Bisher wurden in Frankreich zwei Milliarden Francs (rund 680 Mio. Mark) für das 1982 gestartete Projekt bewilligt. Im nächsten Jahr kommen weitere 2,8 Milliarden Francs (890 Mio. Mark) hinzu. Insgesamt kostet das Projekt rund 50 Milli-

arden Franc, die sich auf fünfzehn Jahre verteilen. Bisher wurden Verträge mit 36 französischen Städten geschlossen, weitere 17 sind in Vorbereitung. Das erste Kabelnetz Frankreichs soll noch vor Jahresende in der Industriestadt Cergy-Pontoise eingeweiht werden. Der erste private Abonnementsfernsehsender in der Schweiz („Tel-

cine“) nimmt am 30. November seine Sendungen auf. Zum Empfang wird ein Decoder benötigt, dessen monatliche Miete sich auf 20 Franken beläuft. Dazu kommen die Kosten für 3 verschiedene Programme, unter denen die Zuschauer wählen können. Für 18 Franken kann man eine Auswahl von 39 Spielfilmen pro Monat bestellen. Ein Jugendprogramm mit Zeichentrickfilmen und Serien kostet 9 Franken. Für 20 Franken wird, ab Mitternacht, ein Sex-Filmabonnement ausgetrahlt.

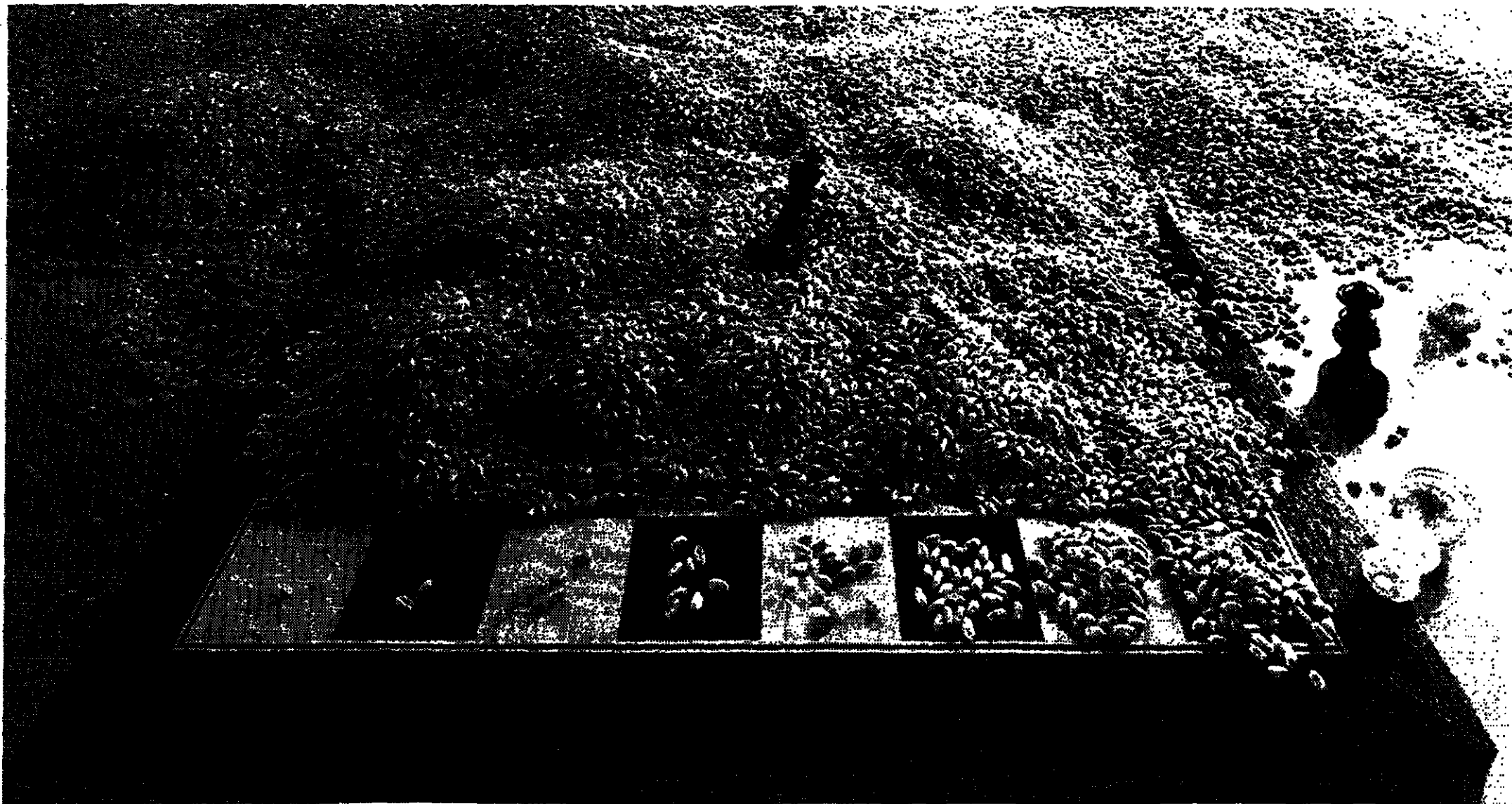
ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM		III.	SAT 1
10.00 Tagesschau 10.05 Unsere schönsten Jahre 10.50 Bilder aus Europa 11.35 Es ist angedacht	12.05 Umschau 12.15 Weltspiegel 12.55 Presseschau 13.00 Tagesschau	WEST 18.00 Telekollig II 18.30 Seemannsleben 19.00 Aktuelle Stunde 20.00 Tagesschau 20.15 Gesucht – gefunden Die Tausch- und Sammlerbörse 21.45 Landesspiegel Brühl gefüllt mit immer noch 30 Minuten Ausgang von der Ewigkeit – Kurtist Clemens August zu Besuch in Brühl und Bonn 22.20 Franz-Peter-Wirth-Retrospektive: Tabak Kriminalfilm von Henry Kolarz 23.40 Letzte Nachrichten	13.50 Kimba, der weiße Löwe Der Dschungeldieb 14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei Der Junge und die Krähe 15.00 Black Beauty Der Winkeldoktor 15.30 Musicbox 16.30 Bill Cosby Selbst ist der Mann (wenn er kann) 17.00 Mondbasis ALPHA 1 Zorans Schicksal 18.00 Westlich von Santa Fe Die Rechnung geht auf oder Regionalprogramm 18.30 APF Blick: Nachrichten und Quiz 18.45 Als Amerika nach Olympia kam Teil 2 20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin 21.00 Galerie Bucher 21.30 APF Blick: News, Show, Sport 22.15 Elvengierzig Grad Liebe Englischer Spielfilm (1959) Mit Shirley Eaton, Wilfried Hyde White, Terence Longdon u. a. 23.45 APF Blick: Letzte Nachrichten
14.00 Tagesschau 16.10 Allerhand Leute 17.20 Die Mitternacht 3. Teil: Liebe auf den ersten Blick 17.50 Tagesschau 20.00 Tagesschau 20.15 Spionageschiff Fernsehserie in sechs Teilen 2. Teil: Geheimagent Evans greift ein Als die „Colstar“ im Bismarck verschwindet, werden die Geheimdienste aktiv. Die große Veruschung beginnt. Doch die Angehörigen der vermissten Seeleute wollen die Wahrheit wissen . . . 21.10 Kontraste Themen: Der neue Amerikaner in Bonn / Sind nun alle verdächtig? / Die „feindlichen Brüder“ / Grenze frei für die Museen / Ein Dorf im Abseits Moderation: Joachim Braun 22.00 Humpel, Humpel Eine Show mit Anete und Inga Humpel 22.50 Wochenendgespräch 6. Folge: Wanda Von Gert Loschütz Wanda will unbedingt den Mann wiedersehen, der ihr immer wieder in der Menschenmenge begegnet, um wie ein Phantom zu verschwinden. Um ein Foto von sich machen zu lassen, sucht sie die Fotografin Petra auf. Und bemerkt sich bei ihr äußerst merkwürdig . . . 0.00 Tagesschau	14.04 Barocke Zeiten 9. Folge: Frankreich, Holland, England Anschl. heute-Schlagzeilen 16.25 Im Reich der wilden Tiere 17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-Miniatur 17.50 Ein Colt für alle Fälle Dazw. heute-Schlagzeilen 19.00 heute 19.30 Reportage am Montag Sie sind ja große, große Kinder in der heutigen Folge berichtet Jürgen Vogt über Leben und Problematik junger GIs in Deutschland. Was hat es auf sich mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft? Werden Schwarze auch bei uns diskriminiert? 20.15 Mit dem Rücken zur Wand Französischer Spielfilm (1957) Mit Jeanne Moreau, Gérard Oury, Philippe Nicoud u. a. Regie: Edouard Molinaro 21.42 Nach mit – der Umkehr zuliebe 21.45 heute-Journal 22.05 Das gespenstige Korsett oder die Lust am Körper Film von Ulrich Edel und Reinhard Kloss Anfang dieses Jahrhunderts wanderte das „Falterinstrument“ Korsett endgültig aus dem Ankleidezimmer auf den Dachboden. Die bis dato geschnürte Damenwelt konnte den ersten erleichterten Atemzug tun. 22.50 Junges englisches Theater: Travesties Von Tom Stoppard Deutsch von Hilde Spiel 0.35 heute	NORD 18.30 Penkeffitz Nr. 5 4. Folge: Olli verliebt sich 19.00 Eine Welt Kostbares Naß 19.45 Internationales TV-Kochbuch: Schweden HESSEN 18.30 Penkeffitz Nr. 5 19.05 Ein Platz für Tiere Professor Bernhard Grimek zeigt heute Schimpansen in der afrikanischen Wildnis. Gemischtes Programm: NORD / HESSEN 20.00 Tagesschau 20.15 Das Montagsthema Aktuelle Sendung 21.45 Hessen Drei unterwegs Einfahrt auf Gießen Hinter den Kulissen des Frankfurter Hauptbahnhofs Von Barbara Siehl und Fritz Krenser 22.30 Wörder-Trio Amerikanischer Spielfilm (1959) Mit Cameron Mitchell, John Lupton, Steve Brodie u. a. Regie: Edward L. Cahn 23.40 Nachrichten SÜDWEST 18.00 Seemannsleben 18.30 Telekollig II Gemischtes Programm: 19.25 Nachrichten 19.30 Sonntag Ben Cartwright braucht Hilfe Hans Hess (13) Im Golf von Bengalen 20.55 Flash Gordon Flug zum Mars Die Königin der Magie 21.15 Rückblicke Vor 170 Jahren: Wiener Kongreß 21.50 Die Mine unter Regenbogen Bei deutschen Goldgräbern in Kanada 22.25 Jazz 23.55 Nachrichten BAYERN 18.45 Rundschau 19.00 Live aus dem Alabama 20.45 Lebensraum Abzockerei Gefährliches Spiel mit dem Klima Bericht von Paul Hermanns 21.30 Rundschau 21.45 Rückblicke Sport 22.45 2. E. N. Lyrik heute 22.50 Schauspiel Tokio Aus der Dokumentarreihe „Spionage“ 23.40 Rundschau	3SAT 18.00 Löwenzahn Eine Insel im Komfeld Kompass Nahrung und Energie (2) 19.00 heute 19.30 Sportreport mit „Sport am Montag“ aus Österreich 21.15 Zeit im Bild 2 21.45 cinema international Iphigenie Griechischer Spielfilm (1977) Mit Irene Papas, Costa Kazakos, Costa Carras u. a. Regie: Michael Cacoyannis Helena, Königin von Sparta, hat ihren Mann Menelaos verlassen und ist mit Paris nach Troja geflohen. Die griechischen Könige wollen diese Demütigung Menelaos' rächen. 23.50 Kennwort: Kimo Ratschlag für Kinogänger „Der Falke und der Schneemann“ von John Schlesinger 0.00 3SAT-Nachrichten RTL-plus 18.55 Hallo RTL 18.55 7 vor 7 – Newshow 19.15 Karlsen 19.25 RTL-Spiel 19.30 Knight Rider 20.30 RTL-Spiel 20.50 Schwarz, Gelb, Tod Französischer Film 22.05 RTL-Spiel 22.10 Das Kind im Monne 22.35 Zeichentrick für Erwachsene 22.45 Wetter 22.50 Horoskop 22.55 Bettvorleger



Jeanne Moreau und Gérard Oury in dem französischen Spielfilm „Mit dem Rücken zur Wand“ – 20.15 Uhr, ZDF

FOTO: TELEBUNK

Damit es Ihnen beim Nutzfahrzeugkauf nicht ergeht wie seinerzeit König Sheram.



„Lege mir ein Weizenkorn auf das erste Feld und verdopple die Anzahl auf jedem weiteren.“ Das war der Wunsch des brahmanischen Weisen Sessa für die Erfindung des Schachspiels. König Sheram ging darauf ein, ohne sich der

Folgen bewußt zu sein. Auch beim Kauf eines Nutzfahrzeugs kann ein zunächst günstiges Angebot zu einer unüberschaubaren Größe werden, macht doch der Anschaffungspreis nur etwa 15% der Gesamtkosten im Laufe der

Einsatzjahre aus. Der Löwenanteil jedoch sind die Folgekosten. Und die hält Daimler-Benz wirksam in Schach – durch eine ausgereifte Technik und ein umfassendes Paket an Betreuungsleistungen. Denn erst das harmonische

Zusammenspiel von Technik und Betreuung macht es möglich, zu einer optimalen Gesamtwirtschaftlichkeit zu finden. Sie machen also einen guten Zug, wenn Sie sich für Nutzfahrzeuge mit dem Stern entscheiden.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Barschel: Keine Mehrheit für Vogel-Initiative

dpa, Elmshorn
Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) erwartet, daß die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs einschließlich der Anerkennung durch die Krankenkassen nicht geändert wird.

Nach Angaben der Regierung sagte er vor der Jungen Union in Elmshorn, neben SPD-regierten Bundesländern würden die Regierungen von Schleswig-Holstein und wahrscheinlich auch von Niedersachsen im Bundesrat gegen die Initiative von Rheinland-Pfalz stimmen. Die Kostenersatzung für einen Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Indikation zu erschweren.

Nach dem bisherigen informellen Kontakt mit anderen Ländern reichte sich ab, daß der Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz keine Mehrheit im Bundesrat bekommen und nicht einmal im Bundestag beraten werde.

Biedenkopf für „Arbeitszeitguthaben“

dpa, Länderscheid
Der Vorsitzende der CDU Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, hat eine neue Überlegung in die Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen eingebracht: Nach seiner Ansicht sollten die Arbeitnehmer statt wöchentlich oder monatlichem Ausgleich eine Art „Arbeitszeitguthaben“ ansammeln können, um ein halbes Jahr bei voller Bezahlung aus dem Arbeitsprozeß herauszuweisen und „neu zu lernen“, sagte er auf dem Landtag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Da künftig immer weniger Arbeit benötigt werde, um das gleiche Wirtschaftswachstum zu erreichen, sei Arbeitszeitverkürzung unabdingbar.

Vertrauen in die Alliierten ungebrochen

hrk, Berlin
67 Prozent der Westberliner Einwohner sind nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Senats von der Verlässlichkeit der alliierten Schutz-Schirmes überzeugt, sagte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in einem Interview der „Berliner Morgenpost“.

Zugleich korrigierte er damit eine ZDF-Umfrage, die während der Funkausstellung veröffentlicht worden war. Danach hätten nach ZDF-Angaben nur 59 Prozent der Befragten erklärt, auch im Ernstfall stünden die Alliierten zu ihren Verpflichtungen in Berlin.

Diepgen folgte aus den Umfrageergebnissen, daß es den in der ZDF-Sendung behaupteten Vertrauensschwund der Berliner in die Alliierten nicht gebe. Die Gefahr einer militärischen Bedrohung Berlins durch den Osten sehen die Berliner nur als „relativ gering“ an.

Scheel würdigt Liebermann

warn, Hamburg
Als eine Symbolfigur zeitgenössischer europäischer Kultur hat der frühere Bundespräsident Walter Scheel den Schweizer Komponisten und Theatermann Rolf Liebermann bei einer Festmatinee geehrt, die die Hamburgische Staatsoper zum 75. Geburtstag ihres Intendanten und Ehrenmitglieds veranstaltete. Liebermanns Ziel sei es immer gewesen, das Bewußtsein für die gemeinsame europäische Kultur wieder zu wecken, nicht zuletzt in Blickrichtung auf ein politisch geeintes Europa.

„Strafprozeßordnung reicht nicht aus“

Bundestagsabgeordneter Langner für Grundgesetzänderung

Der Vorsitzende des Flick-Ausschusses, der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Langner, hat sich dafür ausgesprochen, das Grundgesetz zu ändern und ein spezielles Gesetz für Untersuchungsausschüsse zu schaffen, um die Effizienz der Arbeit dieser Parlamentsgremien zu erhöhen. Zu seiner Forderung erklärte Manfred Langner in einem WELT-Interview, die sinnvolle Anwendung der Strafprozeßordnung reiche nicht aus. Denn in den Ausschüssen gehe es um politische Verfahren. Mit Langner sprach Stefan Heydeck.

DW, Bonn
WELT: Herr Langner, waren die Beschwerden der SPD und Grünen gegen die Ablehnung des Bonner Landgerichts auf weitere Akteneinsicht sinnvoll?

Langner: Ich habe schon das Anliegen auf Einsicht in weitere 58 Akten nicht mehr für sinnvoll gehalten. Das gilt auch für die Beschwerde.

WELT: Sehen Sie in dem Beschluß des Kölner Oberlandesgerichts einen Eingriff in Ihre Rechte?

Langner: Nein. Der Beschluß scheint mir juristisch einwandfrei zu sein. Er war von guten Juristen so vorausgesetzt worden.

WELT: Was ergibt sich daraus für die Arbeit künftiger Untersuchungsausschüsse?

Langner: Die Rechtslage ist so, wie sie das Bundesverfassungsgericht am 17. Juli 1984 dargelegt hat. Danach gibt es einen Anspruch des Ausschusses auf Akteneinsicht gegenüber der Exekutive, die ja vom Parlament kontrolliert wird. Die Strafbehörden haben Amtshilfe zu gewähren. Der Ausschuss als ganzes kann Rechtsmittel einlegen, wenn er mit einer Entscheidung dieser Stellen nicht einverstanden ist.

Unabhängig davon ist für mich klar, daß im internen Verhältnis die Minister, also SPD und Grünen, Beweisanträge gegenüber der Mehrheit durchsetzen kann. Deshalb habe ich ja auch deren Forderung an das Bonner Landgericht weitergeleitet.

WELT: Welche Folgen können Sie schon jetzt ziehen?

Langner: Ich meine, daß wir ein Untersuchungsausschussgesetz brauchen. Denn es gibt einige ungeklärte Fragen. So muß nach meiner Auffassung der Grundgesetzartikel 44, der die Einsetzung dieser Gremien regelt, präzisiert werden. Die Aufträge müssen genauer gefaßt werden. Denn was allein wir an Aufträgen hatten, war kaum zu bewältigen.

Weiter sollte die Zahl der Mitglieder der Gremien festgelegt werden. Die Verfahrensordnung sollte klarer und bestimmter sein. Hier verweist das Grundgesetz auf die sinnvolle Anwendung der Strafprozeßordnung. Die paßt aber nicht, weil es ja keine Richter, Staatsanwälte, Angeklagte oder Verteidiger gibt. Wir haben nur Zeugen und Akten, wickeln also politische Verfahren ab. Daran müßten unsere Verfahrensgrundsätze ausgerichtet werden.

WELT: Sollten in einem solchen Gesetz auch Strafnahmen festgelegt werden?

Langner: Der Ausschuss hat bereits, etwa beim Zeugenzwang, derartige Möglichkeiten. Nein, ich möchte ein knappes, gutes Gesetz. Was klar ist, brauchen wir nicht zu wiederholen.

WELT: Hoffen Sie noch auf ein gemeinsames Votum der Koalition zumindest mit der SPD?

Langner: In weiten Bereichen. Die Beteiligten reden ständig miteinander. Ich selbst werde jetzt, in der Endphase die Oberteile in Einzelgesprächen nach Anregungen für eine gemeinsame Schlussbewertung des ermittelten Sachverhalts fragen.

WELT: Wird der Bericht nicht so umfangreich, daß ihn keiner lesen will?

Langner: Wie der Sachverhalt, so der Bericht. Wenn wir einen Zeitraum von sechs Jahren untersuchen müssen, kann uns 100 000 Blatt Akten auf den Tisch legt, wenn wir 50 Zeugen befragen und 12 000 Blatt Vernehmungsprotokolle lesen müssen, dann muß bei der gebotenen Sorgfalt auch ein umfangreicher Bericht in Kauf genommen werden.

Aus der „DDR“ kamen 13 379 in den Westen

W. K. Bonn

In diesem Jahr (bis zum 31. August) haben nach Unterlagen des Bundesinnenministeriums 13 379 Bewohner der „DDR“ ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland eingenommen. Seit dem Mauerbau in Berlin im August 1961 verließen insgesamt 519 000 Deutsche die „DDR“.

Von Januar bis Ende August dieses Jahres konnten 9764 Bewohner der „DDR“ mit Genehmigung der „DDR“-Behörden in den Westen übersiedeln. Geflohen sind in diesem Zeitraum 1995 Menschen, unter ihnen 96 Personen, die als „Sperrbrecher“ die neuen tiefgestaffelten Grenzsicherungsanlagen der „DDR“ überwinden konnten.

Durch Freikauf politischer Gefangener erreichte die Bundesregierung die vorzeitige Entlassung von 1620 Häftlingen. Während zwischen 1980 und 1983 im Durchschnitt jährlich 1300 Gefangene freigekauft werden konnten, waren es im vergangenen Jahr 2113 gewesen. In Bonn wird 1985 mit etwa der gleichen Anzahl gerechnet.

Zugleich schiebt Ost-Berlin jedoch weiterhin Kriminelle ab: Bis 1. Juli dieses Jahres erneut 180 (1984 insgesamt 228), für deren „Ausreise“ die Bundesregierung allerdings nicht mehr wie bis 1982 Gegenleistungen erbringt.

Vorruhestand für Kassenärzte?

dpa, Bonn/Eichstätt

Kassenärzte sollten mit 62 Jahren in den Vorruhestand treten können und sich generell mit 65 Jahren zur Ruhe setzen müssen, meint der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Weinhofer im Pressedienst seiner Landesgruppe. Damit ließe sich der bis 1990 vorhergesagte Überschuss von etwa 20 000 ausgebildeten Medizinern deutlich verringern.

Weinhofer berief sich darauf, daß 10,1 Prozent der zugelassenen knapp 63 000 Kassenärzte in der Bundesrepublik heute älter als 65 Jahre sind. Doch wisse man nicht, wieviele Ärzte zwischen 62 und 65 Jahren freiwillig eine Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen würden.

Voraussetzung für SDI-Vertrag gegeben

Fortsetzung von Seite 1

men. Außer Washington standen Seattle, Dallas, Los Angeles und San Francisco auf dem Reiseprogramm. Die Delegationsmitglieder führten Gespräche über den Stand von Forschung und Entwicklung, die Möglichkeiten einer Kooperation und die Kosten.

In einem Gespräch mit deutschen Journalisten in Washington haben Mitglieder der Kommission ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Verhandlungen über ein Rahmenabkommen nicht der Zweck ihres Aufenthaltes waren. Fest steht jedoch, daß die Reagan-Administration zu schriftlichen Vereinbarungen über Eigentums- und Nutzungsrechte, Geheimschutz sowie die Sicherung des Technologietransfers bereit ist. Sie sieht darin aber keine Voraussetzung für eine Zusammenarbeit.

Die deutsche Delegation hat nicht nur mehr Fragen stellen können, als ursprünglich für möglich gehalten wurde. Außerdem übergaben ihr die Amerikaner auch Verschlusssachen, also geheimzuhaltendes Material, und konkrete Daten. Die Ausbeute übersteigt alles, was die USA bisher in den NATO-Gremien berichtet hätten.

Jetzt muß die Bundesregierung entscheiden, ob die in den USA ge-

sammelten Informationen für ein Rahmenabkommen genügen. Ist das nicht der Fall, kann sie noch einmal in der US-Hauptstadt nachfragen oder das Vorhaben fallenlassen. Dringend gewünscht werden jedoch auch gemeinsame Rahmenbedingungen, die nicht nur den Geheimschutz und den Technologietransfer, sondern auch die Verwertung der Forschungsergebnisse durch die Industrie einschließen. Immerhin haben sich alle in Frage kommenden großen und kleinen Unternehmen für ein solches Regierungsdach ausgesprochen.

Auf dem Tisch bleiben die deutschen Forderungen, wonach es keinen Automatismus zwischen Beteiligung an der Forschung und der Stationierung gibt, der ABM-Vertrag keine unbegrenzte Kooperation in der Forschung zuläßt, nichts ohne Konsultation der Bündnispartner entschieden wird und die USA mit der Sowjetunion über Entwicklung und Stationierung sprechen werden.

Andererseits wird in der öffentlichen Debatte leicht vergessen, daß es sich bei SDI – auch wenn handfest geforscht und konkrete Ziele anvisiert werden – noch um eine reine Grundlagenforschung handelt: Frihestens in den 90er Jahren ist an eine Durchführungsstudie zu denken. Die deutsche Position wäre stär-

ker, wenn sich Bonn finanziell an SDI beteiligen würde. Die Eigentums- und Nutzungsrechte wären dann nicht umstritten. Aber weder hat Washington bisher, so hieß es in der Delegation, darum gebeten, noch ist ein Finanzbeitrag von der Bundesregierung angeboten worden. In der Theorie könnte indes das Bonner Verteidigungsministerium SDI-Aufträge an deutsche Firmen vergeben.

Mit keinem Wort erwähnt worden ist der jüngste Spionagekandal in der Bundesrepublik. In der Technologie-Diskussion wurden auch die sensiblen Bereiche nicht ausgeklammert. Denkbar ist aber die Schaffung einer Kontaktstelle, da die Amerikaner auf besondere Sicherheitsvorkehrungen bei der Vergabe von Aufträgen dringen werden. Darüber müsse jedoch ebenfalls verhandelt werden, betonten Mitglieder der Kommission.

Zu beachten ist, daß die Bundesrepublik nur einer von mehreren öffentlichen SDI-Teilnehmern ist. Die USA führen Kooperationsgespräche mit acht europäischen Staaten, so auch mit London. Dort vermittelt das Verteidigungsministerium die Aufträge an Unternehmen, die in diesem Bereich ohnehin alle verstaatlicht sind. Bonn muß dagegen den privatwirtschaftlichen Weg gehen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vom Auswärtigen Dienst

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,
mit einer Mischung von Empörung, Bedauern und Amüsement habe ich den Artikel „Diplomaten sind falsch ausgebildet“ in Ihrer Ausgabe vom 12. September gelesen. Mit Bedauern deswegen, weil hier grobe Fehlinformationen der Öffentlichkeit präsentiert werden; mit Empörung, weil die Urteile ungerecht und verletzend sind; mit Amüsement, weil das Ausmaß der Fehlwerte groteske Züge aufweist.

Zur Sache: Die genannte Zahl von 70 000 Beschäftigten gehört einer Größenordnung an, von der kaum der Auswärtige Dienst einer Großmacht sicher nicht unser bescheidener Auswärtiger Dienst zu träumen wagt. Tatsächlich beschäftigen wir einschließlich der Ortskräfte rund 6350 Bedienstete, d. h. nicht einmal zehn Prozent der genannten Zahl. Nur beläufig möchte ich erwähnen, daß wir zahlenmäßig auch nicht an vergleichbare Dienste anderer Staaten herantreten. Der britische Auswärtige Dienst hat 12 116 Mitarbeiter, der französische 8736.

Dann wird von der „größten und teuersten Bundesverwaltung“ schwärmt: Der Haushalt des AA ist einer der kleinsten der klassischen Ressorts. Er beträgt in diesem Jahr absolut nur 2435 Millionen Mark, auch für 1986 ist die vorgesehene Wachstumsrate mit 1,8 Prozent unterdurchschnittlich (Zuwachsraten des Gesamtstaats 2,4 Prozent).

Dann wird der Vorschlag gemacht, die Luftansabüros oder die Handelskammern zu erweitern und dem Aufgaben des Auswärtigen Dienstes zu betrauen, um Wirtschaftsförderung zu betreiben; grotesk: Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Außenhandelsabläufer haben sich eindringlich für Erweiterung und Intensivierung der offiziellen Wirtschaftsförderung öffentlich eingesetzt. Dies haben sie sicherlich nicht getan, weil sie die vorhandenen Strukturen für überflüssig halten, sondern weil sie die amtlichen Vertretungen verstärken wollen. Und sicher wird es dem Verfasser Ihrer Studie auch neu sein, daß es tatsächlich sogar schon einen Personalaustausch zwischen der deutschen Wirtschaft und dem Auswärtigen Dienst gibt.

Was die Ausbildung des diplomatischen Dienstes selbst im Wirtschafts-bereich anbetrifft, hat Professor Hamer einen Informationsstand, der nicht einmal für die 19. Jahrhundert zutreffend sein dürfte. Die jetzige Ausbildung der Attachés stellt gerade den Wirtschaftsbereich in der Mittelpunkt, theoretisch und praxisori-

entiert. Einige Ausbildungstage bei einer deutschen Firma gehören zu unserem Ausbildungsprogramm selbstverständlich dazu.

Und zum Schluß: die oft aufopfernde Arbeit unserer Konsularbeamten rund um die Uhr und feiertags, besonders in den sogenannten Touris-musländern; die trotz Reisediplomatie unerlässliche Berichterstattung und Analyse der Verhältnisse in den Ländern der Welt für die Regierung eines Landes, das ein Drittel seiner Produkte ins Ausland verkauft, das seine Sicherheit einem internationalen Bündnis verdankt, das in die Europäischen Gemeinschaften eingebettet ist – offenbar böhmisches Dörfler für den Herrn Professor aus Hannover.

Vorurteile sind gut, Information ist besser. Professor Hamer ist zu einem Informationsgespräch im Auswärtigen Amt jederzeit willkommen.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Meyer-Landrut,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

„Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsetzbar“: WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
Professor Hamer irrt, wenn er dem Auswärtigen Dienst 70 000 Beschäftigte zuschreiben möchte. Tatsächlich gibt es im Auswärtigen Dienst (nachzulesen im Haushaltsgesetz 1984) 5917 Beschäftigte, also weniger als ein Zehntel der von Hamer behaupteten Zahl. Damit ist der Auswärtige Dienst heute kleiner, als er es noch im Jahr 1972 (6021 Beschäftigte) war. Ein weiterer Vergleich: der deutsche Auswärtige Dienst ist weniger als halb so groß wie der britische Auswärtige Dienst (12 116 Mitarbeiter) und nur ein Siebtel so groß wie der entsprechende Dienst der USA (42 872 Mitarbeiter).

Für die von Hamer behaupteten „gegenseitigen Parteieinladungen“, mit denen sich die „70 000 Beschäftigten“ des Auswärtigen Amtes angeblich die Zeit vertreiben, bleiben unter diesen Umständen schon aus Zeit- und Arbeitsgründen kein Raum. Das Gegenteil ist richtig: Gerade die Wirtschaftsabteilungen unserer Auslandsvertretungen (aber auch zum Beispiel die Konsulardienste) sind personell

Wort des Tages

„Die großen Gedanken kommen aus dem Herzen.“

Luc de Clapiers Vauvenargues, französischer Moralist (1715-1747)

Personalien

KIRCHE
Der Rektor der Theologischen Fakultät Trier, Professor Dr. Helmut Weber, ist zum residierenden Domkapitular an der Hohen Domkirche in Trier ernannt worden. Damit ist das achte, bisher noch offene Kanonikat des Domkapitels wieder besetzt und die Zahl der Domkapitulare wieder vollständig. Der neue Domkapitular wurde 1930 in Oberwinter geboren und 1956 in Rom zum Priester geweiht. Er promovierte 1960 zum Dr. theol. und übernahm 1966 den Lehrstuhl für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Trier, deren Rektor er 1979 wurde. Das Domkapitel ist ein wichtiges Beratungsgremium des Bischofs. Im Falle der Erledigung des Bischofsstuhls übernimmt es die

empfindlich unterbesetzt. Ein Beispiel aus dem südostasiatischen Raum: In Singapur, Malaysia, den Philippinen und in Hongkong verfügt selbst das kleine Österreich über mehr Wirtschaftspersonal an seinen Vertretungen als die Bundesrepublik Deutschland, ganz zu schweigen etwa von den USA, die in Hongkong das Achtehnfache an Personal im höheren Dienst für die Wirtschaft aufbieten als wir und als Frankreich, das in dieser Wirtschaftsmetropole über das Fünfhundzwanzigfache an Wirtschaftsreferenten verfügt.

Die aus dieser Situation zu ziehende Schlussfolgerung ist deshalb nicht, wie Hamer meint, eine Aufgabenübertragung an „erweiterte Luftansabüros“ oder ähnliche Einrichtungen, sondern der zügige Ausbau des Auswärtigen Dienstes mit der Verstärkung unserer Wirtschaftsabteilungen als einem (nicht dem einzigen) der Schwerpunkte. Diese Forderung über die Personalrat des Auswärtigen Amtes auf seiner Pressekonferenz am 10. September erhoben, über die die WELT in ihrer Ausgabe vom 11. September berichtet hat. Was Hamers Klagen über die „traditionelle“ Ausbildung im Auswärtigen Amt betrifft, so sei lediglich angemerkt, daß kein Bewerber für die „Diplomatenlaufbahn“ eingestellt wird, der nicht schon im Auswahlwettbewerb, der am weitesten Zulassungsschritte, solide Kenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften nachweist.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Schramm,
Vorsitzender des Personalrats
des Auswärtigen Amtes

Alldeutsch

Leserbrief: Pöschner: WELT vom 9. September

Sehr geehrte Redaktion,
WELT-Leser Curt Riess in Zürich ist in seinem Brief ein Irrtum unterlaufen: Eine „Alldeutsche Partei“ gab es niemals, sondern lediglich einen „Alldeutschen Verband“ ohne Sitz und Stimme im Parlament. Man kann ihn auch nicht als „Vorläufer der Nazis“ bezeichnen, da er weder eine Massenbewegung war noch das „Führerprinzip“ vertrat und schon gar nicht die Ausrottung der Juden propagierte. Im übrigen sind doch wohl Pläne irgendeines politischen Vereins keine Rechtfertigung für wie Leser Toepfer es richtig formulierte – ein vor Haß und Rachsucht geprägtes Diktat.

Jedenfalls ist nach meiner Überzeugung diese Darstellung von W. Gönitz so vorteilhaft, wie wir es seit Jahren allwöchentlich gewohnt sind.
Otto Haeflke,
Mölin

BERUFUNG

Zum Direktor der Universitätsnervenklinik in Köln hat NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) den bisherigen Leiter des Kölner Max-Planck-Instituts für Neurologische Forschung, Professor Wolf-Dieter Heiss, ernannt. Heiss hat wesentlichen Anteil an der Weiterentwicklung der Positronen-Emissions-Tomographie (PET), mit der Zeitabläufe verschiedenster Komponenten des Stoffwechsels im Gehirn sichtbar gemacht werden können.

COMMERZBANK

Neu bei der Commerzbank: der Dynamische Sparplan.

Sparrate: ab 20 Mark monatlich

Laufzeit: 2 bis 6 Jahre

Bonus: 3 bis 18 Prozent der jährlichen Sparleistung ab dem 2. Jahr der Einzahlung.

Über Ihr Sparkapital können Sie im Rahmen der gesetzlichen Kündigungsfrist jederzeit verfügen, ohne den bereits erzielten Bonus zu verlieren. Für Ihr Sparguthaben erhalten Sie z. Z. 3 Prozent Zinsen im Jahr. Wählen Sie den schnelleren Weg zu Ihrem ganz persönlichen Sparziel. Kommen Sie zur Commerzbank.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Land in Sicht

Ul - Der Makel über großer Kapazitäten kennzeichnet eine ganze Reihe von Branchen. Der Nutzfahrzeugbau ist einer der von diesem krankhaften Zustand gekennzeichneten Wirtschaftszweige und beliebt kein unwichtiger. Die Lastwagen-Produzenten, die sich seit Jahren mit den negativen Auswirkungen für ihre Ertragsrechnung - verursacht durch das überdimensionierte Angebot im Verhältnis zur Nachfrage - herumpflagen, haben die Halperstrecke der Struktur- und Anpassung sicherheit noch nicht durchlaufen.

Ein beträchtlicher Teil der Weststrecke ist allerdings bewältigt worden: Die Zahl der Hersteller in Westeuropa ist von gut 50 auf ein rundes Dutzend zusammengeschmolzen. Vorbei sind die Zeiten, in denen großvolumige Bestellungen aus den Ölländern die Auftragsbücher anschwellen ließen. Jene haben längst lernen müssen, mit wesentlich spärlicheren Deviseneinnahmen zu haushalten. Entsprechend geringer fällt natürlich die Nachfrage nach Nutzkraftwagen auf diesen einst üppigen Exportmärkten aus.

Da auch die Inlandsnachfrage (beispielsweise aufgrund der Bauflaute) über einen langen Zeitraum hinweg sehr zu wünschen übrig ließ, haben die Lkw-Bauer zu teilweise recht einschneidenden Maßnahmen zur Verbesserung von Kostenstrukturen und Produktivität greifen müssen. Inzwischen sieht man allenthalben wieder Land. Wo bislang rote Zahlen geschrieben wurden, kommt die Gewinnzone allmählich in Sicht. Zum großen Aufatmen reicht dies freilich noch lange nicht.

Importschutz

Ha (Brüssel) - Keinen guten Dienst erweisen sich die türkischen Textilexporteure mit ihrer Weigerung, mit der EG eine Vereinbarung über die zeitweilige Begrenzung "sensibler" Ausfuhr abzuschießen. Derartige Selbstbeschränkungsabkommen mögen zwar dem Geist des Assoziierungsvertrages mit der Gemeinschaft widersprechen. Sie sind jedoch immer noch besser als einseitig verhängte Importschutzmaßnahmen. Die EG-Kommission wird kaum umhin kommen, dem Rat solche Maßnahmen vorzuschlagen, nachdem die Türkei bei den Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt bereit waren, über Mengenbegrenzungen zu reden, die auf ihren bisherigen Lieferzahlen aufbauten. Zwischen 1977 und 1984 ist Ankara sowohl bei Textilien wie bei Bekleidung voluminös zum wichtigsten Lieferanten der EG geworden. Und dies, obwohl es sich Absprachen mit der Gemeinschaft erfolgreich widersetzt hat. Die EG wird dieser Entwicklung jetzt wohl ein Ende setzen. Sie muß dies schon wegen der übrigen Partner am Mittelmeer tun.

Fortschrittsbremsen

Von HARALD POSNY

Fast könnte man den Eindruck gewinnen, mancher Parteipolitiker und manche grüne Organisation gönnten der deutschen und ausländischen Autoindustrie nicht den technischen Erfolg in Sachen Katalysator. Anstatt dem Autofahrer neue Irritationen wie beim zweijährigen Gerangel um die Auto-Abgasentgiftung zu ersparen, haben SPD und Grüne, dazu einige Umweltschutz-Organisationen, Tempo 100 für die Autobahn und Tempo 80 für die Bundesstraßen auf ihre Fahnen geschrieben. Dabei ist von den Grünen aktenkundig, daß ihr Verhältnis zum Auto und zur Autoindustrie gestört ist. Die Wahlkampforderung, in den Kölner Ford-Werken, die Automontage in eine Produktion von Fahrrädern umzuwandeln, war kein Jux, sondern gerade in ihrem Irrwitz bemerkenswert. An diesen und ähnlichen Umweltirrtümern muß sich auch die Tempobegrenzung messen lassen.

Leider stoßen solche Forderungen auch bei nicht unbedeutenden Sozialdemokraten auf Sympathie oder mehr, obwohl sie ja - im Gegensatz zu den Grünen - durch den Schulterschluss mit den Gewerkschaften über ausreichende Nähe zur Basis verfügen. Denn letztendlich geht es, sollten wir Deutschlands Autobahnen künftig nur mit gebremstem Motor befahren dürfen, um Arbeitsplätze, um Aufwendungen für Forschung und High Technology, auch bei der Opposition in aller Munde, um den Export einer der wenigen deutschen Wachstumsindustrien.

Aber die Verteufelung des Autos feiert - wieder einmal - frühliche Urstände. Der Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) versteigt sich zu der Ankündigung, die Autoindustrie führe "einen brutalen Krieg gegen die Schöpfung", sie gehöre zu den Hauptverursachern "an der Vernichtung der Städte und der Heimatnatur". Umwelt, Unfälle, Energieverschwendung, dies sind Argumente, die schon in früheren Jahren wechselweise für Geschwindigkeitsbegrenzungen herhalten mußten.

Die Umweltbelastung durch das Auto ist zumindest in dieser Höhe nicht erwiesen. Im Gegenteil, die mit Milliarden-Aufwand entwickelten und gebauten Katalysatoren würden jedenfalls, wenn sie in die Millionen Pkw eingebaut sind, die Umwelt

stärker entlasten als Tempo 100. Die anderen beiden Behauptungen sind schlicht falsch. Niemand weiß genau, als die Autofahrer selbst, wieviel Benzin sie weniger verbrauchen als noch 1976. Damals war die Tempodiskussion aus der Treibstoff-Frage entstanden.

Doch bleiben wir bei wirtschaftlichen Argumenten. Der deutsche Straßenfahrzeugbau exportiert weit mehr als die Hälfte seiner Erzeugnisse für rund 80 Milliarden Mark jährlich in alle Welt. Und damit bezahlt er mehr, als für die gesamten Rohstoffeinfuhr nötig ist. Und er gibt über 810 000 Menschen Arbeit. Die Frage, inwieweit "Tempo 100" den Export trifft und damit Arbeitsplätze wegminiert, kann wie die anderen Fragen zuvor nicht in Mark und Pfennig ausgerechnet werden, es sei denn, wenn es passiert ist. Und das macht die Argumente der Industrie auf den ersten Blick so angreifbar.

Klar dürfte sein, daß entscheidende aus der Hochtechnologie stammende Vorzüge und Qualitäten, Elektronik, Anti-Blockier-System, Windempfindlichkeit, Dauerbelastung auf Autobahnen etwa bei uns entbehrt werden. Die Anforderungen an das Auto wären weltweit gleich, die Konkurrenz in Fernost oder anderswo könnte preiswert bleiben. Die Technik würde nivelliert, der Preis in unserem Hochlohnland bliebe oben.

"Billig" als verbleibendes Kauf- und Verkaufsargument wird mehr und mehr dem Ausland zugute kommen, im Export wie auf dem heimischen Markt. Das alles wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber Größenordnungen ließen sich schon denken. Wie bei Wirtschaftsprognosen könnte man von zwei oder drei Prämissen ausgehen. So etwas sollte der Verband der Autoindustrie möglichst schnell erarbeiten.

Und die Exporterfolge in Länder mit Tempobegrenzung? Sie rühren von den technischen Reserven und dem in jeder Hinsicht guten Image her. Und wenn jetzt schon daran gedacht wird, auch nach dem Großen, der eingeführten Begrenzungen nicht aufzuheben, zeigt sich, aus welcher Richtung die Fragestellungen, die Diskussion und die Antworten gemangelt werden. Es geht darum, das Auto mädig zu machen.

LATEINAMERIKA / Entwicklungsbank entdeckt erstmals schmalen Silberstreifen

Schuldenberg bleibt aber gewaltiges Hindernis für künftiges Wachstum

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington
Viele Krisensymptome bleiben, aber erstmals wieder sieht die interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in Washington einen schmalen Silberstreifen am lateinamerikanischen Wirtschaftshorizont. Nach Einbrüchen, die 1982 und 1983 insgesamt ein Zehntel ausmachten, ist das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr immerhin real um 3,1 Prozent gewachsen. Das hat der Region eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 0,6 Prozent beschert.

In ihrem neuesten Fortschrittsbericht bezeichnet die IDB die größere Importnachfrage der USA und Japans als wichtigsten Wachstums-motor, während die Anpassungsprogramme weiterhin Druck auf die Binnennachfrage ausüben. Der Antriebsfaktor sei jedoch teilweise durch die daraus resultierende verstärkte Inflation, den hohen Schuldendienst und zusätzliche Handels-schranken einiger Industriestaaten neutralisiert worden.

Höhere Exporte führten außerdem nur zu einer bescheidenen Erholung der Einfuhr, und die stärkere Auslastung der Industriekapazitäten brachte keine wesentliche Verbesserung der Beschäftigung. Unterm Strich blieb als positives Ergebnis in der fast ausgeglichenen Leistungsbilanz. So schrumpfte der Passivsaldo, verglichen mit dem Rekord-mis 1981, von 42,3 auf zwei Mrd. Dollar. Argentinien und Chile waren mit 2,2 und 2,1 Mrd. Dollar im Minus; Brasilien, Mexiko und Venezuela wiesen Überschüsse in Höhe von 0,2, vier und 4,4 Mrd. Dollar aus.

Zu registrieren sind jedoch diese Schattenseiten: Trotz der Austerität-

Maßnahmen besteht das Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen weiter, stark gedrückt ist das Investitionsniveau; in Argentinien, Bolivien und Brasilien hat sich die Teuerung noch verschlimmert, und in den Städten Boliviens, Chiles, Kolumbiens, Nicaraguas, Perus, Uruguays und Venezuelas explodierte die Arbeitslosigkeit. Die Bevölkerung wächst immer noch um 2,5 Prozent, und nach dem Verfall der Reallohn beschleunigt sich zudem die Abwanderung von Fachleuten aus Ländern wie Brasilien, Chile, Costa Rica und Mexiko.

Obwohl durch Umschuldungsabkommen gemildert, bleibe der Schuldenberg ein gewaltiges Wachstumshindernis, schreibt die IDB. Da der Zufluß von Auslandsgeld erheblich abgenommen habe, stelle das knappe Investitionskapital einen ernst zu nehmenden Instabilitätsfaktor für die Zukunft dar. Trotz des verbesserten Schuldenschnitts 1984 rund 29 Mrd. Dollar netto aus der Region abgezogen; davon entfielen 90 Prozent der Kapitalbewegungen auf den langfristigen Bereich.

Die Bank hat die Crux Lateinamerikas auf diesen einfachen Nenner ge-

bracht: Von 1976 bis 1984 hat sich die Auslandsschuld mehr als vervierfacht, die ausstehenden Auslandsschulden verdoppelten sich auf 360 Mrd. Dollar (1985). Der Preis: Bis 1980 verschlingend allein die Zinszahlungen etwa zwei Drittel des gesamten BIP-Wachstums.

Wie sieht die nähere Zukunft der Region aus? Von mehreren Modellen, die von der Bank durchgespielt worden sind, ist dieses am wahrscheinlichsten: Bis 1990 nehmen die Auslandsschulden inflationsbereinigt nicht mehr zu, und im Jahreschnitt steigen Exporte und Bruttoinlandsprodukt um 3,3 und nahezu vier Prozent. Der jährliche Bedarf an neuem Auslandskapital wird auf 20 Mrd. Dollar veranschlagt. Nominal steigen die Auslandsschulden auf 470 Mrd. Dollar; die Abflüsse addieren sich auf rund 90 Mrd. Dollar.

Der IDB-Bericht enthält einen Beitrag, in dem nachdrücklich vor einem wachsenden Widerstand gegen Netto-Kapitalexporte in Lateinamerika gewarnt wird. Attackiert wird der enorme Anteil des Zinsdienstes an den Exporterlösen, der 1984 etwa 38 Prozent oder 37 Mrd. Dollar erreichte, sowie die Abwertungsempfehlung des Währungsforums zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Das erhöhe die Kosten und heize die Inflation an. Noch lange nicht gedeckt werden kann der angestaute Einfuhrbedarf, was auch die deutschen Exporte bremst.

US-AKTIENMÄRKTE

Auch neue Konjunkturdaten enttäuschen die Anleger

sbt. Washington

Die Besitzer von US-Aktien haben in der vergangenen Woche wieder das Furchtgeleit. An den letzten vier Börsentagen ging es so steil abwärts wie schon lange nicht mehr. Der populäre Dow-Jones-Industrie-Index fiel im Wochenverlauf um 28,01 (Freitag minus 4,71) auf 1307,88, der umfassende Nyse-Index sogar um 3,20 (0,51) auf 105,85 Punkte. Ein solcher Rutsch der Standardwerte ist zuletzt im Dezember 1980 registriert worden. Er zeigt, daß die Kursgewinne im umsatzarmen Sommermarkt keinen verlässlichen Trend anzeigen. An der New York Stock Exchange wechselten erstmals wieder mehr als 110 Mill. Papiere den Besitzer.

An der Wall Street wurde die Stimmung insgesamt als negativ beschrieben. Der Bull, das Zeichen für die Hausse, machte nun bis zum traditionellen Spurt am Jahresende Pause, hieß es. Er sei entnervt, weil sich in Washington der Protektionismus ausbreite, die Finanzkrise in der US-Landwirtschaft Schlimmes anheulen lasse, und der Kongreß das Haushaltsdefizit nicht in den Griff bekomme. Wie in einem solchen Klima üblich, zogen die Rentennotierungen scharf an. Auch als Folge nicht erfüllter Hoffnungen sanken dreimonatige Treasury Bills auf 7,21 und 30-jährige Bonds auf 10,60 Prozent.

Die eigentliche Ernüchterung ging von den neuesten Konjunkturdaten aus, die zwar ein beschleunigtes Wirtschaftstempo bestätigten, aber den

Erwartungen nicht entsprachen. Das gilt sowohl für die im August um 1,9 (Juli: 0,2) Prozent gestiegenen Einzelhandelsumsätze als auch für die um 0,3 Prozent erhöhte US-Industrieproduktion. Die Umsätze sind nämlich durch die Autverkäufe (plus 7,8 Prozent) erheblich verzerrt worden. Stimuliert wurden sie durch zinsgünstige Hersteller-Darlehen. Ohne Pkw sind die Umsätze nur um 0,4 Prozent gewachsen.

Auch aus dem Industrieproduktionsindex ließ sich nur wenig Hoffnung ableiten. Das für Mai und Juni gemeldete Plus von jeweils 0,2 Prozent wurde in der Revision auf null reduziert. Außerdem wurde das August-Ergebnis hauptsächlich durch Gebrauchsgüter, also Autos, und im Rüstungsbereich erzielt, wo die Zunahmen 2,7 und 0,9 Prozent ausmachten. Während das verarbeitende Gewerbe 0,5 Prozent zulegte, kam es zu Einbrüchen im Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften. Mit 124,8 (1977-100) lag der Index nur um ein Prozent über dem Vorjahresmonat.

In der Einschätzung ist die Administration zerstritten. Wenn Beryl Sprinkel recht haben sollte, müßte die US-Wirtschaft von Juli bis Dezember fünfmal so schnell wachsen wie im ersten Halbjahr. Dagegen spricht Malcolm Baldrige von einer abgemessenen Verbrauchermachung. Die um 0,3 Prozent gesunkenen Herstellerpreise unterstreichen überdies die anhaltende Abschwäche bei Rohstoffen und Halbwerten.

AUF EIN WORT



Es gibt nicht wenige Einzelhändler, die trotz der ungünstigen Wirtschaftslage auf ein vernünftiges Umsatzwachstum zurückblicken können. Sie haben nicht einfach ihre Preise reduziert, sondern nach neuen Ideen gesucht.

Seinowske Kuraki, Hauptgeschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg. FOTO: DIE WELT

Aufschwung auf breiterer Basis

VWD, Frankfurt

Die Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik trägt erstmals in diesem Konjunkturzyklus die Konturen eines selbst tragenden Aufschwungs, stellt die Bank für Gemeinwirtschaft AG (BfG), Frankfurt, fest. Nachdem in den Jahren 1983/84 die Exportnachfrage der alleinige Konjunkturmotor war, habe sich seit der zweiten Jahreshälfte 1984 die inländische Nachfrage nach Ausstattungsgegenständen stärker belebt. Der private Verbrauch verlaufe dagegen bisher enttäuschend, sei Juni zeichne sich jedoch eine gewisse Belebung ab. Zu einer Verstärkung des privaten Konsums dürfte es 1986 durch die Steuerkürzungen und höhere Sozialleistungen kommen.

UNTERNEHMENSBESTEuerung

Schlecht: Subventionen für kleine Betriebe überdenken

PETER JENTSCH, Bonn

Angesichts der wirtschaftlichen Erholung auch mittelständischer Betriebe und hier insbesondere des Handwerks will die Bundesregierung über die Subventionspolitik für die Mittelstand zugunsten der Verbesserung der Unternehmensbesteuerung mitteilhaftig überdenken.

Aus Anlaß der Eröffnung der Verkaufs- und Leistungsausstellung "Handwerk '85" am Wochenende in Stuttgart sagte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, zwar seien sowohl im Haushalt 1985 wie auch im Etatsansatz 1986 die Fördermittel zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen bei gleichzeitiger Kürzung der Subventionen für die Großindustrie überproportional gewachsen. Er gab aber zu bedenken: "Sollten wir

nicht einige der speziellen Mittelstandsprogramme auf den Prüfstand der Subventionsabbaus stellen, wenn der politische Mütt aufgebracht wird, die Unternehmensbesteuerung substantiell zu verbessern?" Als Zielrichtung nannte er: "Lieber niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen".

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit, allein mit scharfen Kontrollen "nannte Schlecht, "keinen angemessenen Weg". Die Therapie müsse an den hohen Kosten einer Arbeitsstunde angesetzt werden. Er forderte das Handwerk auf, selbst mitzuhelfen, die Schwarzarbeit zu unterbinden. Dazu gehöre auch, "daß die Handwerker sich der Kleinaufträge zu vernünftigen Preisen ohne übertriebene Wartezeiten annehmen und nicht selbst schwarzarbeiten".

STAHL

Neue Verhandlungen über EG-Exportbeschränkung

AFP, Brüssel

Experten der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten werden von heute an in Washington dreitägige Gespräche über die weitere Beschränkung der europäischen Stahlimporte ab 1986 aufnehmen. Unter dem protektionistischen Druck der amerikanischen Industrie, so erklärte gestern die EG-Kommission in Brüssel, werde Washington wahrscheinlich fordern, weitere Produkte in den bestehenden Katalog der Exportbeschränkungen aufzunehmen.

Die EG hat sich im Oktober 1982 bereit erklärt, bis Ende 1985 die Ausfuhr von zehn Stahlarten in Grenzen zu halten. Diese Produkte machen zwei Drittel der Gesamtexporte aus. Am 1. August hat die Gemeinschaft nach Androhung amerikanischer Gegenmaßnahmen beschlossen, bis Ende des Jahres die Exporte weiterer 16

Produkte zu drosseln. Wie in den Kommissionen betont wurde, ist sie aber nicht bereit, diese Einschränkungen über den 31. Dezember hinaus beizubehalten.

Befürchtet wird, daß die USA die bisher nicht betroffenen Stahlrohre und Röhren in einem neuen Abkommen mit der Gemeinschaft einbeziehen wollen. Aufgrund einer getrennten Vereinbarung von Januar 1985 beschränkt die EG ihre Ausfuhr in diesem Sektor bereits in den nächsten zwei Jahren auf einen 7,6prozentigen Anteil am amerikanischen Markt.

Die Exporte von Edelstahl sollen in den Verhandlungen nicht angesprochen werden. Washington hat im August 1983 einseitige Beschränkungen verordnet, die von der EG mit höheren Zöllen für eine Reihe von amerikanischen Produkten beantwortet wurden.

HOLZMARKT / Durch Lagerstau in den Wäldern droht hoher Schädlingsbefall

Stärkere Nutzung Gebot der Stunde

PETER SCHMALZ, München

Die schlechte Baukonjunktur und die Vernachlässigung der Verbraucher durch das Baumsterben haben zu Absatzproblemen auf den Holzmärkten geführt und damit eine neue, bislang wenig beachtete Gefahr für den Wald heraufbeschworen. Durch den Lagerstau in den Wäldern droht nach Ansicht der Fachleute eine Massenvermehrung von Holzschädlingen. Deshalb sei nicht der Verzicht auf Holz-nutzung, sondern ein verstärkter Holzverbrauch das Gebot der Stunde, erklärte der Geschäftsführer der Zentralen Marketinggesellschaft für deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrnschön.

Nur durch schnellste Verwertung und Verwendung des anfallenden Holzes könnten weitere Waldschäden vermieden werden. Fahrnschön: "Forst- und Holzwirtschaft stehen vor der volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe, durch rasche Holzver-

wertung den Schaden für den Wald, seine Besitzer und seine Nutznießer möglichst gering zu halten."

Auf Unkenntnis beruht nach Angaben des CMA-Geschäftsführers auch die durch die Waldschadensdiskussion ausgelöste Unsicherheit der Verbraucher über die Qualität des Holzes aus Schadensgebieten. "Waldschäden dürfen keineswegs mit Holzschäden gleichgesetzt werden", meinte Fahrnschön und verwies auf voneinander unabhängige Untersuchungsergebnisse der Holzforschungsinstitute in Nürnberg und Freiburg sowie der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Hamburg. Danach weist Nutzholz aus immissionsgeschädigten Waldbeständen einwandfreie Gebrauchseigenschaften auf. Die Festigkeit des Holzes aus Schadensgebieten ist sogar höher.

Im vergangenen Jahr wurden in den 7,3 Millionen Hektar deutschen Wäldes knapp 30 Millionen Kubikme-

ter Holz im Gesamtwert von fast fünf Milliarden Mark eingeschlagen. Die deutsche Holzwirtschaft erzielte 1984 einen Umsatz von 93,5 Milliarden Mark, wozu das Holzhandwerk mit 33 Prozent, die Holzverarbeitende Industrie mit 29, die Holzschliff-, Zellstoff- und Papierindustrie mit 16 und der Holzhandel mit zwölf Prozent beteiligt waren. Die Forst- und Holzwirtschaft erwirtschaftet fünf Prozent des deutschen Bruttosozialproduktes.

Der Rückgang im Wohnungsbau um über 30 Prozent im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die Stagnation in der Möbelindustrie und der vermehrte Holzankauf nach dem Sturmwurf im November vergangenen Jahres drücken noch immer auf die Preise. Fahrnschön: "Holz ist also keineswegs teuer geworden, sondern steht zur Zeit in ausreichenden Quantitäten preisgünstig zur Verfügung."

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Agrarminister beraten

Brüssel (dpa/VWD)

Die EG-Agrarminister kommen heute in Luxemburg zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause zusammen, um über eine neue Zuckermarktordnung, ein Verbot bestimmter Hormone in der Tiermast und Maßnahmen gegen die Waldzerstörung zu beraten. Die Bonner Delegation will sich ferner für eine neue Weltnahrungsbutterkonvention einsetzen. Im Mittelpunkt der Ratssitzung steht die Neumehrung der im nächsten Jahr auslaufenden Zuckermarktordnung.

Ispo beendet

München (dpa/VWD) - Die 23. Internationale Sportartikelmesse (Ispo), die am Sonntag nach vierstägiger Dauer in München zu Ende ging, hat "alle optimistischen Prognosen bestätigt", heißt es im Abschlussbericht der Münchner Messe- und Ausstellungs-gesellschaft. Insgesamt seien 37 000 Fachbesucher aus 84 Ländern gekommen. Im vergangenen Jahr waren es 34 000 Besucher aus 82 Ländern. Insgesamt 90 Prozent der Aussteller sprachen von einem positiven Gesamtergebnis.

Rumänien will zahlen

Bukarest (dpa/VWD) - Rumänien will Ende 1985 seine Schuldlast von 1980 über zehn Mrd. Dollar etwa zur Hälfte abgebaut haben. Das erklärte der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu nach Bukarester Presseberichten. Nach Darstellung Ceausescus wird sein Land in drei Jahren vollkommen schuldenfrei sein.

Neue Staatsanleihe

Paris (f. Sch.) - Zur Finanzierung des französischen Budgetdefizits hat das Schatzamt eine weitere Staatsanleihe zur Zeichnung aufgelegt. Ihr Ausgangsvolumen beträgt 15 Milliarden Franc. Die Anleihe besteht aus zwei Tranchen: Die fixe mit einem Zinssatz von 9,90 Prozent ergibt angesichts eines Emissionspreises von 96 Prozent und einer Laufzeit von neun Jahren eine Rendite von 10,61 Prozent. Für die über 13 Jahre laufende variable Tranche sind 96,90 Prozent

zu bezahlen. Ihr Zinssatz liegt um 0,9 Prozent unter der jährlichen Durchschnittsrendite der laufenden Staatsanleihen. Diese Obligationen können nach drei Jahren im Titel mit festen Zinsen umgetauscht werden. Die Konditionen folgen nicht ganz dem Zinssenkungstrend des Pariser Rentenmarktes.

Inflation abgeschwächt

London (ft) - Die Preissteigerungsrate in Großbritannien hat sich im August deutlich abgeschwächt. Gegenüber Juli verringerte sie sich auf Jahresbasis von 6,9 auf 6,2 Prozent. In den beiden Monaten zuvor hatte sie noch bei sieben Prozent gelegen. Obwohl auch für die kommenden Monate mit einer weiteren Abschwächung im Anstieg der Einzelhandelspreise zu rechnen ist, muß bezweifelt werden, daß das von der Regierung Thatcher im Frühjahr gesetzte Ziel einer Inflationsrate von fünf Prozent zum Jahresende erreicht werden kann.

50 000 neue Arbeitsplätze

Stuttgart (dpa/VWD) - Um über 50 000 neue Mitarbeiter haben die Unternehmen der baden-württembergischen Metallindustrie von Mitte 1984 bis heute ihre Belegschaften aufgestockt. Diese Steigerungsraten der Mitarbeiterzahl um plus 5,8 Prozent in dieser Branche im Südwesten gab der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (VMD) in Stuttgart bekannt. Bis Juli 1985 sei die Beschäftigungszahl auf knapp 900 000 gestiegen und damit ein Niveau erreicht worden, das zuletzt Ende 1981 registriert worden sei.

Londoner Kassapreise

	12.9.85	6.9.85
Kupfer (t/mt)	1023,5	1037,5
Alu (t/mt)	285,5	301,5
Zinn (t/mt)	513	537,5
Zink (t/mt)	9181	9192,5
Gold (p/Unze)	320,75	320,25
Silber (p/Unze)	453,55	448,6
Kakao (t/mt)	1775,5	1785,5
Kaffee (t/mt)	1649,5	1685,5
Zucker (t/mt)	129	130
Kautschuk (kg)	61	62
Wolle (kg)	430	424
Baumwolle (cts/lb)		54,55

Abbildung Dezember; Abblidung November; A-Index Preis Liverpool

TRANSPORTVERSICHERER

Der steigende Außenhandel läßt die Beiträge wachsen

VWD, Hamburg

Die deutschen Transportversicherer rechnen für 1985 mit einem Beitragswachstum von fünf Prozent auf 218 Milliarden Mark. Die jetzt veröffentlichte Prognose stützt sich auf die steigende Tendenz des deutschen Außenhandels, von dessen Konjunktur das Transportversicherungsgeschäft stark abhängt. Wie der Verband der Transportversicherer in Hamburg mitteilt, wird auch die Schadensentwicklung insgesamt noch positiv bewertet.

Außergewöhnliche Großschäden seien bisher ausgeblieben. Wenn sie in den restlichen Monaten des Jahres noch auftreten sollten, hätte das nach Auffassung des Verbands allerdings ein negatives Ergebnis zur Folge. Ausreichende Reserven für solche Schäden seien in den derzeitigen Beitragsätzen nicht kalkuliert.

Bei der Warenversicherung wird für 1985 mit einem Beitragsplus von etwa sieben Prozent gerechnet. Allerdings wird dieses Wachstum hinter dem des Außenhandels wiederum zurückbleiben, da ein bedeutender Teil der Exporte in die weniger schadens-trächtigen und daher mit niedrigen Beitragsätzen belegten Industrienationen geht. Positiv entwickeln sich für die Versicherer nach den weiteren Ausführungen die Beitragsleistungen in der See-Kasko-Versicherung. Hier kämen die weltweiten Bemühungen zur Anhebung der Beitrags-sätze zum tragen.

Die Anzahl und die Höhe der Großschäden liegen in dieser Sparte etwas über dem Niveau des Vorjahres. In der Fluß-Kasko-Versicherung sei das Beitragsaufkommen leicht rückläufig, während sich das Ergebnis weiter zu bessern scheine.

Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen:

0211-130000

Rat und Tat per Telefon. Die Experten der nordrhein-westfälischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung liefern Planungs- und Entscheidungshilfen für Investitionsvorhaben in NRW. Bei allen Fragen der öffentlichen Finanzierungshilfen und der Technologieförderung wählen Sie am besten: 0211-130000.

Sie erhalten bei Errichtung eines neuen Betriebes in Nordrhein-Westfalen Analysen für die Standortwahl; entscheidende Basis-Informationen; Arbeitsmarktdaten; computerisierte Standort-Daten; Kontakte zu Ministerien, Städten und Gemeinden. Wählen Sie: 0211-130000.

Es werden Kooperationen mit Unternehmen und den Zentren von Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen vermittelt. Wählen Sie: 0211-130000. Alle Fragen zur Wirtschaftsförderung in NRW werden schnell, vertraulich, unentgeltlich und vor allem unbürokratisch beantwortet. Wählen Sie: 0211-130000.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH

KAVALLERIESTRASSE 310, 4000 DÜSSELDORF 1, TEL. 0211/13 00 00
POSTFACH 220 209, TELEFAX 8 537 830

ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK

China will Mitglied werden

DANKWARD SEITZ, München

Die Volksrepublik China führt derzeit intensive Gespräche mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), Manila/Philippinen, über eine Mitgliedschaft an diesem 1966 gegründeten internationalen Entwicklungs-Finanzinstitut, dessen Aufgabe es ist, das wirtschaftliche Wachstum und die regionale Zusammenarbeit in Asien und dem Pazifik zu fördern. Dies teilte ADB-Vizepräsident S. Stanley Katz anlässlich der Unterzeichnung einer Anleihe über 200 Mill. DM in München mit. Die Verhandlungen gestalteten sich allerdings wegen der bereits bestehenden Mitgliedschaft Taiwans als recht schwierig. Jedoch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß letztendlich ein Abkommen gefunden werden kann, das „für alle tragbar ist“.

Künftig wird auch die ADB wie schon die anderen beiden multinationalen Entwicklungsbanken – die Weltbank und die Inter-American Development Bank – dazu übergehen, ihre Darlehen für Entwicklungsprojekte in asiatischen Mitgliedsländern nicht mehr mit einem festen, sondern mit einem variablen Zinssatz auszustatten. Die dann halbjährliche Zinsanpassung entsprechend der Marktentwicklung werde nicht nur der ADB eine größere Flexibilität geben, sondern auch sich für die Darlehensnehmer in niedrigeren Kosten

und Zinsen positiv niederschlagen. Die jüngste Emission der ADB (Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 6,5 Prozent, Kurs 99,5 Prozent) ist nach Angaben von Alfred Herrhausen, Vorstandsmitglied der Konsortialführerin Deutsche Bank AG, gut vom Markt aufgenommen worden. Es ist bislang die 18. ADB-Anleihe am deutschen Kapitalmarkt bei einer Gesamtsumme von nun 2,61 Mrd. DM. Davon sind drei Schuldverschreibungen inzwischen zurückgezahlt.

Europas Kapitalmärkte werden nach Ansicht von Herrhausen Asien als die Wachstumsregion der kommenden Jahre immer mehr mit Kapital versorgen müssen. Wenn unsere Wirtschaft an dieser Entwicklung partizipieren wolle, werde es für die Zukunft ganz entscheidend sein, daß diese Region auch an unserem Wachstum teilhaben könne. Asiatisches Wirtschaftswachstum, so auch Kats, hänge untrennbar mit dem der OECD-Staaten zusammen.

Die ADB hat zur Zeit 31 asiatisch-pazifische Länder als Mitglieder und 14 nicht-regionale Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, die mit 750 Mill. US-Dollar am Kapital der ADB von 14,1 Mrd. Dollar beteiligt ist. Bis Ende 1984 förderte die ADB Entwicklungsprojekte mit insgesamt 18,8 Mrd. Dollar hauptsächlich in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

ITALIEN / Mehrere Privatplatzierungen sollen der Staatsholding Iri die Kasse füllen

Teilprivatisierung macht Fortschritte

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Londoner City ist heute Schauplatz der zweiten Privatplatzierung von Aktien italienischer Staatsunternehmen. An der Reihe ist diesmal die von der Staatsholding Iri und ihrer Bereichsholding Stet kontrollierte Telefongesellschaft Sip, die knapp vier Prozent ihres Kapitals zur Zeichnung angeboten hat. Das ausländische Interesse dafür war so groß, daß das Angebot bereits überzeichnet wurde. Der Sip-Operation war vor kurzem die Unterbringung von acht Prozent des Kapitals der von Iri kontrollierten Großbank Banca Commerciale Italiana bei ausländischen Investoren vorausgegangen. Kurz bevor steht die Börseneinführung der Iri-Verkaufsgesellschaft Sirti, für die das Interesse am Mailänder Aktienmarkt bereits sehr groß ist.

Die Platzierung von Kapitalanteilen von Konzerngesellschaften im In- und Ausland entspricht der Strategie der italienischen Staatsholding, die bisherigen Majoritätsquoten abzubauen und sich nach Möglichkeit auf die absolute Mehrheit, knapp über 50 Prozent des Kapitals, zu beschränken. Dahinter steht die Notwendigkeit, die ausgewählten Kassen aufzufüllen und Kapitalmittel für die Finanzierung der Investitionen zu mobilisieren. Allein die Staatsholding Iri will auf diese Weise in nächster Zu-

kunft 3 Mrd. Lire (4,5 Mill. DM) einnehmen. Darüber hinaus hat die Teilprivatisierung den Zweck, das Management der Konzerntüchter stärker zu motivieren und das Ertragsdenken zu fördern. Mit dem Verkauf von Kapitalquoten passen sich die Staatsholdings außerdem dem Gebot der amtlichen Börsenaufsichtskommission an, die den Börsennotierten Anlegern die Möglichkeit eröffnet, mindestens 20 Prozent ihres Kapitals frei am Markt zu halten.

Um dieser Auflage gerecht zu werden, hat die Staatsholding Iri inzwischen begonnen, auch Teile ihrer Kapitalquote der Luftfahrtgesellschaft Alitalia am Markt zu platzieren. Bisher war Iri an dem Alitalia-Kapital mit 99,5 Prozent beteiligt. In den letzten Wochen sollen davon nach Schätzungen Mailänder Börsenexperten bereits über fünf Prozent bei internationalen institutionellen Anlegern untergebracht worden sein. Diese Platzierung bezieht sich vorerst allerdings auf die an der Börse gehandelten stimmrechtslosen Vorzugsaktien, während die nichtnotierten Stammaktien nach Börsenvermutungen erst in einer zweiten Phase drankommen dürften.

Eine verstärkte Teilprivatisierung ist auch im Falle des Mailänder Kreditinstituts Mediobanca (Kontrolle bei der zur Iri-Gruppe gehörenden

Banken, Banca Commerciale Italiana, Credito Italiano und Banco di Roma) vorgesehen, von dem sich schon seit der Gründung der Bank ein kleiner Teil am Markt befindet. In diesem Fall soll die Teilprivatisierung nicht zuletzt auch die Auslandsbeziehungen der Bank fördern.

Das „Going Public“ der italienischen Staatsunternehmen wird durch das seit Monaten andauernde Interesse der in- und ausländischen Anleger für italienische Aktien erheblich erleichtert. Rund 200 ausländische Investoren- und Rentenfonds haben nach offiziellen Schätzungen inzwischen italienische Aktien im Wert von 3000 Mrd. Lire im Portefeuille. Ausgangspunkt dieses Interesses ist nicht zuletzt die Tatsache, daß sich die Nettogewinne der 160 an der Mailänder Börse gehandelten Unternehmen im Jahre 1984 gegenüber dem Vorjahr um 283 Prozent erhöht haben und für 1985 eine weitere kräftige Steigerung erwartet wird.

Zusammen mit den Staatsunternehmen sind es auch immer häufiger private Gesellschaften, die jetzt den Gang an die Börse antreten. Dazu gehören nicht nur die Tochtergesellschaften von Großkonzernen wie Fiat und Olivetti, deren Aktien den Emittenten derzeit geradezu aus den Händen gerissen werden, sondern vermehrt auch mittlere Unternehmen.

FRANKREICH / Konjunkturmotor privater Verbrauch

Wachstum hat sich gefestigt

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris

Die bessere Weltkonjunktur beginnt sich allmählich auch auf Frankreich auszuwirken. Vor allem aus der Bundesrepublik, dem größten Handelspartner, kommen Auftragsimpulse, obwohl der Franc gegenüber der DM immer noch stark überbewertet ist. So können zur Zeit auch die deutschen Exporteure von der französischen Nachfragebelebung profitieren.

Schon vor den großen Ferien hatte die französische Industrieproduktion nach längerer Stagnation wieder zugenommen und zwar in praktisch allen Branchen. Selbst die Bauwirtschaft, die von der Austeritätspolitik der Regierung besonders stark betroffen war, meldete erstmals wieder positive Ergebnisse. Die Expansion der Gesamtwirtschaft blieb im ersten Halbjahr mit 4 Prozent (Jahresrate) allerdings immer noch weit hinter dem internationalen Durchschnitt zurück. Inzwischen hat sich das Wachstum verfestigt. Zwar sind die Zwischenergebnisse für die Ferienmonate Juli und August nicht sehr aussagekräftig, aber die jüngsten Unternehmensbefragungen lassen doch eine fortschreitende Verbesserung der Auftragsentwicklung erkennen. Bei einem erwarteten guten letzten Quartal könnte man nach Wirtschaftsminister Bérégovoy für das zweite Halbjahr auf eine 2,5prozentige Zuwachs-

rate kommen. Die Erholung der französischen Binnennachfrage ist vor allem auf die Zunahme des privaten Verbrauchs zurückzuführen. Zum ersten Mal seit zwei Jahren hatte sich die Kaufkraft der Bevölkerung wieder etwas erhöht und zwar nicht zuletzt dank der in den letzten Wochen wirksam gewordenen Einkommenssteuersenkung.

So meldet der französische Einzelhandel für Juli/August reale Absatzsteigerungen von mehr als fünf Prozent im Jahresvergleich. Besonders stark gefragt waren elektrische Haushaltsgeräte und Bekleidung. Bei den Autos verblieb ein Zulassungsschub von zwei Prozent, von dem allerdings hauptsächlich die Importeure profitierten. Nur bei Lebensmitteln blieb die Nachfrage verhältnismäßig schwach.

Die Auftragslage der Investitionsgüterindustrie – 67prozentiger Zuwachs vom ersten zum zweiten Quartal – ist zwar durch Airbus-Bestellungen stark aufgepoltert worden. Aber die Konjunktur hat auch hier auf breiter Front einschließlich Werkzeugmaschinen angezogen. Das liegt zum Teil daran, daß die Unternehmen ihre zum Jahresende auslaufenden Steuervergünstigungen für Neubestellungen ausnützen wollen, zumal sich ihre finanzielle Lage inzwischen wesentlich verbessert hat.

ALUMINIUM / Ausstoß der europäischen Hütten sinkt

„Kein Kapazitätsabbau nötig“

dpa/VWD, Amsterdam

Die europäische Aluminiumindustrie sieht mittelfristig keinen Anlaß für nennenswerte Reduzierungen ihrer Produktionskapazitäten. Dies machte der neue Vorsitzende des Europäischen Aluminium-Verbandes (EAA), Georges Kervenn, bei der Jahrestagung der Organisation in Amsterdam deutlich. Er hob hervor, daß die Kapazitäten bei Hüttenaluminium in Europa gegenwärtig bei 3,375 Millionen Tonnen liegen. Sie seien damit gegenüber 1981 bereits um 170 000 Tonnen verringert worden. In den kommenden Jahren sei allenfalls mit der Schließung veralteter Kleinanlagen zu rechnen. Kervenn zeichnete ein insgesamt positives Bild von den Aussichten der europäischen Aluminiumindustrie, die technologisch weltweit eine Spitzenposition einnehme.

Er warnte aber vor den Folgen des Auftretens neuer Anbieterländer am Weltmarkt. Diese vornehmlich lateinamerikanischen und arabischen „Newcomer“ hätten ungeachtet einer geringen Inlandsnachfrage umfangreiche Kapazitäten angelegt und seien daher auf den Export angewiesen. Dabei würden Mengen von insgesamt zwischen 1,2 und 1,5 Mill. Tonnen teilweise zu nicht kostendeckenden Preisen in den Markt ge-

drückt. „Wir benötigen Schutz vor diesen Verzerrungen“, betonte Kervenn.

Aluminium steht nach den Worten von Kervenn zwar in einem großen Konkurrenzverhältnis zu Edelstahl und Kunststoffmaterialien, in den Bereichen Verpackungen, Flugzeugbau und Kfz-Bau zeichnen sich jedoch Steigerungen des Aluminium-Einsatzes ab. Knapp die Hälfte der europäischen Produktion von Sekundäraluminium (1,2 Mill. Tonnen) werde als Gußmaterial bereits jetzt von der Automobilindustrie verbraucht. Der Werkstoff Aluminium könne außerdem nahezu endlos und mit vergleichsweise geringem Aufwand wiedergewonnen werden, was bei Kunststoffen und bestimmten Verbundmaterialien nicht der Fall sei.

Die Produktion von Hüttenaluminium der zwölf europäischen EAA-Mitgliedsländer mit insgesamt 18 Unternehmen wird nach Hochrechnungen des Verbandes 1985 um rund fünf Prozent zurückgehen. 1984 hatte sie noch um 5,3 Prozent auf 3,502 Mill. Tonnen zugenommen. Für das 1. Halbjahr 1985 gibt der Verband ein Produktionsvolumen von 1,660 Mill. Tonnen an, was gegenüber dem Vergleichszeitraum von 1984 einen Rückgang um 5,6 Prozent bedeutet.

WELTBANK / Versicherung gegen Investitionsrisiken

Neue Tochter gegründet

H.-A. SIEBERT, Washington

Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern können künftig bei der Weltbank gegen nichtkommerzielle Risiken wie Kriege und Verstaatlichung versichert werden. Die Exekutivdirektoren, die 148 Mitgliedstaaten vertreten, haben die Gründung der „Multilateral Investment Guarantee Agency“ (MIGA) beschlossen. Ausgestattet wird die neue Tochtergesellschaft der internationalen Organisation mit einem genehmigten Kapital in Höhe von einer Mrd. Dollar. Die Charter tritt in Kraft, wenn sie von 20 Parlamenten, darunter fünf Kapitalexporthändern, ratifiziert worden ist.

Die Weltbank rechnet mit der Etablierung der MIGA im kommenden Jahr. Die Reagan-Administration will sich um die Zustimmung des amerikanischen Kongresses bemühen. Zugeworben werden müssen aber mindestens 360 Mill. Dollar. Die Satzung

sieht vor, daß die Teilnehmer das Kapital entsprechend ihren Weltbankanteilen aufbringen. Danach müßten die USA rund 200 und die Bundesrepublik Deutschland 55 Mill. Dollar bereitstellen. Die Masse ist jedoch abrufbares Kapital. Einzahlungen sind nur ein Zehntel in bar und ein weiteres Zehntel in Form eines Schuldcheines.

Ihre Geschäfte wird die MIGA wie andere staatliche und private Versicherungsorgane betreiben. Die Versicherten zahlen Prämien: Schutz wird dafür auch bei Transferverboten und Unruhen, in denen Betriebsvermögen zerstört wird, gewährt. Schon heute versichern 23 westliche Regierungen derartige Investitionsrisiken in Übersee. Die Weltbank erhofft sich von der neuen Tochter eine Belebung der Direktinvestitionen in der Dritten Welt, die seit 1981 von 17 auf acht Mrd. Dollar im Jahr gesunken sind.

RENTENMARKT / Konsolidierungspause

Leichter Anstieg der Zinsen

Die Zinsen sind in der letzten Woche nochmals leicht gestiegen, und die 6,5prozentige zehnjährige KfW-Anleihe, die sich beim Ausgabekurs von 99,75 Prozent mit 6,54 Prozent rentiert, wurde zu einem Flop, weil ihre Konditionen auf ausländische Anleger zugeschnitten sind, die jedoch nur Bundesanleihen kaufen. Ursache des leichten Wiederanstiegs der Zinsen waren Gattstellungen des Be-

rußhandels, der sich durch die höherer US-Zinsen und den zeitweilig deutlich gestiegenen Dollarkurs nervös machen ließ. Der Zinsanstieg in den USA sollte jedoch mit seinem Einfluß auf den deutschen Markt nicht überbewertet werden, zumal da sich am Freitag wieder eine Umkehr anbahnte. Nach Ende der Konsolidierungspause könnten die Zinsen wieder sinken. (cd.)

Emissionen	13.9.85	6.9.85	28.12.84	30.12.83	30.12.82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,98	5,96	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,14	6,09	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,87	5,81	6,56	7,63	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,38	6,38	6,94	8,29	8,24
Kreditanstalten u. Körperschaften	5,96	5,89	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,98	5,93	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,62	6,57	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	5,96	5,89	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,75	6,74	7,20	8,06	8,45

...worauf Sie sich verlassen können:

19. Jahrgang

Nr. 9 München, 15. September 1985 6.50 DM

Industriemagazin

Unternehmen · Märkte · Technologien

High-Tech, hoher Einsatz, harte Methoden – so wurde Georg K. Endress Nummer eins der Branche

Unternehmer nach Maß

Weitere Themen im September:

- Der Krieg der Bausparkassen
- Lohnen sich Immobilienkäufe wieder?
- 75 deutsche Firmen im internationalen Vergleich

GUTSCHEIN

für ein kostenloses Exemplar der aktuellen Ausgabe des Industriemagazin

Name _____
 Straße _____
 Ort (PLZ) _____ W

2. Liga

Zu viele Ausfälle: Fortuna Köln nicht mehr Erster

dpa/DW, Stuttgart
Die führenden Klubs bleiben dicht gedrängt. Im Spitzenspiel der zweiten Fußball-Bundesliga bewies Fortuna Köln bei den Stuttgarter Kickers zwar lange Zeit Können und Abgelenktheit, doch mußte die Mannschaft letztlich ihre Tabellenführung abgeben. Stuttgart zog mit den Kölnern, die acht Verletzte Spieler beklagen, nach Punkten gleich.

Nach nervösem Beginn nutzten die Gastgeber mit geschickten Kontern den freien Raum, den ihnen die offensiven Kölner ließen und gewannen deutlich mit 3:0. Stuttgart bleibt damit zu Hause ungeschlagen, Fortuna Köln erlitt seine erste Auswärtsniederlage. 5000 zufriedene Zuschauer sahen ein gutes Spiel mit zahlreichen Torsenen, nachdem beide Teams den Respekt voreinander abgelegt hatten.

Beim Berliner Lokalderby zwischen Hertha BSC und Tennis Borussia (3:0) mußte am Samstag unmittelbar nach dem Spiel im Olympiastadion ein Zuschauer mit einer blutenden Kopfverletzung in das Krankenhaus Westend eingeliefert werden. Dort habe der Mann, wie aus der Klinik zu erfahren war, während und nach der Behandlung randaliert und habe das Krankenhaus auf eigene Verantwortung wieder verlassen. Die Verletzungen seien aber offensichtlich nicht allzu schwer gewesen.

Wie ein Berliner Sicherheitsfunktionär mitteilte, habe sich der Zwischenfall im Stadion ereignet, als zahlreiche Hertha-Anhänger in ihrem Kurvenblock die siegreichen Spieler bei deren Ehrenrunde feiern wollten. Der betreffende Zuschauer habe offenbar versucht, über die Umrandung auf das Spielfeld zu klettern. Dabei sei er über die Plastik-Umrandung gefallen und mit dem Hinterkopf auf die Betonmauer des Grabens aufgeschlagen, der die Zuschauerreue vom Spielfeld trennt.

Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen stehe der Zwischenfall jedoch in keinem Zusammenhang mit den Mängeln im Olympiastadion, die die „Stiftung Warentest“ kürzlich bei einer Überprüfung zur Sicherheit im Falle einer Panik festgestellt hatte. Das Bauaufsichtsamt Charlottenburg hatte nach einer weiteren Überprüfung 14 Zuschauer-Blöcke gesperrt.

DIE ERGEBNISSE

Osnabrück - Karlsruhe	0:1 (0:1)
Oberhausen - Bielefeld	2:2 (0:1)
Aachen - Darmstadt	1:1 (0:0)
Hertha BSC - TB Berlin	3:0 (2:0)
Aachen - Bayern	2:1 (0:0)
Stuttgart - Köln	3:0 (1:0)
Duisburg - Wattenscheid	1:1 (0:0)
Freiburg - BW Berlin	1:2 (1:2)
Braunschweig - Homburg	0:1 (0:0)
Solingen - Kassel	2:1 (0:0)

DIE TABELLE

1. Stuttgart	9	5	2	2	18:10	12:6
2. Köln	9	5	2	2	18:13	12:6
3. Bielefeld	9	5	2	2	16:11	12:6
4. Wattenscheid	9	5	2	2	15:13	12:6
5. Karlsruhe	9	4	3	2	13:10	11:7
6. Homburg	9	5	0	4	18:10	10:8
7. Darmstadt	9	3	4	2	15:10	10:8
8. Kassel	9	5	0	4	15:11	10:8
9. Aachen	9	3	4	2	13:9	10:8
10. Solingen	9	3	4	2	12:15	10:8
11. Braunschweig	9	3	3	3	17:12	9:9
12. BW Berlin	9	3	3	3	14:11	9:9
13. Oberhausen	9	3	3	3	9:12	9:9
14. Aachen/B.	9	4	0	5	12:17	8:10
15. Hertha BSC	9	2	3	4	18:19	7:11
16. Osnabrück	9	1	5	3	10:12	7:11
17. Bayern	9	1	5	3	12:21	7:11
18. TB Berlin	9	2	2	5	13:17	6:12
19. Freiburg	9	1	2	6	10:15	5:13
20. Duisburg	9	1	2	6	6:15	4:14

DIE VORSCHAU

Freitag, 20. 9., 11.45 Uhr: Bayern - Freiburg, 12.30 Uhr: Köln - Oberhausen - Samstag, 21. 9., 15 Uhr: TB Berlin - Solingen, 15.30 Uhr: Darmstadt - Duisburg, Kassel - Stuttgart - Sonntag, 22. 9., 15 Uhr: BW Berlin - Hertha BSC, Bielefeld - Braunschweig, Homburg - Aachen, Wattenscheid - Osnabrück - Dienstag, 24. 9., 19 Uhr: Karlsruhe - Aachen/Berlin.

MOTORSPORT / Regenspezialist Ayrton Senna im Stil eines Weltmeisters Sieger im belgischen Spa

Alain Prost fast nicht mehr einzuholen, nur noch Michele Alboreto kann ihn gefährden

dpa/Sid, Spa-Francorchamps
Der Große Preis von Belgien hatte gleich zwei Sieger: den Brasilianer Ayrton Senna auf Lotus-Renault, der ein großes Rennen fuhr und den 13. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft überlegen gewann, und den Franzosen Alain Prost. Der 30-jährige McLaren-Forscher-Pilot fuhr nach dem frühen Ausscheiden seines italienischen Rivalen Michele Alboreto auf Ferrari ganz auf Taktik. Sein dritter Rang hinter dem Williams-Honda-Fahrer Nigel Mansell (England) brachte den Vize-Weltmeister seinem ersten Titelgewinn erneut näher. Drei Rennen vor Schluss baute Alain Prost mit 69 Punkten seinen Vorsprung auf den in der vierten Runde ausgeschiedenen Alboreto auf 16 Zähler aus.

Das bedeutet: Prost kann den Titel bereits am 19. Oktober in Brands Hatch sichern. Nämlich dann, wenn der Franzose zwei Punkte mehr gewinnt als Alboreto. Ayrton Senna, der mit 32 Punkten nun an dritter Stelle liegt und damit seinen Teamkollegen Elio de Angelis (Italien/31) auf den

vierten Rang verdrängt, ist bereits chancenlos. Allerdings präsentierte sich der 25-jährige Brasilianer im Stil eines Weltmeisters der Zukunft. In seinem 27. Grand Prix übernahm Senna bereits beim Start die Führung und gab sie nicht mehr ab. Wie schon bei seinem ersten Formel-1-Erfolg in Estoril (Portugal) erwies sich der Südammerikaner als ein Regen-Spezialist, der mit der glatten, nassen Piste am besten zurechtkam. Das heftigste Duell lieferten sich die beiden Williams-Honda-Piloten Mansell und Keke Rosberg (Finnland). Es war erst entschieden, als Rosberg bei einer Attacke auf den vor ihm liegenden Mansell von der Piste abkam und einen Reifenschaden an der Box bebiehen mußte. So mußte der Finne mit dem vierten Rang vorlieb nehmen.

Das 296,807 km lange Rennen über 44 Runden (6,94 km) auf der längsten und wohl schwierigsten Formel-1-Strecke wurde zu einem Reifen-Roulette. Obwohl das Wetter nach stundenlangem Regen kurz vor dem Start

aufklarte, entschieden sich alle Rennställe noch für Regen-Reifen. Zwischen dem vierten und zehnten Runde hatten dann bei Abtrocknen der Strecke alle Piloten Trockenreifen aufziehen lassen. Erneute Regenfälle auf Teilschnitten des bergigen Kurses, bei dem in der Waldkurve Spitzengeschwindigkeiten von fast 300 km/Std. erreicht wurden, führten zu schwierigen Verhältnissen, ohne daß es jedoch zu einem schweren Unfall gekommen wäre.

Für den Münchner Christian Danner endete die Premiere in der Formel 1 vorzeitig. Der als 22. mit seinem Zehnspeid ins Rennen gegangene 27-jährige mußte nach einem Getriebeschaden in der 18. Runde seinen Wagen an der Box abstellen. Zum Zeitpunkt des Ausscheidens lag Danner auf dem 19. Platz. Wegen eines klemmenden zweiten Ganges hatte er noch unmittelbar vor Beginn in das Ersatzauto umsteigen müssen. „Es hat mir Spaß gemacht. Die Umstellung auf die Formel 1 war gar nicht so groß“, sagte Danner.

Im Streit um Südafrika will die Formel 1 standhaft bleiben. In Spa verkündete Jean-Marie Balestre, der Präsident des Automobilsport-Weltverbandes FISA: „Der Grand Prix in Kyalami steht als fester Termin im WM-Kalender und findet statt.“ Der Franzose gab damit den Beschluß des übergeordneten Automobil-Weltverbandes FIA wieder, dessen Präsident Paul Alfons Fierlhaber ebenfalls mit Nachdruck eine Durchführung des Rennens verlangt hatte.

FIA und FISA widersetzten sich damit den Protesten zahlreicher Regierungen, die die Fahrer aufgefordert hatten, auf einen Start in Südafrika zu verzichten. Der französische Sportminister Alain Calmat und der brasilianische Außenminister Olavo Setubal hatten sich nachdrücklich für eine Absetzung oder Verlegung des Rennens ausgesprochen.

Sollte es zu einem von Regierungen verordneten Boykott kommen, wären nach dem derzeitigen Stand mindestens zehn der 26 Piloten und acht von 15 Teams betroffen.

TENNIS / Weissenhof-Turnier in Stuttgart

Ivan Lendl hatte es eilig, Sieg im Schnelldurchgang

dpa, Stuttgart
Ivan Lendl kam, sah und siegte. Der 25-Jährige Weltangstige-Einsteiger gewann im Schnelldurchgang das Finale des 69. Internationalen Tennis-Turniers des TC Weissenhof-Stuttgart. Im Endspiel ließ Lendl dem Amerikaner Brad Gilbert vor 4100 Zuschauern in nur 69 Minuten mit 6:4, 6:0 keine Chance.

Damit sicherte sich Lendl neben dem Preisgeld von 63.200 Mark auch 60 Punkte für die Welt Rangliste. Der 24-jährige Kalifornier, der mit seinem Halbfinal-Sieg am Samstag über den am Nummer zwei gesetzten Tomas Smid ein rein tschechoslowakisches Finale verhindert hatte, konnte sich mit 31.600 Mark und 45 ATP-Punkten trösten. Insgesamt dauerte Lendls Auftritt genau fünf Stunden.

Daß der Welt Rangliste-Einsteiger ausgerechnet in der schwäbischen Hauptstadt auftauchte, begründete der Tschechoslowake mit seiner Vorliebe für deutsche Autos. Lendl besitzt zwei VW-Porsche, mit dem berühmten Stern aus Unterfranken und einen Sportwagen aus Zuffenhausen. Kein Wunder, daß ihm an Deutschland „die Autobahn am besten gefällt“.

Die Nummer eins in der Welt machte den mit 117.000 Dollar dotierten Grand Prix zu einer Ein-Mann-Show. Angesichts zahlreicher Absagen, die das Niveau des Turniers erheblich drückten, war die Überlegenheit des Tschechoslowaken so groß, daß es sich der 25-jährige sogar erlauben konnte, seinen Absteher nach Deutschland für zahlreiche PR-Aktionen zu nutzen.

Enttäuscht wie die Kluft, die sich zwischen Lendl und dem Rest des Feldes auftrat, war auch das Abschneiden der deutschen Davis-Cup-Spieler. Michael Westphal (Neuss) und Hansjörg Schwabe (München) scheiterten bereits im Achtelfinale. Andreas Maurer (Neuss) schied im Viertelfinale ohne große Gegenwehr aus. So wurde Udo Riglewski (Stuttgart), der mit einer Wild Card in die Qualifikation gekommen war und erst im Viertelfinale nach hartem Kampf gegen Tomas Smid unterlag, zur Entdeckung des Turniers. Der 19-jährige, der vor Jahren in Leipzig mit Boris Becker trainierte, will künftig für Neuss spielen und professionell in den Grand Prix einsteigen.

LEICHTATHLETIK / Sportfest in Seoul

Wolfgang Zinser besiegte Dreisprung-Olympiasieger

dpa/Sid, Seoul
Der in diesem Jahr überraschend auf 16,93 m verbesserte Dreispringer Wolfgang Zinser aus Kornwestheim feierte in der künftigen Olympiastadt Seoul einen überraschenden Erfolg: Der 21-jährige schlug den Goldmedaillengewinner von Los Angeles, mit 16,43 m lag Zinser sieben Zentimeter vor dem Amerikaner Al Joyner.

Eine ähnliche Überraschung wäre beinahe auch einer deutschen Athletin geglikt. Ein knapper Meter fehlte im Speerwerfen Ingrid Thysen aus Leverkusen zum Sieg über Weltmeisterin Tina Liljak aus Helsinki. Mit 63,56 m unterlag die sechs malige deutsche Meisterin der mit 64,50 m erfolgreichen Finnen.

Für die beste Leistung in Seoul sorgte allerdings Mary Decker-Slane. Die wiederum mit der Absicht, Weltrekord zu laufen, angelegte Doppel-Weltmeisterin aus den USA gewann die 800 m in 1:58,09 Minuten. Überraschend war auch ihr Landsmann Carl Lewis im Start, der eigentlich beim internationalen Brisseler Sportfest Ende August die Saison beendet hatte. Der viermalige Olympiasieger gewann

den 100-m-Vorlauf in 10,29 Sekunden. Mit diesem Rennen hatte Carl Lewis erneut demonstriert, daß er für jede Überraschung gut ist. Erst elf Stunden vor Beginn der Veranstaltung war er unangekündigt in Seoul eingetroffen. Als Carl Lewis dann nach seinem Sieg im Vorlauf zum Start im Finale aufgerufen wurde, erklärte er, er sei nur auf einen Einsatz eingerichtet, nicht etwa gleich auf zwei Läufe an einem Tag. Daraufhin ließen die Organisatoren das Finale ausfallen und verteilten Medaillen an die ersten drei der drei Vorläufe.

In seinem saarländischen Heimatort Wemmersweiler schiederte Christoph Sahner (TV Wattenscheid) den Hammer bei einem Werfer-Sportfest zum zweiten Mal in seiner sportlichen Karriere über die 80-m-Marke. Der ehemalige Junioren-Europameister blieb mit 80,18 m um 138 Zentimeter hinter seinem deutschen Rekord zurück. In diesem Leistungsbereich muß er im nächsten Jahr beständiger werden, meinte sein Trainer Karl-Hans Riehm.

SPORT-NACHRICHTEN

Golf: Titelverteidiger

vorzeitig ausgeschieden
Dortmund (GAB) - Beide Titelverteidiger schieden bei der Nationalen Deutschen Meisterschaft der Golfamateure in Dortmund vorzeitig aus. Martina Koch (Hannover) schon im ersten Lochspiel im Achtelfinale in der Verlängerung auf dem 19. Grün sensationell gegen die 15-jährige Martina Fischer (Bad Nauheim). Die 20-jährige Hannoveranerin, die auch amtierende Internationale Deutsche Meisterin und Deutsche Juniorenmeisterin ist, führte nach 12 Löchern schon mit 5 auf Vorjahresmeister Andreas Stamm (Braunschweig) unterlag im Viertelfinale dem Deutschen Jugendmeister Sven Strüver (Hittfeld) knapp mit 1 Nieder.

Kanada nach Mexiko

Ottawa (dpa) - Durch einen 2:1-Erfolg über Honduras hat sich die kanadische Fußball-Nationalmannschaft als achtes Land für die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko qualifiziert. Die Kanadier nehmen zum ersten Mal an einer WM teil.

Kling wird 75 Jahre alt

Stuttgart (dpa) - Karl Kling, in den 50er Jahren ein Idol des deutschen Automobilsports, wird heute 75 Jahre alt. Kling war als Rennfahrer ein Allround-Talent und errang internationale Erfolge als Motorradfahrer wie auch im Rallyesport und in Grand-Prix-Rennen. Er gehörte zum Team der legendären „Silberpfeile“ von Daimler-Benz.

Glahn ist Präsident

Mainz (sid) - Klaus Glahn (43), der renommierteste Judoka Deutschlands, wurde bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Mainz zum Präsidenten des Deutschen Judo-Bundes (DJB) gewählt. Glahn hatte nach dem Rücktritt des Präsidenten Klaus-Jürgen Schulze bereits im Juni kommissarisch die Führung des Verbandes übernommen. Zuvor amtierte er als Vizepräsident und war Manager des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig.

Votum gegen Südafrika

Berlin (sid) - Das Präsidium des Deutschen Turner-Bundes (DTB) hat sich auf einer Sitzung in Berlin, angesichts der Fortsetzung der Apartheidspolitik gegen jeglichen Sportverkehr mit Südafrika ausgesprochen. Noch im August war eine Turngruppe aus Schleswig-Holstein nach Südafrika gereist.

Cautheon gewann ST. Leger

Doncaster (dpa/WUP) - Steve Cautheon (USA) gewann auf Oh so sharp

das mit umgerechnet 400 000 Mark dotierte St-Leger-Galopprennen (2,181 km). Cautheon gewann schon den vierten von fünf Klassikern in dieser Saison. Das war zuletzt 1970 dem Engländer Lester Piggott gelungen, der jetzt auf Langfarn nur Dritter unter sechs Teilnehmern wurde.

Glückwünsche für Schön

Bonn (dpa) - Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gehörten zu den Gratulanten, die dem ehemaligen Fußball-Bundestrainer Helmut Schön zu dessen 70. Geburtstag Grüße übermittelten. Weizsäcker nannte Schön „ein Vorbild für junge Menschen“, und Kohl dankte im Namen der „ungezählten Fußballfreunde in unserem Land, zu denen auch ich mich zähle“.

Tödlicher Radunfall

Gras (sid) - Der Österreicher Norbert Huber (23) starb bei einem Unfall auf der fünften und letzten Etappe der Steiermark-Rundfahrt für Radamateure. Huber, der vor zwei Wochen mit dem achten Platz bei den Weltmeisterschaften den größten Erfolg seiner Karriere errang, erlitt tödliche Kopfverletzungen, als ein jugoslawischer Motorradfahrer bei einer Tunneldurchfahrt in die Spitzengruppe raste.

Anne: Nun Galoppreiterin

Goodwood (sid) - Als Galoppreiterin betätigt sich neuerdings die englische Prinzessin Anne (35). Nach ihrer Laufbahn als Militärreiterin (Europameisterin 1971 und EM-Zweite 1976) belegte sie nun in Goodwood in einem Galopprennen für Amateure über eine Meile auf Little Sloop den sechsten Platz.

HSV umwirbt Kranjcar

Wien (sid) - Der jugoslawische Stürmer Zlatko Kranjcar (28) vom österreichischen Tabellenführer Rapid Wien wird vom Hamburger SV umworben. Laut Kranjcar bietet der HSV als Ablösessumme 800 000 Mark, doch Wien verlangt angeblich mehr. Kranjcars Vertrag bei Rapid endet am 15. Dezember.

Innsbruck will Müller

Innsbruck (sid) - Der frühere Stuttgarter Fußball-Nationalspieler Hansi Müller hat bei Wacker Innsbruck bisher einen so guten Eindruck hinterlassen, daß der österreichische Klub den Spielmacher für 600 000 Mark von Inter Mailand kaufen will. Bislang ist Müller nur für eine Gebühr von 200 000 Mark für eine Saison ausgeliehen. Dank eines von Müller ausgeliehenen Banks kann sich Innsbruck den Kauf leisten.

Der Weltmeister Karpow kommt immer besser in Form: Er ging 3:2 in Führung

LUDEK PACHMANN, Bonn

Es gibt keinen Zweifel mehr: Weltmeister Anatoli Karpow befindet sich bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau zweifelsohne in einer Gegenoffensive, die er mit hervorragender Form bewältigt. Karpow hat nach der 5. Partie die Führung übernommen. Herausforderer Garri Kasparow hatte gestern in Moskau die 5. Partie aufgegeben. Damit ging der Weltmeister in dem auf 24 Begegnungen angesetzten Titelkampf mit 3:2 in Führung. Schon nach dem Sieg in der 4. Partie, die noch bis zum 63. Zug am Freitagabend fortgesetzt worden war, hat Karpow wieder einmal seine große Kunst im positionellen Manövrieren bewiesen.

Wahrscheinlich war es ein Fehler von Kasparow, daß er nach schwierigen Analysen der abgebrochenen 4. Partie, nach der ziemlich langen

Fortsetzung dieses Kampfes und nach einem für ihn ungünstigen Resultat keine Auszeit beantragte. So konnte er nur anerkennen, was nicht zu ändern war. Bei einer eingehenden Analyse war Kasparow denn auch gemeinsam mit seinen Beratern zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Wiederaufnahme ohne eine Chance auf Remis wäre.

Deshalb noch einmal zurück zur 4. Partie, die Karpow ebenfalls gewinnen konnte. Denn damit glied der Weltmeister bereits auf 2:1 aus. Die 4. Partie war am letzten Donnerstag nach dem 40. Zug abgebrochen worden. Die Chancen, auch nur ein Remis zu erreichen, waren für Herausforderer Kasparow von den meisten Experten in Moskau bereits beim Abbruch als minimal eingeschätzt worden.

Bei der 5. Partie, die nach dem 41. Zug am Samstag in Moskau

Tschakowski-Konzertsaal abgebrochen wurde, besaß Weltmeister Karpow, der die schwarzen Steine führte, zur Zeit des Abbruchs eine Mehrbauern. Kasparow hatte die spanische Eröffnung gewählt.

Hier die Analyse und der Kommentar zu den 41 Zügen dieser Partie.

5. Partie: Kasparow (weiß) - Karpow (schwarz), Spanische Eröffnung:

1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.f4-e5, 6.f4-e5, 7.Lb3 d6, 8.e3 0-0, 9.h3 Lb7

Kasparow wechselte also zum Eröffnungszug 1.e4. Weltmeister Karpow belief einem von ihm in vielen Partien angewandten Aufbau treu, der gegenwärtig als die stärkste Verteidigung im „geschlossenen System“ gilt.

10.f4 Te8, 11.Sbd2...

Wirkungslos bleibt der Vorstoß 11.Sg5 wegen T8, und Weiß hat nichts Besseres als den Rückzug 12.Sg3. Falls nämlich 12.f4 erfolgt wäre, folgt exf4, 13.Lc4 Sd5, 14.Lc2 Sd6!

11...Ld7, 12.a4 Dd7, 13.axb5 axb5, 14.La7 Lxb8, 15.d5 Sd5, 16.La2 e6, 17.b4 (...).

Nach diesem Vorstoß bekommt Weiß vorübergehend mehr Raum am Damenflügel. Aber seine Position wird dort auch geschwächt. Kasparow entschied sich auch in den nächsten Zügen für ein scharfes Vorgehen, das aber durch ein präzises Spiel des Weltmeisters widerlegt wird.

17...Sd7, 18.a4 (?) Te8 (!), 19.Lc2 Dc6, 20.e5 Sd6 (!)

Deckt den Punkt f7, der vom weißen Springer leicht angegriffen werden könnte von den Feldern g5 oder e5. Deshalb ginge auch

20...dxc5? nicht - wegen 21.Sxe5. Nun würde nach 21.cxd6 Lxd6 der Bauer b4 schwach bleiben. Die ungünstige Folge des 17. Zugs von Weiß! Kasparow versucht es jetzt mit scharfen Komplikationen, die sich jedoch als günstig für Schwarz erweisen werden.

21.Lb2 dxc5, 22.bxc5...

Verlockend sieht 22.Sxe5 aus, da nach folgt jedoch Da5, nebst cxb4 oder c4 mit klarem Vorteil für Schwarz.

Plötzlich gerät Weiß in Schwierigkeiten. Nach 22.Da1 wäre ebenfalls Sc5 stark - es droht Sd3. Offenbar am besten wäre 22.Db1, um den Bauern e4 und auch das Feld d5 zu decken.

22...Dxc5, 23.Lc6 Sd7 (!), 24.Lb2 Db4 (!)

Erzwingt den Bauerngewinn, da 23.Sxc5? nach Dxb2 eine Figur kosten würde.

26.La1 Lxe4, 27.Sf6d...

Nicht besser wäre 27.Sxc5 Lxc5 usw.

27...Sd7, 28.Dc2 Sd6, 29.Sxe5 Dxc5, 30.Dg4 Te8, 31.Td1 Lg6, 32.Df4 Db4, 33.Dc2 Ld4, 34.Tel Da5, 35.Lb3 Da3, 36.Db5 b4

Seinem Stil getreu - vielleicht aber auch in Zeitnot - wählt Schwarz die einfachste Fortsetzung, mit der er seinen starken b-Bauern behält. Nach 36...xg2 37.Tre8 Sd8, könnte 38.S5 folgen, mit der Drohung 39.Sb6.

37.Te3 Lg6, 38.Tre8 Dre8, 39.Dc4, 40.Ld5 Sc5, 41.Sb3 Abgebrochen.

In dieser Position hat Weltmeister Karpow seinen nächsten Zug abgegeben. Mit einem völlig gunden Mehrbauern ist die Position objektiv für ihn gewonnen. Kasparow mußte das einsehen.

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h.
Hermann Bay

* 3. 11. 1901

† 4. 9. 1985

Anna Dorothea Bay geb. Jarkoff und Familie

Trauerfeier am 20. 9. 1985, 11.45 Uhr, Halle C des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

DAS EREIGNIS DES MONATS:

Die Eröffnung der ersten Ausstellung über die Stadt Ploiești in Köln durch seine königliche Hoheit

PRINZ SALMAN

BIN ABDULAZIZ AL SAUD

GOUVERNEUR DER HAUPTSTADT

VON SAUDI-ARABIE

Das Ereignis in RADIO ORIENT PARIS

AM 16., 17. und 18. September

UM 21h auf 104, 30 MHz.



Werkleiter in Berlin?

Wenn Sie als Werkzeugmacher ausgebildet sind, wenn Sie Kunststoff- oder Fertigungstechnik studiert haben, bringen Sie gute Voraussetzungen mit. Es geht um Kunststoff-Spritzteile für elektronische Geräte. Dafür sollen Sie die betrieblichen Abläufe organisieren und die 80 Mitarbeiter motivieren.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 21. September, im großen Stellenausschreibung der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufschancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Büro-Flüge
WFL-AR 0072 Direktflüge

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Verleger: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Redaktion: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Vertrieb: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Abonnenten: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Druck: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Verlag: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Vertrieb: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Abonnenten: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Druck: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Verlag: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Vertrieb: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Abonnenten: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Druck: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Verlag: Axel Springer Verlag AG, Berlin

Vertrieb: Axel Springer Verlag AG, Berlin

MEHR WERT ALS SIE KOSTET. DIE GROSSE PROGRAMMZEITSCHRIFT.

Pankraz, Vitzliputzli und die Ehe à quatre

Pankraz beglückwünscht den Münchner dtv-Verlag zu seiner jüngsten Größt, dem Nachdruck von Schopenhauers handschriftlichen Nachlaß nach der noch von Arthur Hübscher erarbeiteten Gesamtausgabe. Es handelt sich um ein drucktechnisch hervorragendes Konvolut, sechs Bände in elegantem Schuber, viele tausend Seiten, die den Käufern das Gefühl geben mögen, nun aber auch wirklich alles was von dem Philosophen schriftlich überliefert ist, in der Hand zu halten.

Verleger Heinz Friedrich startete mit dem „Schopenhauer“ innerhalb kurzer Zeit schon zum zweiten Mal ein recht riskantes Unternehmen. Der erste Schlag, die Herausgabe des Grimmschen Wörterbuchs im vorigen Jahr, erwies sich als Knüller. Der Verlag kam voll auf seine Kosten. Ob das jetzt auch wieder der Fall sein wird, darf man indes bezweifeln. Ein Wörterbuch nehmen ja viele gern zur Hand, wer aber, außer einigen verblassten Schopenhauer-Freaks, möchte sich schon in den Wust privater, arbeitstechnischer Denker-Notizen vertiefen, da man doch das geistige Substrat von alledem in souverän geordneten und gut zu lesenden Hauptbüchern genießen kann!

Anderserseits: Wir leben in einer Zeit des Sammelns und des Aufbewahrens. Die Archive und Museumsdepots platzen aus den Nähten; wahrscheinlich ist vieles von dem, was da archiviert wird, bloßer Müll. Aber die Verluste im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und diverse kulturrevolutionäre Wellen mit ihrer Verachtung von Geschichte und Überlieferung haben uns eben empfindlich gemacht für den eventuellen Wert von Relikten aller Art.

Hinzu kommt ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegenüber offiziellen Verlautbarungen und öffentlichen Posen. Wir möchten neuerdings immer wissen, was „dahintersteckt“, wir glauben einfach nicht mehr, daß eine Berühmtheit in „Wirklichkeit“ so ist, wie sie sich uns präsentiert. Also ist das Schmelzen in Nachlässen, besonders in ungedruckten und nicht zur Veröffentlichung bestimmten, eine der größten Freuden der Gegenwart geworden. Ganze Regimenter von freischaffenden Archivwurmern mit speziell trainiertem Spürsinn stehen dafür in Bereitschaft, und sie möchten bedient werden.

Im Falle Schopenhauers gibt es übrigens kaum etwas zu entdecken oder auch nur neu zu entdecken. Der Mann hat all sein Geschriebenes noch zu Lebzeiten seinem Lieblingschüler Julius Frauenstädt übergeben, mit dem Bedenken, daß dieser es später ruhig veröffentlichte. Doch beachtend, daß Frauenstädt nur einen verhältnismäßig schmalen Auswahlpunkt publiziert. Das übrige erhielt nach seinem Tod die Königl. Bibliothek in Berlin, ein Teil verbrannte später bei Bombenangriffen, das andere kam zur Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Erst eine auf Nachlässe so gierige Zeit wie die unsrige und ein so penibler Nachbahrwahrer wie Arthur Hübscher mußten kommen, um die Papiere endlich in toto ans Licht der Öffentlichkeit zu heben.

Doch nicht nur die Bombenangriffe, sondern auch schon die (Nach-)Lässigkeit Frauenstäds und der Berliner Archive haben das Corpus reduziert. Trotz seines

Pankraz



Schopenhauer-Schmerz: Szenen aus Schopenhauers neuem Film

Abenteuerkino mit psychologischen Kammerspiel-Elementen und einer Prise absurder Komik. Eine allzu subtile Suche nach den Motiven kann man ihm nicht vorwerfen (wofür es eine satte Entschädigung in der Schlußbeichte gibt). Sein Kalifornien ist eine Oberfläche und kann eigentlich nur Abstraktionen produzieren. Differenziert als die Gesellschaft zeigt er das oft kuriose Verhalten der beiden verwöhnten Kinder, die unverblümt den Stachel gegen jede Autorität lokalisieren, ob die nun von Eltern, Watergate-Politikern oder düsteren Apparatschiks verkörpert wird. Timothy Hutton (Chris) läßt dabei recht eindrucksvoll jene Verblüffung spüren, die aus der Enttäuschung resultiert. Sean Penn (Dauton) zeigt eine explosive Ausdruckskraft, die an Marlon Brando Anfangs gemaßt. Mindestens um dieser beiden Darsteller willen ist der Film sehenswert.

DIETMAR BITTRICH

Gedenkblatt für einen großen Bühnenmann: John Gay, der Ahnherr von Brechts „Dreigroschenoper“

Schäferspiele mit Huren und Räubern

Man feiert das Bach- und das Händel-Jahr, aber kaum jemand hat bisher realisiert, daß wir 1985 auch ein „John-Gay-Jahr“ haben. Dabei haben bestimmt viele, die um 1720 in London „Händel“ sagten, stets auch John Gay im Sinn gehabt (und umgekehrt). Händel und Gay – das waren die führenden künstlerischen Größen der Zeit in der Themsestadt. Sie waren rasend eifersüchtig aufeinander, setzten sich mit Intrigen zu. Historisch gesehen zog Gay schließlich den kürzeren, aber ein kleines Gedenkblatt für diesen großen Bühnenmann ist allemal fällig.

Lange Zeit galt der heutige 16. September vor 300 Jahren als gesichertes Datum seiner Geburt. Es war aber nur sein Taufdatum. Das Licht dieser Welt erblickte John Gay bereits am 30. Juni, und zwar in Barnstable in der Grafschaft Devon. Der Knabe war noch nicht zehn Jahre alt, da starben seine Eltern; ein Onkel nahm sich seiner an und sorgte dafür, daß er eine Lehre bei einem Londoner Seidenhändler absolvierte. Doch im Umgang mit dem feinen Tuch vermochte der junge Mann kein Ventil für seinen Witz und seine Ironie zu finden.

Früh schon hat er sich der Pastoralen, des Schäferspiels, angenommen – um es zu parodieren. „Was haltet Ihr von einem Schäferspiel, in dem Huren und Räuber die Hauptpersonen sind?“ fragte Jonathan Swift im Jahre 1718 seinen Freund Gay. Und der griff die Anregung auf. Zwar verwirklichte er die Idee erst zwölf Jahre später – zuvor schrieb er noch mehrere Farce und sogar für seinen späteren Konkurrenten Händel das Libretto zu „Acis und Galatea“ – aber als Gay's „Beggars Opera“ am 29. Januar 1728 im Lincoln's Inn Fields Theatre Premiere hatte (der Direktor des Londoner Drury Lane Theaters, Colley Cibber, hatte sich geweigert, das Stück in seinem Haus aufzuführen), da wurde sie sofort zum ersten und gleichzeitig zu einem der gewaltigsten „coups de théâtre“, den das Abendland erlebt hat.

Hier war eine Satire, die nach allen Richtungen ausschlag. Sie parodierte die literarische Gattung des Schäferspiels, sie machte sich über den Händelschen Opernwitz lustig, sie entlarvte die doppelte Moral der sogenannten guten Gesellschaft, und sie spitzte Gift gegen zeitgenössische Politiker. In der Figur des Bettlers Macheath vereinigten sich der



Neben Händel der Großunterhalter: John Gay, der vor 300 Jahren geboren wurde

Schurke Jonathan Wild, der 1725 gehängt worden war, und Premierminister Robert Walpole, der 1720 in einen riesigen Aktienschwindel verwickelt war. Fikantweise saß Walpole unter den Gästen, die die Uraufführung der „Bettleroper“ erlebten. Der Premierminister, im gleichen Jahr, auf Politikerweise: Er ließ eine Fortsetzung des Werkes, „Polly“, verbieten.

Nicht Götter, Heroen, Könige und Gestalten aus der Fabel und Mythik standen bei Gay im Mittelpunkt, sondern Vertreter aus dem Bodensatz der Gesellschaft. Und der Autor war unverschämte genug, zu zeigen, daß sie sich in ihrem Umgang untereinander, in ihren Schwindeln und in ihren Intrigenspielen im Grunde durch nichts von der „high society“ unterschieden. Gesprochen wurde in derbsten Alltagssprache, durchsetzt mit Kraftausdrücken und sexuellen Anspielungen, und die musikalischen

„Airs“ waren zum größten Teil Gasenhauer, die nur einen neuen Text erhielten. Und ganz nebenbei schuf er mit seiner „ballad opera“ ein neues Dauer-Genre der Kunst, das sich, wie die Oper, bis in die Gegenwart erhalten hat: nicht nur die „Dreigroschenoper“ von Brecht/Weill, die genau 200 Jahre nach ihrem Vorbild uraufgeführt wurde, schloß ja aus Gays Erfindung, sondern auch das moderne amerikanische Musical, in dem man Spuren der „ballad opera“ des 18. Jahrhunderts entdecken kann.

Swift schrieb in seiner Kritik zur „Beggars Opera“: „Diese Komödie prangert sehr zu Recht die unnatürliche Vorliebe für die italienische Musik an, die uns mit italienischer Verweichlichung und italienischem Unsinne übersättigt und die sich überhaupt nicht mit unserer nordischen Klima und dem Geist unseres Volkes verträgt.“

Deutschlands Beitrag zum Europäischen Jahr der Musik: das „Internationale Musikfest“ in Stuttgart

Entdeckungsreise auf lilafarbenen Notenlinien

Neun Tage lang wird jetzt die baden-württembergische Landeshauptstadt zur deutschen Musikmetropole umfunktioniert. Sie ist Gastgeberin des „Internationalen Musikfestes“, Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum „Europäischen Jahr der Musik“. 400 Jahre Schütz, 300 Jahre Bach, Händel und Scarlatti sowie 100 Jahre Alban Berg – diese runden Geburtstage waren der Anlaß für die weitreichende künstlerische Initiative des Europarats. Mit der Organisation wurde die

in Stuttgart ansässige Internationale Bachakademie betraut. Ihrem Ruf verdankt Stuttgart den Auftrag zur Organisation des Festivals.

Das reich illustrierte, als Kassette veröffentlichte Programm, ein Walzer von 434 Seiten, überrascht mit 46 Konzerten und mehreren Vorträgen, Symposien und Gottesdiensten. Die offizielle Eröffnung war am vergangenen Samstag im Vestibül der Alten Staatsgalerie, wo Wissenschaftsminister Helmut Engler die Ausstellung „300 Jahre Johann Sebastian Bach“ eröffnete. Als Wegweiser durch die Schen dient wiederum ein voluminöser Katalog, redigiert von Ausstellungsdirektor Ulrich Prinz. Zusätzlich zeigen lilafarbene Notenlin-

nien auf den Fußböden die Richtung an, in der man einen optimalen Eindruck vom Ganzen erhält.

Zusammengetragen sind Autographen und Originaldrucke aus Bachs Lebenszeit, ferner Publikationen bis zum Erscheinen der ersten Gesamtausgabe, dazu frühe biographische Dokumente und viele historische, bisher öffentlich nie gezeigte Instrumente, vornehmlich aus traditionsreichen Werkstätten in Leipzig und Nürnberg.

Gelungen ist der Versuch, möglichst zahlreiche Exponate auszustellen, die irgendeinen Bezug zu den Werken des Musikfestes oder zu den Themen des eingeleiteten musikalisch-wissenschaftlichen Kongresses herstellen. Erschreckend allerdings, was sich hinter jenen Vitrinen verbirgt, in denen wertvollste, vom Tintenfaß bedrohte Handschriften liegen und die verzweifelte Arbeit der Restauratoren dokumentiert wird.

Wie jede Sammlung hat auch die Bach-Ausstellung einige Prunkstücke, so das berühmte Bach-Porträt von Elias Gottlieb Haussmann aus dem Jahre 1748 an der Stirnwand des Hauptsala. Das Ölgemälde befindet sich in amerikanischem Privatbesitz und zeigt den Komponisten, kurz vor

seinem Tode, als einen frischen, ausgehenden Menschen, dem der Humor nicht fremd ist.

Unter den Instrumenten erregen zwei Geigen und eine Bratsche aus dem Bestand der Leipziger Thomaskirche Aufsehen – sind es doch drei Streichinstrumente aus der Bach-Zeit, die dort heute noch gespielt werden. Besondere Beachtung verdient auch das Hammerklavier von Gottfried Silbermann. Es ist eines von drei erhaltenen Arbeiten des berühmten sächsischen Instrumentenbauers. Als sehenswerte Kuriosität kann man ein in Ludwigsburg rekonstruiertes Lautenklavier bestaunen. Das Original ist verschollen und vor fünf Jahren auf Grund von Beschreibungen nachgebaut worden. Der Überlieferung zufolge wurde es wie ein Cembalo gespielt, hatte aber einen lautenartigen Klang.

Das Ziel des Festivals, Musikpraxis und Musikwissenschaft zu verknüpfen, wird von Anfang an beherrschend verfolgt. „Der ferne Bach“ betitelt Wolfgang Hildesheimer seinen Eröffnungsvortrag – keine philologische Untersuchung, sondern eine sehr persönliche Betrachtung mit Beispielen und Seitenhieben. Zeitlich ist Bach fern. Seine Nähe bekunden die Wer-

ke, deren Interpretation keinen Rückgriff auf die Barockzeit duldet, sondern immer aktuell aufgearbeitet werden muß. Das Schlüsseldokument für Hildesheimers Bachverständnis ist der Brief an den Jugendfreund Erdmann von 1730. Nach diesem Schreiben zu urteilen, so resümiert Hildesheimer, sah Bach die Übersiedlung von Köthen nach Leipzig als einen sozialen Abstieg an. Resignation beherrschte deshalb die letzten 25 Jahre eines verkannten und frustrierten Bach.

Auftrag der Konzertveranstaltungen war eine ganz von der Liturgie abgeleitete Aufführung der Bachschen H-Moll-Messe. Helmut Rilling, der Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart souverän leitete, verblüffte mit gemächlichen Zeitmaßen und zurückhaltender Dynamik. Auf diese Weise gelang ihm eine sublimale, bisweilen sogar weltliche Wiedergabe, in der die kontemplativen Sätze von verweigerter Klangschönheit geprägt waren. Neben Arleen Auger (Sopran), Aldo Baldin (Tenor) und Wolfgang Schöne (Baß) fiel die wohlklingende, mit musikalischem Ausdruck geführte Altstimme der Anne Sofie von Otter auf.

„The Beggars Opera“ ist das einzige Werk geblieben, das Gays Namen über die Jahrhunderte erhalten hat. Seine übrigen Stücke, seine Essays und Gedichte sind der Vergessenheit anheimgefallen bzw. auf Anglistikprofessoren angewiesen, die sich zu einem Gay-Seminar entschließen.

Erwähnen wir der Vollständigkeit halber noch, daß er mit Alexander Pope und John Arbuthnot 1713 den „Scriblerus Club“ gründete, mit dessen Veröffentlichungen die bombastische Gelehrsamkeit der Lächerlichkeit preisgegeben werden sollte (Pope), daß er Pope bei dessen Shakespeare-Ausgabe assistierte und daß er seine letzten Lebensjahre im Haushalt des Herzogs von Queensbury verbrachte.

Am 4. Dezember 1732 ist er in London gestorben und wurde in der Westminster Abbey beigesetzt – genau wie sein Rivale um die Gunst des großen Publikums, George Frederic Handel.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Künstler und Fotografen für erweitertes Urheberrecht

PHG, Berlin
Vertreter von Verwertungsgesellschaften und Beobachter aus 17 Staaten, die insgesamt 50 000 bildende Künstler und Fotografen repräsentieren, nahmen an der 1. Internationalen Konferenz des Rates der Verwertungsgesellschaften in Berlin teil. Im Vordergrund stand der verbesserte Schutz gegenüber Museen, „die zunehmend ohne Vergütung Rechte beanspruchen“. Zweites Thema war die Forderung nach verbindlichen Vergütungsregelungen für die Verwendung von Kunstwerken beim Kabelfernsehen. Der neu gewählte Präsident des Rates, der Berliner Künstler Wolf Vostell, erhob die Forderung, „die Urheberrechte als Menschenrechte der Künstler weltweit zu respektieren“.

Gesamtdeutsche Ausgabe von Brechts Werken

dpa, Frankfurt
In der Bundesrepublik und in der „DDR“ soll erstmals eine gemeinsame „große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe“ der Werke von Bertolt Brecht erscheinen. Die künftigen der Frankfurter Verleger Siegfried Unseld (Suhrkamp Verlag) und der Direktor des Ost-Berliner Aufbau-Verlages, Elmar Faber, an. Die ersten sieben der insgesamt 80 Bände sollen im Herbst 1987 erscheinen. Unseld und Faber betonten, daß mit dieser wissenschaftlichen Studienausgabe die Ergebnisse der internationalen Brecht-Forschung der letzten Jahrzehnte veröffentlicht werden. Besonders möchte man auf die ursprünglichen Fassungen der Werke Brechts zurückgreifen.

Steinway-Klavierfabrik wechselt den Besitzer

dpa, Boston
Der amerikanische Medienkonzern CBS hat die traditionsreiche Klavierfabrik Steinway and Sons an eine Investorengruppe aus Boston verkauft. Der Präsident der neuen Holdinggesellschaft Steinway Musical Properties, Bruce A. Stevens, versprach, daß die Produktionsstätten nicht aus dem New Yorker Stadtteil Queens oder aus Hamburg verlagert würden. In den Steinway-Werken sind seit 1853 insgesamt mehr als 490 000 Klaviere und Flügel gebaut worden. Jedes einzelne Instrument ist nummeriert, und Steinway verfügt noch über die Original-Verkaufsdokumente.

Wieland-Übersetzerpreis geht an Karl Dedecius

dpa, Sindelfingen
Der Wieland-Übersetzerpreis 1985 ist dem Leiter des Deutschen Polarinstituts in Darmstadt, Karl Dedecius, zuerkannt worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis soll Dedecius für seine Nachforschungen polnischer Werke und vor allem seine Übertragung der Gedichte des polnischen Lyrikers Tadeusz Rozewicz ehren. Die Auszeichnung, die alle zwei Jahre vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium finanziert wird, wird am 25. 9. bei der Eröffnung der dritten baden-württembergischen Literaturtage in Sindelfingen übergeben.

Lyrik der Gegenwart von der Grünen Insel

DW, Basel
Man weiß nicht viel von irischer Gegenwartsliteratur. Die Schweizer Literaturzeitschrift „dreipunkt“, im 17. Jahrgang eine der etablierten literarischen Genres, stellt daher einen Querschnitt aus dem Schaffen irischer Lyriker vor. Die Zusammenstellung zeigt, daß die „Dichter am besten schreiben, wenn sie sich nicht auf Politik, sondern auf volkstümliche Themen wie Heirat und das tägliche Leben konzentrieren“, wie die Kompilatorin dieser Auswahl, die Publizistin Eileen Ni Chuilleanáin, vermerkt. Im Anschluß daran sind neue Texte von Ernst Jandl, Gertrud Leutenegger, Jürgen Theobald u. a. abgedruckt (Lenos Verlag, Basel, Heft 62, 64 S., 10 Mark).

Thomas Bernhard oder Tu infelix Austria

dpa, Wien
Erfolgsautor Thomas Bernhard übt sich weiter in „Österreich-Beschimpfung“. Sein Heimatland bezeichnete er in einem Zeitungsartikel als „delirierenden Kleinstaat“, den früheren Bundeskanzler Bruno Kreisky als „dubiosen Nadelstreifensozialisten“ und Finanzminister Franz Vranitzky als einen „eitel Geck, der sein Ministerium mit einer Behörde für Zensur und Verbot von Kunst und Kultur verwechselte“. Offenbar war der Autor erobert über die Kritik an seinem neuesten Stück, „Der Theatermacher“, das in Salzburg uraufgeführt worden war. Die Reaktion auf diese Reaktion: Kabarettist Werner Schneyder forderte, Aufführungen von Bernhard-Stücken nicht mehr mit öffentlichen Geldern zu subventionieren, und Vranitzky meinte, daß in Zukunft im Programm der Salzburger Festspiele derartige Ausfälle nicht mehr geduldet würden.

Ein selten kompletter Lessing: Bernard Sobel inszeniert „Nathan den Weisen“ im Schiller-Theater Berlin

Neue Herren, neue Stühle, ein wahrer Staatsakt

Mit Gotthold Ephraim Lessing wird die neue Spielzeit unter Sasse im Berliner Schillertheater eröffnet. Das Staatstheater ist, wie es sich offenbar bei jeder neuen Intendanz gehört, im Zuschauerraum partiell umgebaut und ganz neu bestuhlt worden. Man sitzt nicht mehr auf leicht zurückgeklippten, blendend weiß bezogenen Sesseln, wie sie Boy Gobert vor fünf Jahren erst hatte errichten lassen.

Jetzt ist die Bestuhlung in dunklen Rot. Ein Mittelsitz ist durch das Parkett geschlagen. Das Fassungsvermögen des Schiller-Theaters ist um ein paar Dutzend Zuschauerplätze vermindert. Es sei mit seinen 1060 Plätzen früher ohnehin nur schwer besetzbar und nur selten ausgenutzt worden, hört man. Neue Herren – neue Stühle! Das scheint unvermeidbar. So auch hier.

Man eröffnet mit Lessings großem „dramatischen Gedicht in fünf Aufzügen“, mit „Nathan dem Weisen“, sehr ausnehmend. Vierzehn Stunden dauert die Aufführung dieses großen Sinnspiels, der tiefstimmigen Bühnenparabel jetzt. Kaum ein Wort ist

gestrichen. Die Aufführung ist von einer schier erschöpfenden Vollständigkeit. Man erinnert sich doch, das gleiche Denkstück früher oft in der Hälfte der Zeit abrollen gesehen zu haben. Die penible Ausführlichkeit macht den dramatischen Gegenstand kurzweiliger oder einsichtiger kaum. Erst um Mitternacht hat Lessing endlich sein letztes Wort gesprochen.

Als Regisseur hat man sich aus Frankreich dem bedeutenden Inszenator Bernard Sobel verschrieben. Er hat sich von Italo Rota eine fast kubisch abstrakte Szenerie entwerfen lassen. Die Prospektie sind schön, aber befremdend. Ein „Nathan“ siehtbarlich in milder Verkantung, zudem in den ersten Bildern in einem zurückhaltend milchigen Dämmerlicht.

Walter Schmidinger spielt den Nathan. Er ist aus München zum Schiller-Ensemble übergetreten. Er hat gegen den Nathan von Ernst Deutsch, der ihn hier zum letzten Male so heiter wie in festlicher Weise darbot, anzuspähen. Schmidinger faßt seine große Rolle schärfer, kantiger, viel ungefälliger, zuerst viel krasser auf,

als wir sie von Ernst Deutsch in Erinnerung haben. Seine Tonart ist vornehmlich unmißlich, ist auch weniger (auf Lessings Art) weise. Schmidinger kämpft auf bedeutende Weise aggressiver, rechtlicher, aber um Lessings Erkenntnisse. Das hat sicher viele ungewohnte Vorteile.

Die große Ringparabel erkennt und zeigt er vor wie in intellektueller List. Wenn es um die schreckliche Verfolgungsschilderung des weisen Juden geht, bricht Schmidinger, schier überwältigt und vom eigenen Schmerz gezeichnet, auf. Nur selten zieht er die heimlichen Humore dieser großen Rechtschaffener nach. Aber Schmidinger bleibt bestechend. Am Schluß (am sehr späten) wird er zu Recht unmißlich und gefeiert.

Die übrige Besetzung – ehrenvoll durchaus. Joachim Blieses kühle Intenstität fällt in der Rolle des Sultans Saladin. Eva Katharina Schultz gibt die täuschlich-überschläue Daja mit sinnfälliger Natürlichkeit. Martin Heid als der erbarmungslose Patriarch von Jerusalem („Der Jude wird verbannt“) läßt, in seiner Humor-

sigkeit, manches von dem bitteren Humor Lessings gegen seine intellektuellen Gegner vernehmen. Tili Hoffmann ist ein dicker, trübselig im Trüben fischender Klosterbruder, Rolf Schult, viel weniger fähig, als man gewohnt ist, ein fummelnd umgehender Dervisch. Sabine Sinjen spricht vorzüglich ihre schöne Frauenrolle der fürstlichen Schwester.

Man sieht im Ganzen und als Auftakt der neuen Spielzeit in diesem Hause eine schöne, eine redliche Staatstheateraufführung. Lessing so ausführlich, so klar und im Grunde unwürdevoll angeboten – als sähe man (von einem französischen Regisseur) einen großen Staatsakt von Racine oder Corneille eher denn einen doch eigentlich sehr deutschen Lessing.

Als der Spielleiter sich am Ende zeigte, ließen einige Zuschauer ihr ihr Befremden deutlich hören. Ansonsten herrschte die Akklamation der Zustimmung. Lessing, wenn auch sozusagen galisch verwendet, hatte gleichwohl gesiegt – wenn auch zu quälend später Stunde.

FRIEDRICH LUFT

RGIE
GENS
VNE-
IGEN

Thriller von Schlesinger

Wenn der Falke mit dem Schneemann

Zwei nette Jungs aus der kalifornischen Upper-middle-class. Der eine, Chris, züchtet Falken. Der andere, Dauton, vertreibt Schnee, also Kokain. Sie sind „Der Falke und der Schneemann“. Freundschaft verbindet sie seit ihren frühen Tagen als Ministranten in einem schmeckenden Vorort von Los Angeles. Zwanzigjährig hat es Chris zum schlecht bezahlten Angestellten eines Rüstungskonzerns gebracht, Dauton zum gewiefen Dealer mit gutem Einkommen und intimer Kenntnis aller Schleichwege durch den Dechungel lastiger Rechtsverordnungen. Chris gibt sich als Idealist, Dauton als Pragmatiker.

Beiden ist der Patriotismus unter der Präsidentschaft Nixons verlorengegangen. Im Sommer 1974 erhalten sie die Gelegenheit, sich an der verachteten amerikanischen Gesellschaft zu rächen. Chris bekommt bei seiner Arbeit ein fähigkeitsloses CIA-Telex auf den Fernschreiber. Es handelt von umstürzlerischen Plänen in Australien. Über Mittelsmann Dauton wird ein Handel mit den Sowjets perfekt. Umschlagplatz ist deren Botenschaft in Mexiko. Es folgt eine Zeit verschwiegenerischer Hacker-Romantik, der ausgeklügelten Codes und geheimen Treffen, bis zu Verrat, Verhaftung, großem Geständnis.

Den authentischen Fall serviert der Britte John Schlesinger („Asphalt Cowboy“) als temperamentvolles

TSCHN

